

Nr. 25

# REVOLUTIONÄRER KOMMUNISMUS

## ***Marxismus und die Taktik der Einheitsfront (Teil 2)***

*von Michael Pröbsting*



SYRIEN, ÄGYPTEN, JEMEN, ... SOLIDARITÄT MIT DER ARABISCHEN REVOLU

**OFFENE GRENZEN**  
**FLÜCHTLINGE BLEIBE**

rkob.net

roter-widerstan

redrevolution.at

THEORETISCHES JOURNAL DER RKIT/RGIT

www.rkob.net

| www.diekommunisten.net

| April 2017

| Preis: 3 €

## Deutschsprachiges Journal der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), Nr. 25, April 2017

<i>V. Die Einheitsfronttaktik und kleinbürgerlich-nationalistischen und populistischen Parteien in der halbkolonialen Welt</i>	S.3
“ArbeiterInnenpartei” oder “ArbeiterInnen- und Bauernpartei”?	S.3
Entrismustaktiken in kleinbürgerlich-populistischen Parteien	S.5
MarxistInnen und kleinbürgerlich-populistische Parteien: Wahltaktik und Regierungslosungen	S.7
Die Wandlung einer kleinbürgerlich-populistischen Partei zu einer bürgerlichen Partei und die Wahltaktiken	S.11
<i>VI. Traditionelle reformistische Parteien, neue ArbeiterInnenpartei und Wahltaktiken</i>	S.13
Kampf für eine Neue ArbeiterInnenpartei in der gegenwärtigen Periode	S.13
Engels, Lenin und Trotzki zur Taktik der ArbeiterInnenpartei	S.15
Die traditionellen reformistischen Parteien und Wahltaktiken heute	S.17
<i>VII. Revolutionäre Taktik und kleinbürgerlich-populistische Parteien in imperialistischen Ländern</i>	S.20
Sollen MarxistInnen zu kritischer Wahlunterstützung für Podemos in Spanien aufrufen?	S.20
Die TrotzkiInnen und die Farmer-Labor Party (FLP) in den US A in den 1930er Jahren	S.21
Zum Vergleich: die Grünen in den 1980ern und 1990er Jahren	S.22
<i>VIII. Die Einheitsfronttaktik und der Befreiungskampf der nationalen Minderheiten und MigrantInnen in den imperialistischen Ländern</i>	S.23
Zunehmende Mobilisierung nationaler/ethnischer Minderheiten und MigrantInnen zu demokratischen Fragen	S.23
Die Erfahrung der österreichischen Sektion der RCI T	S.23
Britannien: Respect als kleinbürgerlich-populistische Partei mit einer starken Basis unter den nationalen/ethnischen Minderheiten und MigrantInnen	S.25
Ein nützlicher Vergleich: Trotzki zu Organisationen der schwarzen Minderheit in den USA	S.25
Exkurs: Lenin zur Rolle der Partei als Avantgarde aller unterdrückten Klassen	S.26
<i>Fussnoten</i>	S.29

# Der Kampf für die proletarische Hegemonie in der Befreiungsbewegung und die Einheitsfronttaktik heute (Teil 2)

## Über die Anwendung der marxistischen Einheitsfronttaktik in den halb-kolonialen und imperialistischen Ländern in der gegenwärtigen Periode

Von Michael Pröbsting, Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz (RCIT), Mai 2016

### V. DIE EINHEITSFRONTTAKTIK UND KLEINBÜRGERLICH-NATIONALISTISCHEN UND POPULISTISCHEN PARTEIEN IN DER HALBKOLONIALEN WELT

Nach diesem Überblick über die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten wie auch ihrer Organisationen wollen wir nun die verschiedenen Aspekten, die mit dieser revolutionären Taktik zusammenhängen, diskutieren.

Wir haben dargelegt, dass kleinbürgerlich-populistische Parteien in den letzten Jahren zu wichtigen Kräften geworden sind und es daher für RevolutionärInnen wesentlich ist, die Einheitsfronttaktik auf diese Kräfte anzuwenden. Das beinhaltet den Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen neoliberale Regierungen, imperialistische Aggression usw.

Was also ist die Haltung von RevolutionärInnen gegenüber kleinbürgerlich-populistischen Parteien? Und wie soll die Einheitsfronttaktik solchen Parteien gegenüber während Wahlen angewendet werden und wie bei der Formulierung von Regierungslosungen?

#### “ArbeiterInnenpartei” oder “ArbeiterInnen- und Bauernpartei”?

Während RevolutionärInnen fortschrittliche von kleinbürgerlich-populistischen Parteien geführte Massenkämpfe gegen die herrschende Klasse und den Imperialismus unterstützen, streben sie nach der Schaffung einer ArbeiterInnenpartei, nicht einer klassenübergreifenden Partei. Wiederholt wurde die enorme Wichtigkeit der Verbindung der ArbeiterInnenklasse und den anderen unterdrückten Klassen und Schichten betont. Doch hier handelt es sich um eine *Allianz von verschiedenen Klassen* und es wäre ein schwerer Fehler, das Proletariat und das Kleinbürgertum zu vermengen. Eine solche Allianz kann außerdem nur zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse und des Kleinbürgertums führen, wenn erstere letztere führt und nicht umgekehrt. Wenn die ArbeiterInnenklasse die führende Kraft ist, kann diese Allianz den Weg zum Sozialismus eröffnen. Wenn das Kleinbürgertum die ArbeiterInnenklasse dominiert, wird das Ergebnis eine Niederlage für beide Klassen sein.

Die Russische Revolution von 1917 war eine kraftvolle

Bestätigung dafür. Zwischen Februar und Oktober dieses Jahres waren die Sowjets und kurz danach die Provisorische Regierung unter Vorherrschaft der kleinbürgerlichen Sozialrevolutionären Partei sowie der Menschewiki, die zu dieser Zeit schon zu einer bürgerlichen ArbeiterInnenpartei geworden war. Die Provisorische Regierung scheiterte nicht nur darin, die Kapitalisten zu enteignen, Russland aus dem Krieg zurückzuziehen und die Armut zu beseitigen, sondern erwies sich als unfähig, das Land der Großgrundbesitzer an die Bauernschaft zu verteilen, d.h. die Bedürfnisse des ländlichen Kleinbürgertums zu befriedigen. Das konnte erst erreicht werden, als die ArbeiterInnenklasse – geführt von der bolschewistischen Partei – im Oktober 1917 die Macht übernahm und die Diktatur des Proletariats gemeinsam mit der besitzlosen Bauernschaft begründete. In der ersten Periode bis zum Sommer 1918 taten sie das in Koalition mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionären Partei.

Das letzte Jahrzehnt in Lateinamerika zeigte, dass, wenn kleinbürgerlich-populistische Parteien ohne Bündnis mit einer Partei bolschewistischen Typs die Macht erlangen (v.a. weil eine solche Partei gegenwärtig nicht existiert), die populistischen Parteien unausweichlich als Verteidiger des Kapitalismus agieren und letztlich zu bürgerlichen Parteien mit engen Verbindungen zu einem Teil der kapitalistischen Klasse werden. Diese aktuellen Beispiele sind nichts Neues, sondern wiederholen nur, was schon in Bolivien nach der Machtübernahme der MNR von Torres 1952 geschah oder in einer Reihe kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen in Afrika und Asien, wenn sie nach dem Rückzug der Kolonialmächte und der Anerkennung der formellen Unabhängigkeit der früheren Kolonien in den 1950ern und 1960er Jahren an die Macht gelangten.

Es ist ein wesentlicher Grundsatz von MarxistInnen, dass eine revolutionäre Partei einen klaren Klassencharakter aufweisen muss. Sie muss eine Partei mit Wurzeln und Unterstützung in der ArbeiterInnenklasse sein. Das ergibt sich aus der zentralen Position des Proletariats im Produktionsprozess, d.h. weil sie die einzige Klasse ist, die kapitalistischen Wert schafft. Sie ist die einzige Klasse, die Mehrwert hervorbringt (das ist die Basis für den

kapitalistischen Profit) und damit Schöpferin des Wohlstands der herrschenden Klasse. Die ArbeiterInnenklasse besitzt die Produktionsmittel nicht als Privateigentum und muss daher ihre Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen. Sie ist eine kollektive Klasse, denn eben der Produktionsprozess bringt die Vereinigung der ArbeiterInnen hervor, denn Produktion und Reproduktion gründen auf einer Teilung ihrer gemeinsamen Arbeit. Diese Realität und diese Dynamik unterscheiden das Proletariat von allen anderen unterdrückten Klassen und Schichten wie die Bauernschaft oder das städtische Kleinbürgertums, die sich durch ihren Wunsch, selbst individuell ein kleines Stück Land oder ein Geschäft zu besitzen, auszeichnen, ebenso wie von der lohnabhängigen Mittelschicht.

Diese Klassenwidersprüche zwischen dem Proletariat und den Kapitalisten bilden die Grundlage für die wirtschaftliche und politische Organisation ersteren gegen letztere. Marx führte das in seiner Polemik gegen den französischen utopischen Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon aus:

*„Die ersten Versuche der Arbeiter, sich untereinander zu assoziieren, nehmen stets die Form von Koalitionen an. Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereint sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes - Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, dass die englischen Ökonomen ganz erstaunt sind zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Ökonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampfe - ein veritabler Bürgerkrieg - vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an. Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampfe, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“*<sup>104</sup>

Er und Engels entwickelten diesen Gedanken im Kommunistischen Manifest weiter:

*„Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervor-*

*gehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus.*

*Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf.“*<sup>105</sup>

Heißt das, dass nur ArbeiterInnen Mitglieder einer ArbeiterInnenpartei sein können? Natürlich nicht! Mitglieder aller Klassen sind in einer revolutionären Partei willkommen, unter einer Bedingung: sie müssen sich voll mit den politischen Positionen der ArbeiterInnenklasse identifizieren.

In unserem Buch zu revolutionären Partei wurde gezeigt, wie die bolschewistische Partei in Russland – die erfolgreichste revolutionäre Partei in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung – eine Partei war, die sich fast von Beginn an nur auf überwiegend proletarische Mitglieder stützte. Die Partei hatte natürlich auch Bauern und MitstreiterInnen aus der Mittelschicht in ihren Reihen, doch die ArbeiterInnen waren vorherrschend.<sup>106</sup>

Als in den 1920er Jahren Stalin die Idee einführte, dass KommunistInnen keine ArbeiterInnenparteien, sondern ArbeiterInnen- und Bauernparteien schaffen sollten, war das eine grundlegende Revision der orthodoxen marxistischen Position. Lenin und Trotzki hatten immer die Notwendigkeit des Aufbaus proletarischer Parteien verteidigt. Das war eine der Hauptdifferenzen zwischen den russischen MarxistInnen und den kleinbürgerlichen Populisten der Sozialrevolutionäre, wie Lenin mehrfach ausführte.

*„Der Kleinbürger einschließlich des Bauern steht natürlich dem Liberalen näher als dem Proletarier, steht ihm näher als Besitzer, als Kleinproduzent. Deshalb wäre im Sinne des Sozialismus die Verschmelzung der Kleinbürger und der Proletarier in einer Partei (was die Sozialrevolutionäre wollen) politisch undenkbar und direkt reaktionär.“*<sup>107</sup>

*„Die ‚Koalition von Proletariat und Bauernschaft‘ darf, nebenbei bemerkt, keinesfalls als Verschmelzung verschiedener Klassen oder als Verschmelzung der Parteien des Proletariats und der Bauernschaft aufgefasst werden. Nicht nur eine Verschmelzung, sondern jedes auf längere Sicht getroffene Abkommen würde für die sozialistische Partei der Arbeiterklasse verderblich sein und den revolutionär-demokratischen Kampf schwächen. Die unvermeidlichen Schwankungen der Bauernschaft zwischen liberaler Bourgeoisie und Proletariat entspringen ihrer Klassenlage, (...)“*<sup>108</sup>

Und in einer Polemik gegen die Sozialrevolutionäre erklärte Lenin 1909:

*„Die Sozialdemokraten behaupteten, das Proletariat und die*



Bauernschaft seien verschiedene Klassen der kapitalistischen (bzw. halb feudalen, halb kapitalistischen) Gesellschaft; die Bauernschaft bilde eine Klasse von Kleineigentümern, die die Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft ‚vereint schlagen‘ könne, wenn sie in der bürgerlichen Revolution mit dem Proletariat ‚auf einer Seite der Barrikade‘ stehe, und die in dieser Revolution in dem einen oder anderen Fall im ‚Bündnis‘ mit dem Proletariat handeln könne, dabei aber eine völlig andere Klasse der kapitalistischen Gesellschaft bliebe. Die Sozialrevolutionäre bestritten das. Die Grundidee ihres Programms bestand keineswegs darin, dass es eines ‚Bündnisses der Kräfte‘ des Proletariats und der Bauernschaft bedürfe, sondern darin, dass es keine Klassenkluft zwischen diesem und jener gäbe, dass es nicht nötig sei, eine Klassengrenze zwischen ihnen zu ziehen, dass die sozialdemokratische Idee vom kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft im Unterschied zum Proletariat prinzipiell falsch sei. (...) Es gab ein sozialrevolutionäres Programm, Verehrteste, dessen ganzer Unterschied vom sozialdemokratischen Programm im grundlegenden, theoretischen Teil darauf hinauslief, den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft und die Klassengrenze zwischen Bauernschaft und Proletariat zu leugnen. Es gab eine Revolution, Verehrteste, deren grundlegende Lehre darin besteht, dass die Bauernschaft durch ihre offenen Massenaktionen ihre eigene, vom Proletariat verschiedene Klassennatur offenbarte und ihren kleinbürgerlichen Charakter erwies.“<sup>109</sup>

Dieses Prinzip der marxistischen Parteitheorie wurde in der Geschichte mehrfach bestätigt. Die Sozialrevolutionäre – erst der rechte und später auch der linke Flügel – liefen im Laufe des russischen Bürgerkriegs 1918-21 ins Lager der kapitalistischen Konterrevolution über. Später wandte sich die chinesische Kuomintang gegen die ArbeiterInnen und Bauern und schlachtete zehntausende KommunistInnen ab. Trotzki fasste die Lehren dieser Erfahrung wie folgt zusammen:

“Wenn die Avantgarde der russischen Proletariats sich der Bauernschaft nicht entgegengestellt hätte, wenn sie keinen unveröhnlichen Kampf gegen deren alles verschlingenden kleinbürgerlichen Verschwonnenheit geführt hätte, dann hätte sie sich unvermeidlich selbst im kleinbürgerlichen Element aufgelöst – vermittelt durch die sozialrevolutionäre oder irgendeine anderen ‚kombinierte Parteie‘, die sich ihrerseits unvermeidlich ihrer bürgerlichen Führung untergeordnet hätte. Um zu einem revolutionären Bündnis mit der Bauernschaft zu gelangen – das man nicht umsonst bekommt -, muß sich die proletarische Avantgarde und damit auch die Arbeiterklasse insgesamt zunächst von den kleinbürgerlichen Volksmassen befreien. Das kann nur durch die Erziehung der proletarischen Partei im Geiste einer unerschütterlichen Unversöhnlichkeit erreicht werden.“<sup>110</sup>

Es wundert auch der Tatsache Aufmerksamkeit, dass es noch vor Stalin eben die sozialdemokratischen OpportunistInnen waren, die die Idee von “ArbeiterInnen- und Bauernparteien” aufbrachten:

“Fatal ist, daß auch in dieser für den gesamten Osten so grundlegenden Frage der gegenwärtige Revisionismus nur die Fehler des alten, vorrevolutionären sozialdemokratischen Opportunismus wiederholt. Die Mehrheit der Führer der europäischen Sozialdemokratie hielt den Kampf unserer Partei gegen die Sozialrevolutionäre für einen Fehler und empfahl hartnäckig eine Verschmelzung beider Parteien, weil sie für meinte. Für den russischen „Osten“ sei eine kombinierte Arbeiter- und Bauernpartei genau das richtige. Hätten wir auf diese Ratschläge gehört, hätten wir niemals das Bündnis der Arbeiter und Bauern oder die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Die „kombinierte“ Arbeiter- und Bauernpartei der Sozialrevolutionäre wurde bei uns zur Agentur der imperialistischen Bourgeoisie und mußte dazu werden; sie versuchte, ohne Erfolg, jene historische Rolle zu spielen, die auf andere, „eigene“, chinesische Art und – dank der Revisionisten des Bolschewismus – mit Erfolg die Guomintang gespielt hat. Ohne eine schonungslose Verurteilung der Idee von Arbeiter- und Bauernparteien für den Osten gibt es kein Programm der Komintern und kann es keines geben.“<sup>111</sup>

Zusammengefaßt sind MarxistInnen kategorisch gegen die populistische Konzeption von ArbeiterInnen- und Bauernparteien. Die revolutionäre Partei muss proletarischen Charakter haben oder sie hat keinen. Das Bestehen einer eigenständigen proletarischen Partei ist die Vorbedingung für die Bildung einer Allianz der ArbeiterInnenklasse mit der Bauernschaft und anderen unterdrückten nicht-proletarischen Schichten und eine solche Allianz kann nur erfolgreich sein, wenn sie von der ArbeiterInnenklasse, d.h. ihrer Partei, geführt wird. ArbeiterInnen- und Bauernparteien, d.h. kleinbürgerlich-populistische Parteien sind ein Hindernis für den Befreiungskampf der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten.

### Entrismustaktiken in kleinbürgerlich-populistischen Parteien

Was heißt das unter Bedingungen, unter denen keine ArbeiterInnenpartei besteht oder nur eine sehr kleine oder bürokratisch sehr degenerierte, und es andererseits aber kleinbürgerlich-populistische Parteien mit Massenanhang aus der ArbeiterInnenklasse gibt? Natürlich müssen MarxistInnen zur Gründung einer ArbeiterInnenpartei aufrufen (mehr dazu weiter unten). Wie in den Thesen zur Einheitsfront ausgeführt, wäre es völlig sektiererisch für

## RCIT Deutschland

Web: <http://www.diekommunisten.net/>

Email: [rcit@diekommunisten.net](mailto:rcit@diekommunisten.net)

## RCIT Österreich

Web: <http://www.rkob.net/>

Email: [aktiv@rkob.net](mailto:aktiv@rkob.net)

## Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz

Web: [www.thecommunists.net](http://www.thecommunists.net)

Email: [rcit@thecommunists.net](mailto:rcit@thecommunists.net)

Tel/SMS/WhatsApp/Telegram:  
+43-0650-4068314

Adresse: Fuchselhofgasse 6,  
1120 Wien, Österreich

MarxistInnen, sich nur auf die Verurteilung der populistischen Parteien zu beschränken. Sie sollten auch Taktiken gegenüber einer solchen Partei entwickeln. Das bedeutet die Anwendung der Einheitsfronttaktik in verschiedenen Formen. Das schließt – angesichts der numerischen Schwäche der RevolutionärInnen heute – gemeinsame praktische Aktivitäten des Klassenkampfes unter der Führung solcher Parteien und die Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern mit ein.

Unter besonderen Umständen kann es auch heißen, dass RevolutionärInnen in solche Parteien eintreten sollen, um noch enger mit kämpferischen Mitgliedern dieser Parteien zusammenzuarbeiten und sie für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Natürlich müssen RevolutionärInnen vorsichtig sein – wie immer bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik –, um opportunistische Anpassungen an die vorherrschende kleinbürgerliche Führung der Partei zu vermeiden. Vielmehr müssen sie einen revolutionären Flügel mit einer klaren Plattform schaffen. Sie müssen ihre unabhängige Propaganda und Agitation verbreiten und versuchen, kämpferische ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die kleinbürgerliche Führung zu organisieren. Ein solcher Entrismus kann nur eine temporäre Taktik sein, wie Trotzki festhält:

*“Eintritt in eine reformistische, zentristische Partei beinhaltet keine langfristige Perspektive. Es ist nur eine Phase, die unter bestimmten Bedingungen auf eine Episode beschränkt sein kann. (...) rechtzeitig den Angriff der Bürokratie gegen den linken Flügel zu erkennen und uns selbst dagegen zu verteidigen, nicht durch das Machen von Zugeständnissen, Anpassen oder Verstecken-Spielen, sondern durch eine revolutionäre Offensive.”* <sup>112</sup>

Das Ziel ist die Anwendung dieser Taktik zur Gründung einer wirklichen ArbeiterInnenpartei ohne kleinbürgerliche Führung.

Während diverse Zentristen diese Taktik ganz allgemein ablehnen, weisen MarxistInnen solchen Dogmatismus zurück. Wie bekannt verwendeten Marx und Engels eine solche Taktik während der Revolution 1848-49 in Deutschland, als sie sich kleinbürgerlich demokratischen Kräften anschlossen. <sup>113</sup>

Auch im 20. Jahrhundert haben RevolutionärInnen von dieser Entrismustaktik Gebrauch gemacht. Der Pionier dieser Taktik war der Holländer Hernik Sneevliet. Sneevliet war ein Marxist im linken Flügel der Sozialdemokratie in den Niederlanden und auch ein wichtiger Gewerkschaftsführer. 1913 ging er nach Indonesien, damals niederländische Kolonie, wo er Anführer einer kämpferischen Eisenbahngewerkschaft (VSTP) wurde, die eine Anzahl indonesischer ArbeiterInnen in ihren Reihen zählte. Ein Jahr später gründete er die *Indian Social Democratic Association* (ISDV). Die ISDV kooperierte – nach der Abspaltung des reformistischen Flügels – mit der indonesisch-nationalistischen Gruppe *Insulinde* und später mit *Sarekat Islam*. Letztere war eine kleinbürgerlich-nationalistische und islamistische Massenbewegung mit einem großen Anhang in der städtischen Unterschicht und der Bauernschaft und einer kleinbürgerlichen halbintellektuellen Führung. 1914 hatte sie mehr als 366.000 indonesische Mitglieder. <sup>114</sup>

Sneevliet verstand die Wichtigkeit von Sarekat Islam sehr gut und die ISDV begann mit einer Entrismusarbeit in dieser Massenbewegung. Es gelang ihm, die ISDV zu einer Organisation von ein paar hundert Kadern mit einer

Mehrheit indonesischer Mitglieder zu machen. Mit der Zeit gewann sie bedeutenden Einfluss innerhalb von Sarekat Islam und gründete einen linken Flügel. Aus der ISDV wurde 1920 die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI). Mit dem wachsenden Einfluss der KommunistInnen vollzogen die kleinbürgerlichen religiösen Führer von Sarekat Islam schließlich eine Spaltung. Als Ergebnis dieser erfolgreichen Entrismustaktik wurde die PKI die erste kommunistische Massenpartei Asiens. <sup>115</sup>

Sneevliet wurde von der holländischen Kolonialverwaltung 1918 wegen seiner revolutionären Aktivitäten aus Indonesien ausgewiesen. Er spielte weiterhin eine wichtige Rolle in der Arbeit der Kommunistischen Internationale in Asien. Er führte viele Diskussionen mit Lenin vor und während des Zweiten Kongresses der Komintern 1920 und wurde in die wichtige Position des Sekretärs der *Kommission des Kongresses zur Nationalen und Kolonialen Frage* mit Lenin als Vorsitzenden gewählt. Er war einer der Schlüsselarchitekten (gemeinsam mit Lenin) des kommunistischen Programms der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik. 1933 schlossen sich Sneevliet und seine *Revolutionär-Sozialistische Partei* in den Niederlanden der trotzkistischen Bewegung an und blieben ihr bis 1938 verbunden. <sup>116</sup>

Später wandten die KommunistInnen in China – dem Rat Sneevliets, der als Abgesandter der Komintern agierte, folgend – eine ähnliche Taktik an. Die KommunistInnen waren zu dieser Zeit eine sehr kleine Gruppe und mussten Verbindungen zur ArbeiterInnenklasse und den armen Bauernschaft aufbauen und sich dort verankern. Sie traten korrekterweise 1922 in die Kuomintang-Partei ein und arbeiteten dort als revolutionäre Fraktion. Mit dem stalinistischen Schwenk in der Komintern wurden sie jedoch angewiesen, eine revolutionäre Taktik in eine opportunistische, liquidationistische Strategie zu verändern, die im Desaster endete. Daher blieben die KommunistInnen auch nach 1925, als die ArbeiterInnenstreiks und die revolutionären Agrarbewegung massiv zunahmen, innerhalb der Kuomintang und versagten darin, offen für die Schaffung von Sowjets einzutreten. Sie ordneten sich vielmehr dem rechten Flügel der Kuomintang unter Chiang Kai-shek unter, bis letzterer 1927 stark genug war, die revolutionäre Bewegung der ArbeiterInnen und Bauern niederzuschlagen. <sup>117</sup>

Trotzki und die Linke Opposition kämpften gegen diese menschwistische Kapitulation der stalinistischen Bürokratie. Sie erklärten, dass die Partei die Kuomintang rechtzeitig hätte verlassen und offen für eine revolutionäre Strategie kämpfen sollen. <sup>118</sup>

Trotzki war sich nicht immer sicher, ob der Entrismus der KommunistInnen in die Kuomintang 1922 grundsätzlich falsch war oder nicht und es gibt dazu auch widersprüchliche Erklärungen von ihm. Eine Reihe von Aussagen zeigt an, dass er sie nicht als unzulässige Taktik an sich betrachtete. So schrieb er im September 1926:

*“Die Mitarbeit der KP in der Guomindang war so lange vollkommen richtig, wie die KP eine Propagandagesellschaft war, die sich auf ihre künftigen selbständigen politischen Aktivitäten erst vorbereitete, zugleich aber am laufenden nationalen Befreiungskampf teilnehmen wollte. (...) Damit steht die KP jetzt vor der Aufgabe, von jener Vorstufe, auf der sie sich befunden hat, auf eine höhere Stufe überzugehen. Als nächste politische Aufgabe muss sie jetzt um die direkte selbständige Führung der*

*erwachenden Arbeiterklasse kämpfen, und zwar nicht etwa, um sie aus dem nationalrevolutionären Kampf herauszuführen, sondern um ihr die Rolle sowohl des entschiedensten Kämpfers als auch des politischen Führers (Hegemonen) im Kampf der chinesischen Volksmassen zu sichern. (...) Vor allem aber muss die Partei sich unbedingt ihre vollständige organisatorische Selbständigkeit und die Klarheit ihres politischen Programms und ihrer Taktik im Kampf um Einfluss auf die erwachenden proletarischen Massen sichern. Nur so kann ernsthaft davon gesprochen werden, auch die breiten bäuerlichen Massen Chinas in den Kampf einzubeziehen.“*<sup>119</sup>

Er wiederholte diese Einschätzung 1928.<sup>120</sup> Später, in den 1930er Jahren, als die Bolschewiki-Leninisten mehr Erfahrung mit dem Entrismus gesammelt hatten, betonte Trotzki wieder, dass es nichts grundsätzlich Falsches am temporären Entrismus in eine kleinbürgerlich-populistische Partei gibt.

*„Der zeitweilige Eintritt in die SFIO, oder selbst die Kuomintang, war für sich genommen nicht falsch; es ist jedoch notwendig nicht nur zu wissen, wie man beitritt sondern auch wie man austritt.“*<sup>121</sup>

*„Im Jahre 1922 war es an sich noch kein Verbrechen, in die Guomindang einzutreten, vielleicht noch nicht einmal ein Fehler, zumal im Süden, und vorausgesetzt, es habe in den Reihen der Guomindang damals zahlreiche Arbeiter gegeben, während die junge Kommunistische Partei schwach war und fast ausschließlich aus Intellektuellen bestand. (Traf das 1922 zu?) In diesem Fall wäre der Eintritt eine Episode auf dem Weg zur Unabhängigkeit gewesen, die gewisse Analogien zu Ihrem Eintritt in die Sozialistische Partei aufwiese. Es kommt darauf an, welche Absicht mit dem Eintritt verfolgt wurde und wie anschließend die Politik aussah.“*<sup>122</sup>

Eine solche Entrismustaktik gegenüber kleinbürgerlich-populistischen Parteien kann auch heute legitim sein – unter der Bedingung, dass die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten sich darauf hinorientieren. Als historische Beispiele für solche Bewegungen seien die FLN in Algerien oder die Black Panther in den USA genannt.

### **MarxistInnen und kleinbürgerlich-populistische Parteien: Wahltaktik und Regierungslosungen**

Ist es zulässig, zur kritischen Unterstützung für kleinbürgerlich-populistische Parteien bei Wahlen aufzurufen? Und wann sollten MarxistInnen dafür aufrufen, dass solche Parteien die Macht ergreifen? Unserer Meinung nach sollen MarxistInnen die Einheitsfronttaktik in Wahlkampagnen wie auch in ihren Regierungslosungen, die solche Parteien bilden oder an denen sie mit Vorbehalten teilnehmen können, anwenden.<sup>123</sup> Die wichtigste Bedingung ist, dass solch kleinbürgerlich-populistische Parteien unter den ArbeiterInnen und Unterdrückten verwurzelt sind und dass sie eine Rolle in Massenkämpfen gegen den Imperialismus und/oder gegen die einheimische herrschende Klasse spielen. Weiters ist die Frage entscheidend, ob es gleichzeitig eine ArbeiterInnenpartei gibt, die die ArbeiterInnenavantgarde um sich scharrt. In solchen Fällen sollen RevolutionärInnen ihre Wahltaktik eher an eine solche Partei als an eine kleinbürgerlich-populistische Partei richten.

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen keine derartige ArbeiterInnenpartei existiert, und eine radikale populistische

Gruppe die Avantgarde der ArbeiterInnen und Unterdrückten anzuziehen in der Lage ist. Beispiele dafür sind die bolivianische MAS in der Periode nach 2003 oder Chavez' MBR-200 Bewegung in den späten 1990ern. Andere Beispiele sind Julius Malemas EFF in Südafrika, die palästinensische Balad wie auch die Joint List in Israel oder militante Parteien der Tamilen in Sri Lanka wie die TNA.

In solchen Situationen sollen MarxistInnen sich ArbeiterInnen und landlosen Bauern anschließen, die diese Parteien wählen. Sie sollten ihnen sagen: *„Du glaubst, dass deine Partei eine Verbesserung für deine Lebensbedingungen bringen kann. Du weißt vielleicht, dass wir deine Hoffnung nicht teilen. Wir glauben, dass diese Partei, sobald sie an der Macht ist, nicht den ganzen Weg zurücklegen und einen anhaltenden Sieg für die ArbeiterInnen und Unterdrückten erwirken wird. Sie wird vielmehr einen Kompromiss mit den Kapitalisten und Imperialisten treffen. Du glaubst nicht, was wir sagen: so wähle deine Partei an die Macht, zwing sie dazu, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, wenn du kannst, aber gleichzeitig triff Vorbereitungen und mobilisiere deine Massenorganisationen und Parteien für die unausweichliche Kriegserklärung der Bourgeoisie, wenn deine Partei tatsächlich ernsthafte Maßnahmen ergreift, die das Privateigentum angreifen. Wir werden den Wahlsieg deiner Partei kritisch unterstützen und sie gegen bürgerliche Angriffe verteidigen.“*

Auf Grundlage derselben Methode sollen MarxistInnen auch ihre Losungen in Hinblick auf die Regierungsform, die solch kleinbürgerliche Parteien bilden oder an denen sie teilnehmen können, sorgfältig und genau formulieren. Als zum Beispiel die kleinbürgerliche Partei der Sandinisten FSLN 1979 die nicaraguanische Diktatur Somozas stürzte, bildete sie, statt selbst die Macht zu ergreifen, eine Koalition mit bürgerlich-liberalen Kräften wie den Geschäftsleuten Alfonso Robelo und Violeta Barrios de Chamorro (die Witwe des Zeitungsherausgebers von *La Prensa*, Pedro Joaquín Chamorro). Unter solchen Bedingungen hätten RevolutionärInnen die Sandinisten aufgerufen, jedwede Koalition mit bürgerlichen Parteien aufzulösen und die Macht selbst in die eigenen Hände zu nehmen. Natürlich ist entscheidend, dass RevolutionärInnen die ArbeiterInnen auch vor Illusionen in kleinbürgerliche Parteien wie die Sandinisten warnen. Zusätzlich zu diesen Warnungen müssen RevolutionärInnen Forderungen an eine solche Regierung stellen, damit sie radikale Sozialreformen umsetzt, die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie enteignet, die Schuldenzahlung an imperialistische Monopole und Großmächte verweigert usw.<sup>124</sup>

Ein solcher Zugang basiert auf der Methode, die zuerst von Marx und Engels erarbeitet und später von Lenin und Trotzki systematisiert worden ist.

Als in Russland nach der Revolution von 1905 die Wahlen zur ersten Duma stattfanden, riefen die Bolschewiki – gemeinsam mit dem Großteil der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse – zu deren Boykott auf. Als der revolutionäre Tsunami 1906 gendert hatte, sprach sich Lenin dafür aus, dass die Partei die Dumawahlen nicht länger boykottieren solle. Er bestand auf diese Politik, obwohl es offensichtlich war, dass das zaristische Regime dieser Einrichtung nur sehr wenige Rechte zugestand und die Wahlen manipulierte und korrumpierte. Gemäß dem Historiker Abraham Ascher, gingen als Ergebnis all dieser Unterdrückung und Manipulation durch das Regime viele ArbeiterInnen und Bauern gar nicht wählen. Nur etwa 19% der Wahlberech-

tigten (in 67 Städten des europäischen Russlands) nahmen an den Wahlen zur Dritten Duma im Herbst 1907 teil. In der vorangegangenen Wahl von 1906 gab es eine Wahlbeteiligung von 55%.<sup>125</sup>

Lenin und die Bolschewiki betonten die Notwendigkeit für SozialdemokratInnen – wie sich MarxistInnen damals nannten –, als unabhängige Partei mit eigenen KandidatInnen zu den Wahlen anzutreten. Besonders dringend war das bei den Wahlen der *Arbeiterkurie* der Duma. Zu dieser Zeit waren die SozialdemokratInnen schon eine Massenpartei der ArbeiterInnenklasse und die bestimmende Kraft in Russlands Großbetrieben.<sup>126</sup> Lenin betonte auch die Notwendigkeit, gegen die Kadettenpartei zu kämpfen – die Partei des bürgerlichen Liberalismus, die damals eine wichtige Rolle als offizielle Stimme der Opposition gegen das zaristische Regime spielte. Lenin drängte die SozialdemokratInnen – trotz der menschwistischen Opposition dagegen –, gegen die liberale Bourgeoisie zu kämpfen, so dass die ArbeiterInnenklasse zur dominanten Kraft der Volksmassen würde und sie zu Revolution führen könne.<sup>127</sup> Konsequenterweise argumentierte Lenin, dass die Dumawahlen dazu genutzt werden sollten, eine Allianz zwischen der ArbeiterInnenklasse mit der landlosen Bauernschaft zu knüpfen.<sup>128</sup> Aus diesem Grund wies er jedes Wahlbündnis oder jeden Wahlblock mit den Kadetten (was die Menschewiki befürworteten) zurück, sondern favorisierte einen Block mit den Parteien, die die besitzlose Bauernschaft repräsentierte (die *Trudowiki* und die *Sozialrevolutionäre*).<sup>129</sup> Lenin unterschied also sehr genau zwischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und beschränkte die systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik ausschließlich auf letztere.

Lenin erklärte diese Überlegungen in den Parteidiskussionen zu den Taktiken, die in den Wahlen zur Zweiten Duma 1906 angewendet werden sollten:

*„Fassen wir zusammen. Wir müssen die Erfahrungen mit der kadettischen Duma berücksichtigen und die gewonnenen Lehren in die Massen tragen. Wir müssen nachweisen, dass die Duma ein ‚untaugliches‘ Werkzeug ist, dass eine konstituierende Versammlung erforderlich ist, wir müssen die schwankende Haltung der Kadetten aufzeigen, müssen fordern, dass die Trudowiki das Joch der Kadetten abwerfen, müssen die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen. Wir müssen von vornherein feststellen, dass im Falle von neuen Wahlen ein Wahlabkommen zwischen Sozialdemokraten und Trudowiki notwendig ist.“*<sup>130</sup>

*„Geht man von den Parteien aus, so gelangt man unwillkürlich zu dem Schluss: auf keinen Fall Abkommen im untersten Stadium, in der Agitation unter den Massen; in den höheren Stadien gilt es alle Kräfte darauf zu richten, bei der Verteilung der Abgeordnetensitze die Kadetten durch ein Teilabkommen der Sozialdemokraten und Trudowiki, die Volkssozialisten durch ein Teilabkommen der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre zu schlagen.“*<sup>131</sup>

*„In den Städten, in denen die Arbeiterbevölkerung am meisten konzentriert ist, dürfen wir ohne äußerste Not niemals auf völlig selbständige sozialdemokratische Kandidaturen verzichten. Diese äußerste Not aber liegt nicht vor. Etwas weniger, etwas mehr Kadetten oder Trudowiki (besonders vom Typus der Volkssozialisten!), das hat keine ernsthafte politische Bedeutung, denn die Duma selbst vermag bestenfalls nur eine untergeordnete, zweitrangige Rolle zu spielen. Die politisch entscheidende Bedeutung für den Ausgang der Dumawahlen kommt der Bauernschaft, kommt den Gouvernementsversammlungen der Wahlmänner*

*und nicht den Städten zu. In den Gouvernementsversammlungen der Wahlmänner aber werden wir unser allgemein-politisches Bündnis mit den Trudowiki gegen die Kadetten viel besser und richtiger, und ohne die strenge Prinzipientreue irgendwie zu verletzen, verwirklichen können als im untersten Stadium der Wahlen auf dem Lande.“*<sup>132</sup>

Diese Ideen wurden zur offiziellen Position der Bolschewiki wie auch anderer linker Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen ArbeiterInnenpartei Russlands. In einer offiziellen Resolution für eine Parteikonferenz hieß es zusammengefasst:

*„Die wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Wahl- und Dumakampagne bestehen erstens darin, dem Volke klarzumachen, dass die Duma als Mittel zur Verwirklichung der Forderungen des Proletariats und des revolutionären Kleinbürgertums, insbesondere der Bauernschaft, völlig antauglich ist. Zweitens gilt es, dem Volke klarzumachen, dass es unmöglich ist, die politische Freiheit auf parlamentarischem Wege zu erringen, solange die reale Macht in den Händen der Zarenregierung bleibt; gilt es, die Massen von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, einer provisorischen revolutionären Regierung und einer konstituierenden Versammlung zu überzeugen, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht. Drittens gilt es, Kritik an der ersten Duma zu üben und den Bankrott des russischen Liberalismus aufzuzeigen, insbesondere, wie gefährlich und verhängnisvoll es für die Sache der Revolution wäre, wenn die liberal-monarchistische Kadettenpartei in der Befreiungsbewegung eine überragende und führende Rolle spielte.“*

*Als Klassenpartei des Proletariats muss die Sozialdemokratie in der ganzen Wahl- und Dumakampagne unbedingt ihre Selbständigkeit wahren, sie darf auch hier keinesfalls ihre Losungen oder ihre Taktik mit irgendeiner anderen oppositionellen oder revolutionären Partei verschmelzen.*

*Deshalb muss sie auf der ersten Stufe der Wahlkampagne, d. h. vor den Massen, in der Regel unbedingt selbständig auftreten und darf als Kandidaten nur Parteimitglieder aufstellen.*

*Ausnahmen von dieser Regel sind nur im äußersten Fall und nur in Bezug auf Parteien zulässig, die die Hauptlosungen unseres unmittelbaren politischen Kampfes vollauf annehmen, d. h. die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands anerkennen und für die demokratische Republik kämpfen. Dabei dürfen sich solche Abkommen nur auf die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste erstrecken, sie dürfen keinesfalls die Selbständigkeit der politischen Agitation der Sozialdemokratie irgendwie beschränken.*

*In der Arbeiterkurie tritt die Sozialdemokratische Partei unbedingt selbständig auf, ohne Abkommen mit irgendeiner anderen Partei zu treffen.*

*In den höheren Wahlstufen, d. h. in den Versammlungen der Wahlmänner in den Städten, der Bevollmächtigten und der Wahlmänner auf dem Lande, sind Teilabkommen zulässig, sofern sie einzig und allein eine proportionelle Verteilung der Mandate entsprechend der Stimmenzahl der Parteien, die das Abkommen treffen, zum Inhalt haben. Hierbei unterscheidet die Sozialdemokratie unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Konsequenz und Entschiedenheit die folgenden Haupttypen bürgerlicher Parteien: a) Sozialrevolutionäre, PPS und ähnliche republikanische Parteien; b) Volkssozialisten und Trudowiki ähnlicher Art; c) Kadetten.“*<sup>133</sup>

Lenin verteidigte diese Herangehensweise auch bei den Wahlen zur Vierten Duma 1912, als die Bolschewiki die vorherrschende Kraft im Proletariat der größeren Indu-



striegebiete geworden war und folglich die Abgeordneten-sitze in der ArbeiterInnenkurie von St. Petersburg, Moskau, Yekaterinoslav (heute Dnjeppropetrowsk, Anm.d.Ü.), Charkow, Kostroma und Vladimir Gubernia gewonnen hatte. Lenin erklärte die Wahltaktik der Bolschewiki 1912 folgendermaßen:

*„Es bleibt die zweite städtische Kurie. Hier gibt es nicht wenige proletarische und dem Proletariat nahestehende Wähler: Handelsangestellte, Mieter aus den Kreisen der Arbeiter, Rentenempfänger usw. (...) Die Liberalen sind mehr als dreimal so stark wie die Rechten, die fast ebenso stark sind wie die Demokraten. Es ist klar, dass im Allgemeinen hier von irgendeiner Schwarzhundertergefahr keine Rede sein kann. Weiterhin ist es klar, dass hier die Hauptaufgabe der Arbeiterdemokratie gerade der Kampf gegen die Liberalen ist; in der gegenwärtigen Zeit, bei zweifellos allgemeiner Wendung des Landes nach links, was sowohl von den Liberalen als auch den Oktobristen und den Purischkewitsch zugegeben wird, rückt ein solcher Kampf besonders in den Vordergrund. Selbstverständlich müssen die Arbeiterkandidaten im ersten Stadium ausnahmslos selbständig, mit reinen Listen, in den Kampf treten. Im zweiten Stadium jedoch, im zweiten Wahlgang, läuft die Sache in den meisten Fällen auf einen Kampf der Demokraten gegen die Liberalen hinaus. (...) Da die zweite städtische Kurie die wichtigste Kurie mit zweitem Wahlgang ist, wird die Hauptlinie der Arbeiter im zweiten Wahlgang eben sein: mit den Demokraten gegen die Rechten und gegen die Liberalen. (...) Im zweiten Wahlgang soll man in erster Linie in der zweiten städtischen Kurie in den meisten Fällen mit allen Demokraten gegen die Liberalen und gegen die Rechten stimmen; lediglich in zweiter Linie soll man im zweiten Wahlgang einen Block mit der gesamten Opposition gegen die Reaktionäre eingehen.“<sup>134</sup>*

Wie wir in den oben angeführten Zitat aus seinem Buch *Der 'linke Radikalismus – Kinderkrankheit im Kommunismus* zeigten, verteidigt Lenin sein Haltung zur Wahltaktik bis zu seinem Tod. Auch Trotzki tat das, wie mit dem längeren Zitat aus dem *Übergangsprogramm* (siehe oben) gezeigt wurde, und verallgemeinerte die Erfahrungen der Bolschewiki in ihrer Einheitsfronttaktik gegenüber den Menschewiki und den Sozialrevolutionäre, auch nachdem diese schon zu sozialimperialistischen Parteien geworden waren – der relevante Teil davon sei hier zum Nutzen der Leser nochmal wiedergegeben:

*“Die Forderung der Bolschewiki an die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre 'Brecht mit der Bourgeoisie, nehmt die Macht in Eure Hände!' (hatte) für die Massen eine ungeheure erzieherische Bedeutung. Die hartnäckige Weigerung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Macht zu ergreifen, die in den Julitagen auf so dramatische Weise deutlich wurde, vernichtet sie endgültig in den Augen des Volkes und bereitete den Sieg der Bolschewiki vor.*

*Die zentrale Aufgabe der Vierten Internationale besteht darin, das Proletariat von seiner alten Führung zu befreien, deren Konservatismus in völligem Gegensatz zu den katastrophalen Umständen des kapitalistischen Verfalls steht und für den historischen Fortschritt das stärkste Hindernis ist. Der Hauptvorwurf der Vierten Internationale gegen die traditionellen Organisationen des Proletariats ist, dass sie sich nicht von der Bourgeoisie lösen wollen, die politisch eine halbe Leiche ist. Unter diesen Bedingungen ist die systematisch an die alte Führung gerichtete Forderung 'Brecht mit der Bourgeoisie, ergreift die Macht!' ein äußerst wichtiges Mittel, den verräterischen Charakter der Parteien und Organisationen der Zweiten, Dritten*

*und der Amsterdamer Internationale bloßzustellen.*

*Die Losung der 'Arbeiter- und Bauernregierung' ist für uns nur in dem Sinne annehmbar, den sie 1917 bei den Bolschewiki hatte, d.h. als antibürgerliche, antikapitalistische Losung, aber auf keinen Fall in dem 'demokratischen' Sinne, den ihr später die Epigonen gegeben haben, indem sie aus ihr statt einer Brücke zur sozialistischen Revolution die Hauptbarriere auf ihrem Wege machten.“<sup>135</sup>*

Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale wollten RevolutionärInnen die Erfahrungen der Bolschewiki verallgemeinern. Natürlich gab es in den meisten kolonialen und halbkolonialen Ländern dieser Zeit gar keine Wahlen. Im Fall Mexiko ist jedoch ein Beispiel zu finden, wie die Komintern – in ihrer gesunden Periode vor der Machtergreifung Stalins – dennoch die Einheitsfronttaktik auf dem Gebiet der Wahlen in einem halbkolonialen Land anzuwenden versuchte.

Im August 1923 schickte das *Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale* (EKKI) einen langen Brief an die mexikanische Partei, der von der US-Sektion als Broschüre veröffentlicht wurde. In diesem Brief führt das EKKI die Methode der Einheitsfronttaktik aus und zeigt, wie sie an die konkreten Bedingungen des mexikanischen Klassenkampfes jener Zeit angepasst werden sollte. Es ruft die Massenorganisationen sowohl der ArbeiterInnen wie auch der Bauern (einschließlich deren Parteien und Führungen) auf, gemeinsame Aktionen zur Verteidigung der Interessen der Volksmassen zu unternehmen:

*“Die Einheitsfronttaktik ist der revolutionäre Kampf der Kommunistischen Partei zur Gewinnung der organisierten und unorganisierten Arbeiter- und Bauernmassen für einen gemeinsamen Kampf um gemeinsame Forderungen. Die Kommunistische Partei wendet sich daher offen an die Führungen der reformistischen, syndikalistischen und sogenannten unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen und ersucht sie zur Teilnahme an einem gemeinsamen Aktionskomitee. Dasselbe gilt für die Reformisten und die Bauernpartei. Das Ziel des Aktionskomitees ist die organisierte Zentralisierung des Kampfs um konkrete Forderungen. Das Aktionskomitee bindet keine der teilnehmenden Parteien oder Gewerkschaften an seine politische Agitation und Propaganda oder an seine allgemeinen Aktivitäten. Das Recht, jede Partei zu kritisieren, bleibt vollständig erhalten.“<sup>136</sup>*

Weiters analysierte das EKKI den Konflikt zwischen der bürgerlichen Regierung De La Huerta und der kleinbürgerlich-demokratischen Opposition unter Calles. Es warnt davor, dass, wenn Calles an die Macht käme, er ebenfalls die ArbeiterInnen und Bauern betrügen würde. Doch das EKKI drängte auch darauf, dass angesichts der im Volk vorhandenen Massenunterstützung für Calles und der vorhandenen Illusionen in seine kleinbürgerliche Regierung KommunistInnen zur kritischen Wahlunterstützung für ihn aufrufen sollten, kombiniert mit Warnungen und einem an ihn gerichteten Forderungsprogramm. Eine solche Taktik sollte dazu beitragen, die ArbeiterInnen und Bauern von der kleinbürgerlichen Führung wegzubrechen und so der kleinen Kommunistischen Partei – zu dieser Zeit hatte sie etwa 1.500 Mitglieder – zu mehr Einfluss unter den Massen verhelfen zu können.<sup>137</sup>

*“Die erste Aufgabe der Partei muss es sein, klar und deutlich darzulegen, was die gegenwärtige Situation ist und wie sie sich entwickelt. Zweitens muss klar sein, dass es für die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht gleichgültig ist, ob Calles oder De La Huerta die Arbeiterklasse verraten, auch wenn beide zum glei-*

chen Ergebnis kommen. Die gesamte Lage ist keine Komödie, auch wenn es so scheint, sondern eine tatsächliche Zwangslage. Sie ist ein Versuch eines Teils der kleinbürgerlichen Demokratie, ihren Kopf über Wasser zu halten und das kann sie nur über den Erhalt politischer Macht. Die Interessen der Arbeiterklasse sind in diesen Kampf genauso betroffen, denn die einzigen Verbündeten, auf die sich das Kleinbürgertum verlassen kann, sind die Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Calles muss daher diesen Klassen Zugeständnisse machen. Es ist bereits offensichtlich, dass die große Mehrheit der Arbeiter und Bauern die Kandidatur von Calles unterstützen wird. Wenn sich die ganze Arbeiterklasse an diesem Kampf beteiligt, darf die Kommunistische Partei nicht beiseite stehen und zuschauen; sie muss mit den anderen kämpfen, denn Calles heißt heute für die Massen Schutz vor Reaktion und klerikaler Herrschaft. Doch es ist die Pflicht der Kommunisten, die Illusionen der Massen in die Fähigkeit der Regierung Calles, tatsächlich Schutz zu gewähren, zu bekämpfen. Während der Periode von Obregons Regime partizipierte Calles still an den Angriffen der Regierung auf die Arbeiterklasse. Calles wird sich auf nationaler Ebene so verhalten wie Felipe Carrillo sich auf lokaler Ebene in Yucatan verhalten hat. Er wird die gegen ihn gerichteten Gewerkschaften unterdrücken und die Kommunisten verfolgen; er wird nicht zögern, sie nötigenfalls zu erschießen. Trotzdem muss die Kommunistische Partei an den Wahlen im Namen Calles teilnehmen. Gewiss nicht als begeisterte Anhänger der kommenden Regierung. Diese Taktik ist bloß ein notwendiger Zwischenstop auf dem Weg zu Arbeiter- und Bauernregierung, auf dem Weg zur proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Was sich aus der Regierung Calles heraus entwickelt, wird dem mexikanischen Proletariat hinsichtlich der Ohnmacht des Reformismus, sowie der Machtlosigkeit und Korruptheit der opportunistischen und kleinbürgerlich anarchistischen Phraseologie die Augen öffnen. Die mexikanischen Arbeiter und Bauern werden erkennen, dass es zwei Arten von Politik gibt; eine, die zur Diktatur der Bourgeoisie führt und eine, die zur Hegemonie des Proletariats führt und von der Losung 'Alle Macht den Arbeitern und Bauern' repräsentiert wird. Viele ehrliche Arbeiter werden zu den Kommunisten sagen: wenn ihr schon den Verrat von Calles vorhersagt, ist eure Teilnahme am Kampf nur ein Manöver, um Calles zu kompromittieren. Doch die Frage so zu stellen, ist nicht korrekt und undialektisch. Dass Calles sich kompromittieren wird, hängt nicht von uns ab, sondern von seiner opportunistischen Politik der Kompromisse mit der Bourgeoisie. Aber wir zeigen im Gegensatz dazu den einzigen Weg auf, auf dem der Bankrott verhindert werden kann – den Weg der Realisierung der proletarischen Revolution. Aber wird Calles diesem Weg folgen? Wir haben ausreichende Gründe, das nicht nur zu bezweifeln, sondern negativ zu beantworten. Calles, Morones, Felipe Arrillo, Soto y Gema usw. sind die Kerenskis, die Eberts, die Noskes und die Scheidemanns Mexikos. Sie werden sich mit Gompers und seiner ganzen verräterischen Clique vermählen. Doch in unserer Propaganda müssen wir die Sozialisten und Agrarier so weit wie möglich nach links treiben. Wir müssen heute von Calles eine Erklärung zur Entwaffnung der Bauern, die Obregon anregte, fordern; wir müssen Schutz für streikende Arbeiter fordern; Bestrafung der Beamten, die am Mord an den Arbeitern in Vera Cruz und San Angel schuldig sind; einen erbarmungslosen Kampf gegen die Faschisten; die Verordnung der Artikel 27 und 123; Maßnahmen gegen die Wohnungsnot; die Aufteilung von Großgrundbesitz ohne Entschädigung usw." <sup>138</sup>

Leo Trotzki und die Vierte Internationale setzten sich nicht detailliert mit der Anwendung der Wahltaktik in

halbkolonialen Ländern auseinander. Trotzki wiederholte aber den methodischen Zugang der Komintern, als er im Übergangsprogramm die Notwendigkeit betonte, die Einheitsfronttaktik auf die "Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie" anzuwenden, womit er sowohl bürgerliche ArbeiterInnenparteien (Stalinisten, SozialdemokratInnen etc.) als auch kleinbürgerlich-populistische Parteien vom Typ der Sozialrevolutionäre in Russland meinte (siehe das lange Zitat aus dem Übergangsprogramm am Ende des Kapitel II im vorliegenden Buch). Das ist der wirksamste Weg, ArbeiterInnen und Unterdrückte, die noch Illusionen in eine nicht-revolutionäre Partei haben, an "antibürgerliche und antikapitalistische Losungen" heranzuführen.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass sowohl Lenin wie auch Trotzi die Hauptaufgabe von RevolutionärInnen im Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei sahen. Sie wiesen auch darauf hin, dass RevolutionärInnen versuchen müssen, besitzlose Bauern zu einem Bündnis unter Führung des revolutionären Proletariats zu gewinnen. Dafür müssen RevolutionärInnen die Einheitsfronttaktik anwenden, auch auf dem Gebiet der Wahlen. Sie kann sowohl auf bürgerliche ArbeiterInnenparteien wie auch auf kleinbürgerlich-populistische Parteien (v.a. in Situationen, in denen es keine bedeutende ArbeiterInnenpartei, nicht einmal eine bürgerliche, gibt) angewendet werden. Solche Wahlunterstützung muss Forderungen an diese Parteien beinhalten, so dass während des gemeinsamen Kampfs mit der reformistischen Basis aus ArbeiterInnen und Unterdrückten diese gewarnt werden, damit sie nicht Illusionen in die Wirkungskraft und Beständigkeit ihrer Führungen haben, mit der Hoffnung, dass sie sie sich letztlich uns als die wahren RevolutionärInnen anschließen werden.

Die RCIT vertritt den Standpunkt, dass eine solche Methode heute im Gefolge des bedeutsamen und deutlichen Aufstiegs kleinbürgerlich-populistischer Bewegungen und Parteien in der halbkolonialen Welt (aber nicht nur hier!) äußerst nützlich ist. Natürlich kann eine präzise Wahltaktik nur nach konkreter Studie der spezifischen nationalen Umstände formuliert werden. Aus diesem Grund können hier in diesem Dokument nur einige methodische Argumente dafür vorgebracht werden, welche politischen Kräfte möglicherweise für eine revolutionäre Wahlunterstützung in Frage kommen.

Wir glauben, dass die frühen Phasen der boliviarischen Bewegungen in Lateinamerika gute Beispiele dafür sind. Mit "frühen Phasen" ist die Periode gemeint, in der sie kleinbürgerlich-populistische Parteien gründen, die sich gegen die neoliberalen Regierungen wenden und die Hoffnungen von Millionen ArbeiterInnen, besitzlosen Bauern und städtische Armut auf sich vereinen. Insbesondere sei Chavez' MBR-200 in den späten 1990er Jahren und Evo Morales' MAS im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts genannt, als diese Parteien als Katalysator für den zunehmenden Klassenkampf der ArbeiterInnen und Unterdrückten handelten. Damals war es wichtig, die Volksmassen, die ihre Hoffnungen an die Castro-Chavista-Führungen richteten, zu politisieren und zu radikalieren. Wie noch unten ausgeführt wird, wäre es für RevolutionärInnen allerdings auf keinen Fall in Frage gekommen, diese Parteien, sobald sie an die Macht gelangt und zu offen bürgerlichen Volksfrontparteien geworden waren, zu wählen.

Ein weiteres Beispiel, über das heute südafrikanische RevolutionärInnen diskutieren sollten, ist jenes von Julius Malemas *Economic Freedom Fighters EFF* in Südafrika. Diese Partei entstand 2012/13 aus einer Spaltung vom ANC – der historisch kleinbürgerlich-nationalistischen Partei der Schwarzen in Südafrika, die den Befreiungskampf gegen das Apartheidregime seit den 1940er Jahren geführt hatte. Der ANC wurde zu einer bürgerlichen Volksfrontpartei, als er zur größten Partei wurde, 1994 die Regierung bildete und in Folge das Land im Interesse der großen Konzerne führte. Julius Malema und die EFF verteidigten 2012 die Minenarbeiter von Marikana und präsentierten sich scheinheilig als *“revolutionäre Opposition gegen die ANC-Regierung”*. Die vom EFF kolportierten Mitgliederzahlen von über einer halben Million sind sicher übertrieben, doch gelang es dieser Partei zweifelsohne, die Hoffnungen der ArbeiterInnen und Armen auf sich zu ziehen.

*Sinn Fein* in der Republik Irland ist ein weiteres Beispiel für eine kleinbürgerlich-populistische Partei, die vor Kurzem zu einem Vehikel für die Massenproteste der ArbeiterInnenklasse geworden ist, v.a. im Zusammenhang mit der Right2Water-Kampagne. Bei den Wahlen 2016 hätten SozialistInnen in den Bezirken mit gewissem Massenanhang zu kritischer Wahlunterstützung für die KandidatInnen der zentristischen Listen – *Anti-Austerity Alliance* (hauptsächlich UnterstützerInnen der SP in Irland) und *People before Profit* (hauptsächlich UnterstützerInnen der SWP in Irland) – aufrufen können. In anderen Bezirken wäre es für SozialistInnen zulässig gewesen, für die Unterstützung von Sinn Fein auf Basis oben erwähnter kritischer Wahlunterstützung aufzurufen.

### **Die Wandlung einer kleinbürgerlich-populistischen Partei zu einer bürgerlichen Partei und die Wahltaktiken**

Die Unterscheidung zwischen kleinbürgerlich-populistischen Parteien und offen bürgerlichen Volksfrontparteien erachten wir als bedeutsam. Es gibt allerdings keine chinesische Mauer, die die beiden voneinander trennt: jede kleinbürgerlich-populistische Partei ist eine potenzielle Volksfrontpartei (deswegen werden diese beiden Kategorien so leicht durcheinander geworfen). Die kleinbürgerliche Zusammensetzung – zumindest auf Führungsebene – prädestiniert solche Parteien dazu, ihren Charakter zu verändern und zu offen bürgerlichen Parteien zu werden.

Eine derartige Veränderung kann unter verschiedenen Bedingungen erfolgen. Eine dieser Bedingungen ist gegeben, wenn solche Parteien Teil der Regierung eines kapitalistischen Staats werden. In einer solchen Situation kommt die Partei in engen Kontakt mit der bürgerlichen herrschenden Klasse und sie integriert sich in den bürgerlichen Staatsapparat. Üblicherweise führt das nach einiger Zeit zu ihrer Fusion mit einem Teil der Bourgeoisie. In Venezuela wird dieser Sektor *Bolivarische Bourgeoisie* oder *Boliburguesía* genannt.

Natürlich kann eine solche Fusion mit einem Teil der Bourgeoisie und des Staatsapparats auch stattfinden, noch bevor eine Partei Teil der Regierung wird oder selbst die Macht übernimmt. Es ist einer solchen Volksfrontpartei auch möglich, sich zu spalten (z.B. nach dem Ausschluss aus einer Regierung) und eine Fraktion – vielleicht sogar die Mehrheit der Partei – verändert sich wieder zurück zu einer kleinbürgerlich-populistischen Partei. Beispiele für

derlei Spaltungen und Wandlungen sind die Montoneros in Argentinien, die 1974 aus der peronistischen Partei ausgeschlossen wurden sowie die oben erwähnte südafrikanische EFF.

Wenn eine solche Partei zu einer offen bürgerlichen Volksfrontpartei wird, ist es für RevolutionärInnen völlig unmöglich, ihr irgendeine Wahlunterstützung zu geben.

Andererseits entbindet der Kampf gegen diese *“Grenz-übertretung ins bürgerliche Lager”* RevolutionärInnen nicht von ihrer Verpflichtung, eine derartige Volksfrontregierung gegen einen konterrevolutionären Putsch zu verteidigen.<sup>139</sup> Lenin erklärte das im August 1917, als die Bolschewiki mit der Notwendigkeit konfrontiert waren, die Volksfrontregierung Kerenski gegen einen rechten Staatsstreich durch die Kräfte um General Kornilow zu verteidigen.

*“Wie jede schroffe Wendung, erfordert auch diese eine Überprüfung und Änderung der Taktik. Und wie bei jeder Überprüfung, muss man außerordentlich vorsichtig sein, um nicht in Prinzipienlosigkeit zu verfallen. Meiner Überzeugung nach verfallen jene in Prinzipienlosigkeit, die (wie Wolodarski) zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung oder (wie andere Bolschewiki) zu einem Block mit den Sozialrevolutionären, zur Unterstützung der Provisorischen Regierung ableiten. Das ist grundfalsch, das ist Prinzipienlosigkeit. (...) Die Kerenski-Regierung dürfen wir selbst jetzt nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: Sollen wir etwa nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich sollen wir das! Aber das ist nicht dasselbe; da gibt es eine Grenze, sie wird von manchen Bolschewiki überschritten, die in ‚Verständigungspolitik‘ verfallen, sich vom Strom der Ereignisemitreißen lassen. Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow ebenso wie die Truppen Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine Schwäche. Das ist ein Unterschied. Das ist ein recht feiner, aber überaus wesentlicher Unterschied, den man nicht vergessen darf.*

*Worin besteht nun die Änderung unserer Taktik nach dem Aufstand von Kornilow? Darin, dass wir die Form unseres Kampfes gegen Kerenski ändern. Ohne unsere Feindschaft gegen ihn auch nur um einen Deut zu mildern, ohne ein Wort von dem, was wir gegen ihn gesagt haben, zurückzunehmen, ohne auf die Aufgabe zu verzichten, Kerenski zu stürzen, sagen wir: Man muss der Situation Rechnung tragen, jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen, wir werden jetzt an die Aufgabe, den Kampf gegen ihn zu führen, anders herangehen, und zwar werden wir das Volk (das gegen Kornilow kämpft) über Kerenskis Schwäche und über seine Schwankungen aufklären. Das taten wir auch früher, jetzt aber ist das die Hauptsache geworden: darin besteht die Änderung.*

*Ferner besteht die Änderung darin, dass jetzt die verstärkte Agitation für gewisse ‚Teilforderungen‘ an Kerenski zur Hauptsache geworden ist: verhafte Miljukow, bewaffne die Petrograder Arbeiter, rufe die Kronstädter, Wiborger und Helsingforsener Truppen nach Petrograd, jage die Reichsduma auseinander, verhafte Rodsjanko, erhebe die Obergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern zum Gesetz, führe über die Brotversorgung und in den Fabriken die Arbeiterkontrolle ein, usw. usf. Und nicht nur an Kerenski, nicht so sehr an Kerenski müssen wir diese Forderungen richten als vielmehr an die Arbeiter, Soldaten und Bauern, die vom Verlauf des Kampfes gegen Kornilow mitgerissen worden sind. Wir müssen sie weiter mitreißen, sie anspornen, den Generalen und Offizieren, die für Kornilow eintreten,*

das Fell zu gerben; wir müssen darauf bestehen, dass sie die sofortige Übergabe des Bodens an die Bauern fordern; wir müssen sie auf den Gedanken bringen, dass Rodsjanko und Miljukow verhaftet, die Reichsduma auseinandergejagt, die ‚Retsch‘ und andere bürgerliche Zeitungen verboten werden müssen, dass man eine Untersuchung gegen sie einleiten muß. Ganz besonders müssen die ‚linken‘ Sozialrevolutionäre in diese Richtung gedrängt werden.“<sup>140</sup>

Ähnlich erklärte Trotzki im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg die Bedeutung der Verteidigung einer bürgerlichen Demokratie mit einer Volksfrontregierung gegen reaktionäre Angriffe, während gleichzeitig dieser Regierung keine politische Unterstützung gewährt wird:

„Vor 1934 erklärten wir unermüdlich den Stalinisten, daß auch in der imperialistischen Epoche eine Demokratie weiterhin dem Faschismus vorzuziehen sei: daß nämlich in allen Fällen, wo sie feindlich aufeinander prallen, das revolutionäre Proletariat verpflichtet sei, die Demokratie gegen den Faschismus zu unterstützen. Wir haben jedoch immer hinzugefügt: wir können und müssen die bürgerliche Demokratie nicht mit bürgerlich-demokratischen Mitteln, sondern mit den Methoden des Klassenkampfes verteidigen, die ihrerseits den Weg für die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die Diktatur des Proletariats ebnen. Das heißt vor allem, daß die Partei des Proletariats bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, selbst mit den Waffen in der Hand, keine Verantwortung für die bürgerliche Demokratie übernimmt, nicht in ihre Regierung eintritt, sondern die volle Freiheit der Kritik und der Aktion gegenüber allen Parteien der Volksfront vorbehält und damit den Sturz der bürgerlichen Demokratie – als nächsten Schritt – vorbereitet.“<sup>141</sup>

Gleichzeitig betrachtete es Trotzki als prinzipienlos für RevolutionärInnen, für eine Volksfront zu stimmen oder eine Volksfrontpartei dazu aufzurufen, die Macht zu ergreifen.<sup>142</sup> Das gilt auch für Situationen, in denen eine solche Volksfrontpartei oder ihre Kandidaten gegen eine faschistische Liste oder deren Kandidaten bei Wahlen antreten. So zum Beispiel gab es im März 1937 eine Nachwahl um einen Parlamentssitz in Brüssel, in der ein faschistischer Führer sich dem Premier Paul van Zeeland von der Katholischen Partei gegenüber sah. Die belgische Labour Partei und die Kommunistische Partei unterstützten van Zeeland, indem sie keinen eigenen Kandidaten aufstellten. Die Mehrheit der belgischen Sektion der „Bewegung für die Vierte Internationale“ – wie sich die TrotzkiInnen damals nannten – entschied gleichfalls, keinen Kandidaten aufzustellen und so van Zeeland indirekt zu unterstützen.

Trotzki und das Internationale Sekretariat der Vierten Internationale verurteilten diese Position scharf: „Die Haltung der belgischen Führung (der Sektion, d.Ü.) während der Nachwahlen ist ein schwerer Schlag für das Ansehen der Vierten Internationale und besonders seine belgische Sektion. In dieser Frage stehen wir in vollkommener Übereinstimmung mit dem IS und der Pariser ‚Lutte ouvrier‘.“<sup>143</sup>

„Vor einigen Tagen erhielt ich eine Stellungnahme von Genosse V. bezüglich den Kommunalwahlen. V.'s Argumente gegen eine Teilnahme erscheinen mir von vorn bis hinten als falsch. Wie sie wissen erachtete und erachte ich die Unterstützung unserer Partei für Van Zeeland als einen äußerst ernsthaften und gefährlichen Fehler.“<sup>144</sup>

Trotzki war nicht nur in imperialistischen Ländern gegen die Wahlunterstützung für eine Volksfrontpartei, sondern auch in halbkolonialen Ländern. Als die mexikanische Ge-

werkschaftsbürokratie zur Unterstützung für den „fortschrittlich“ bürgerlichen Kandidaten Àvila Camacho bei den Präsidentschaftswahlen von 1940 aufrief, wies Trotzki das zurück. Er erklärte diese Unterstützung für einen bürgerlichen Kandidaten für unzulässig: „Gegenwärtig gibt es keine Arbeiterpartei, keine Gewerkschaft, die eine unabhängige Klassenpolitik entwickelt und die in der Lage ist, einen unabhängigen Kandidaten aufzustellen. Unter diesen Umständen besteht unser einzig möglicher Kurs darin, uns auf marxistische Propaganda zu beschränken und die zukünftige unabhängige Partei des mexikanischen Proletariats vorzubereiten.“<sup>145</sup>

Als Diego de Rivera, ein berühmter mexikanischer Maler, der eine Zeitlang Unterstützer der Vierten Internationale war, die Bewegung verließ und die Gründung einer neuen Partei zur Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten bei bevorstehenden Wahlen befürwortete, entgegnete Trotzki:

„Die Idee, daß man eine Partei „ad hoc“ für eine konkrete Situation schaffen kann ist absolut unglaublich und dem Wesen nach opportunistisch. Eine Arbeiterpartei mit einem sogenannten Minimalprogramm ist eo ipso eine bürgerliche Partei. Es ist eine Partei die dazu dient, das Arbeiter eine bürgerliche Politik oder bürgerliche Politiker unterstützen. Eine revolutionär-marxistische Arbeiterpartei kann darüber diskutieren ob es sinnvoll ist oder nicht, in einer konkreten Situation einen der bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Unter den gegebenen Umständen sind wir der Meinung, daß dies falsch wäre.“<sup>146</sup>

Zusammenfassend betrachten wir kritische Wahlunterstützung für kleinbürgerlich-populistische Parteien unter bestimmten Bedingungen als zulässig, doch KommunistInnen können niemals Parteien oder KandidatInnen der Bourgeoisie wählen bzw. für deren Machtübernahme stimmen – weder in imperialistischen noch in halbkolonialen Ländern. Revolutionäre MarxistInnen befürworteten eine ArbeiterInnen- und Bauernregierung und nicht eine Regierung von ArbeiterInnen, Bauern und Teilen der Bourgeoisie. Letzteres wäre eine Volksfrontregierung. Wahlunterstützung für eine solche Partei wäre kein Schritt in Richtung Klassenunabhängigkeit, sondern vielmehr ein Schritt zurück in die Unterwerfung der ArbeiterInnen und Unterdrückten unter die Bourgeoisie.



## VI. TRADITIONELLE REFORMISTISCHE PARTEIEN, NEUE ARBEITERINNENPARTEI UND WAHLTAKTIKEN

In diesem Kapitel geht es um die Taktiken im Kampf für eine neue ArbeiterInnenpartei – sowohl in Ländern, in denen überhaupt keine ArbeiterInnenpartei existiert als auch in Ländern mit einer oder mehreren reformistischen ArbeiterInnenparteien. Dabei werden wir die Bedingungen, unter denen RevolutionärInnen entsprechende Losungen vorantreiben können, diskutieren. Ebenso werden wir Überlegungen zu den Wahltaktiken gegenüber traditionellen reformistischen Parteien – d.h. sozialdemokratische und stalinistische – unter den gegenwärtigen Bedingungen darlegen.

### Kampf für eine Neue ArbeiterInnenpartei in der gegenwärtigen Periode

Betreffend die Taktik zur *Neuen ArbeiterInnenpartei* schreiben wir in unseren Thesen:

*“In Ländern, in denen keine Arbeiterparteien (auch keine reformistischen) existieren oder in denen die bestehenden bürgerlichen Arbeiterparteien bereits derartig degeneriert sind, dass sie relevante Teile der Avantgarde abstoßen, rufen Revolutionäre die Arbeiteravantgarde und die Massenorganisationen zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei auf. Dabei sind auch Zwischenschritte denkbar wie die Unterstützung von Revolutionären für Allianzen in diese Richtung oder die Gründung von neuen Organisationen besonders unterdrückter Schichten (z.B. Migrantenorganisationen), die dann auch eventuell bei Wahlen antreten können.”*<sup>147</sup>

Wir haben erklärt, dass der Aufruf zu einer ArbeiterInnenpartei eine besondere Anwendung der Einheitsfronttaktik ist, die von kleinen kommunistischen Kräften in Ländern, in denen es keine bürgerliche ArbeiterInnenpartei mit Massenunterstützung gibt, angewendet wird. In solchen Ländern können RevolutionärInnen größere ArbeiterIn-

nenorganisationen (z.B. Gewerkschaften) auffordern, das Feld der Politik zu betreten und eine unabhängige ArbeiterInnenpartei zu gründen. Eine solche Partei muss von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften völlig unabhängig sein. In den USA etwa rufen wir die Gewerkschaften dazu auf, mit der Demokratischen Partei zu brechen und eine Labor Party zu gründen. Dieselbe Taktik lässt sich in Argentinien gegenüber den peronistisch dominierten Gewerkschaften anwenden oder in Südafrika, wo COSATU an die Volksfrontregierung des ANC gebunden ist. Sie ist auch in Ägypten anwendbar, wo unabhängige Gewerkschaften von bürgerlichen PolitikerInnen dominiert werden. Grundsätzlich ist diese Taktik für die Mehrheit der Länder der Welt geeignet.

Eine solche ArbeiterInnenpartei darf nicht davor zurückschrecken, bei Wahlen gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte anzutreten. RevolutionärInnen sollten gegen die “natürliche” Neigung opportunistischer ArbeiterInnenführerInnen, zu zögern und die Konfrontation mit solchen Parteien bei Wahlen zu scheuen, ankämpfen.

In Perioden intensivierten Klassenkampfs kann diese Taktik erfolgreich sein, wie in gewissem Ausmaß in den letzten Jahren in Südafrika zu sehen war. Hier spaltete sich NUMSA, die größte Einzelgewerkschaft, von COSATU ab, nachdem letztere die Regierung trotz des Massakers von Marikana und der Sparpolitik der Regierung weiter unterstützte. In Folge gründete die NUMSA-Führung die “Einheitsfront”, die eine politische Bewegung verkörpert, allerdings noch keine Partei, die zu Wahlen antritt.

Ein weiteres Beispiel für eine solche ArbeiterInnenpartei ist die PT in Brasilien, die von Lula in den späten 1970er Jahren in der Zeit der Militärdiktatur gegründet und geführt wurde. Später degenerierte sie leider zu einer reformistischen Partei.

## Die Krise der EU und der Brexit

**\* Marxismus, Europäische Union und das Brexit**

**\* Die britische Linke und das EU-Referendum**

Zwei Broschüren von Michael Pröbsting  
(Internationaler Sekretär der RCIT)

Preis: jeweils 3 Euro (plus Versandkosten)

Die Broschüren können über unsere Kontaktadresse bestellt werden



Der Aufruf zu einer *Neuen ArbeiterInnenpartei* ist in solchen Ländern eine geeignete Taktik, in denen es keine ArbeiterInnenpartei gibt. Natürlich gibt es mehr Gelegenheiten zur Anwendung dieser Taktik in der Agitation in Zeiten des intensivierten Klassenkampfes. Daher erachten wir sie in der nächsten Zeit als eine besonders wichtige Taktik, angesichts der Beschleunigung der politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüche in der historischen Periode, die 2008 begonnen hat.

RevolutionärInnen kämpfen gegen die Gefahr der reformistischen Degeneration einer solchen neuen ArbeiterInnenpartei. Sie tun das, indem sie ein revolutionäres Programm vertreten, d.h. ein volles Übergangsprogramm als Programm dieser Partei vorschlagen. Sie werden eine revolutionäre Tendenz innerhalb einer solchen Partei bilden und durch Enthüllung des Verrats der ReformistInnen und ZentristInnen im aktuellen Kampf um die Führung der Partei ringen. Das kann geschehen, indem eine Reihe an geeigneten Minimal- und Übergangsforderungen gestellt werden, die die ArbeiterInnen und Unterdrückten gegen den kapitalistischen Klassenfeind vereinen und mobilisieren können. Auf einer solchen Basis sollen RevolutionärInnen die Taktik der Einheitsfront mit anderen Kräften gegen den gemeinsamen Feind gemäß dem Prinzip "*getrennt marschieren, vereint schlagen*" anwenden.

Doch RevolutionärInnen dürfen keine UltimativistInnen sein. Mit anderen Worten, sie treten nicht in eine ArbeiterInnenpartei ein, präsentieren ihr Programm und verlassen die Partei, wenn es abgewiesen wird. Eine derart sektiererische Taktik würde nur den reformistischen Kräften dienen, die ihre Partei kontrollieren wollen. KommunistInnen müssen versuchen, die Basismitglieder der ArbeiterInnen und Jugend des linken Flügels innerhalb der Partei zu gewinnen, indem sie konkrete Kampagnen vorschlagen, die den Klassenkampf und die politische Entwicklung der Partei in eine kämpferische sozialistische Richtung vorantreiben.

Natürlich wird die Partei früher oder später an einem Kreuzungspunkt landen: entweder entwickelt sie sich in eine revolutionäre Richtung und wird eine wirklich sozialistische Partei oder sie degeneriert bürokratisch und wird zu einer reformistischen Kraft. Wenn sich RevolutionärInnen als zu schwach erweisen, die reformistische Degeneration einer solchen Partei aufzuhalten, sind sie verpflichtet, sich abzuspalten.

Während die ArbeiterInnenparteitaktik ursprünglich für Länder entwickelt wurde, in denen es keine reformistische ArbeiterInnenpartei gibt, so kann sie heute auch in Ländern angewendet werden, in denen eine solche existiert. Warum? Die Antwort liegt in der massiven Degeneration der traditionellen reformistischen Parteien in den letzten Jahren. Wie oben erwähnt, hat die Periode der neoliberalen Globalisierung die Degeneration der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien beschleunigt. Sie hat sie nach rechts gestoßen; sie hat die Verbindungen zwischen der Bürokratie und der Bourgeoisie verstärkt; sie hat den Einfluss der Mittelklasse erhöht und die Bande zur ArbeiterInnenklasse geschwächt.

Auch gab es eine massive Verbürgerlichung der ex-stalinistischen Parteien. Einerseits hat sich dieser Prozess nicht so schnell vollzogen wie beim sozialdemokratischen Zwilling. Der Grund dafür liegt einfach darin, dass sie zu einem weit geringeren Grad in die Exekutive des kapitali-

stischen Staates eingebunden waren, d.h. sie waren weniger oft Teil einer Regierung. Andererseits hatte eine Reihe dieser Parteien auch weniger Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse. Jedenfalls konnten wir in den letzten Jahren den wachsenden Einfluss kleinbürgerlicher Intellektueller in solchen Parteien erleben (z.B. das Netzwerk *Transform der Partei der Europäischen Linken*)

Das heißt in den meisten Fällen nicht, dass diese reformistischen Parteien aufgehört haben, bürgerliche ArbeiterInnenparteien zu sein. Für die meisten stimmt, dass sie von einer Bürokratie mit engen Verbindungen zu Unternehmern und Managern beherrscht werden, doch sie halten auch immer noch wichtige Beziehungen zur ArbeiterInnenklasse, meistens über ihre enge Verknüpfung mit den Gewerkschaften. MarxistInnen müssen eine konkrete Prüfung jeder derartigen traditionellen reformistischen Partei vornehmen und in jedem Fall beurteilen, ob sie den Rubikon überschritten hat und damit aufgehört hat, eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei zu sein und so zu einer offen bürgerlichen Partei bzw. genauer einer Volksfrontpartei geworden ist oder nicht.

In Europa ist etwa die Lösung für eine neue ArbeiterInnenpartei vor allem in Italien bedeutsam. Die Wandlung der Kommunistischen Partei Italiens PCI zur *Partito Democratico* ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung. In diesem Fall wurde die PCI in den frühen 1990ern erst zu den *Democratici di Sinistra* (Demokraten der Linken) und später über die Fusion mit anderen, offen bürgerlichen Parteien, zur *Partito Democratico*. Das ist ein klassischer Fall von Rückentwicklung von einer bürgerlichen ArbeiterInnenpartei zu einer volksfrontlerischen oder offen bürgerlichen Partei. Während ursprünglich eine linksreformistische Partei in Form der *Partito della Rifondazione Comunista* unter Fausto Bertinotti existierte (sie spaltete sich von der PCI ab, als diese zu einer Volksfrontpartei wurde), diskreditierte sich diese Partei völlig durch ihre Teilnahme an neoliberalen Regierungen und konnte folglich in den letzten Jahren bei Wahlen nicht einmal einen einzigen Sitz im Parlament gewinnen.

Auch gegenteilige Entwicklungen können nicht ausgeschlossen werden – zumindest zeitweilig. Unter bestimmten Umständen können solche Parteien sogar eine vorläufige Verjüngung erfahren (siehe z.B. die britische Labour Party unter Corbyn).<sup>148</sup> Nichtsdestotrotz treibt die "*Neoliberalisierung*" der Sozialdemokratie das Wegbrechen wesentlicher Bereiche der ArbeiterInnenavantgarde und der proletarischen Massen voran. Gleichzeitig ist das Bewusstsein dieser proletarischen Teile nicht ausreichend fortgeschritten, sich einer revolutionären Organisation anzuschließen. In solchen Fällen müssen RevolutionärInnen die Taktik der *Neuen ArbeiterInnenpartei* anwenden und einen Aufruf an jene Teile der Avantgarde und der ArbeiterInnenklasse zur Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei richten, die mit den traditionellen reformistischen Parteien brechen wollen, aber noch kein revolutionäres Klassenbewusstsein haben.

Eine solche Taktik sollte nicht mit der opportunistischen Taktik verwechselt werden, die verschiedene Linksreformisten und Zentristen anwenden, die die Gründung einer pluralistischen reformistischen Partei befürworten. Es ist natürlich wahrscheinlich, dass innerhalb einer solchen neuen Partei in der ersten Phase reformistische, zentristische wie auch revolutionäre Tendenzen auftreten.

Wir Bolschewiki-Kommunisten sind keine Sektierer und fürchten die Anwendung der Einheitsfronttaktik auch unter solchen Umständen nicht.

Doch Zentristen betrachten eine solche Partei als Lösung per se, als permanentes Modell für eine *“pluralistische linke Partei”*. Sie glauben, dass dieser Parteitypus für längere Zeit bestehen kann. Als Ergebnis befürworten sie kein revolutionäres Kampfprogramm, sondern schlagen ein *“realistischeres”* linksreformistisches Programm vor. Anstatt gegen die auftauchenden reformistischen Bürokraten anzukämpfen, kooperieren sie mit ihnen oder leben mit ihnen in *“friedlicher Koexistenz”*.

Im Gegensatz zu einem solchen opportunistischen Zugang würden wir als Bolschewiki-Kommunisten innerhalb einer solchen Partei arbeiten, indem wir offen unser unabhängiges Programm darlegen. Während wir mit anderen Kräften innerhalb der Partei zusammenarbeiteten, würden wir kompromisslos gegen reformistische und zentristische Tendenzen ankämpfen. Wir würden versuchen, die Mehrheit der Partei geduldig davon zu überzeugen, eine revolutionäre Perspektive zu übernehmen. Wenn das scheiterte und die Partei zu einem verknöcherten reformistischen Gebilde würde, würden RevolutionärInnen die Konsequenzen ziehen und sich von der Partei abspalten und dabei versuchen, die kämpferischen ArbeiterInnen und Unterdrückten der Partei mitzunehmen und mit ihnen eine wahrhaft revolutionäre Partei zu gründen.

Die gegenwärtige Periode, die sich durch den Niedergang traditionell reformistischer Parteien auszeichnet, ist ein fruchtbarer Boden für MarxistInnen um die der Lösung für neue ArbeiterInnenparteien vorzubringen; aus dem wachsenden Wunsch bedeutender Teile des Proletariats nach einer neuen Alternative zu diesen neoliberalisierten Parteien kann hier Vorteil gezogen werden. Die Agitation für eine solche neue Alternative missachtet aber auch keineswegs jene Teile der Avantgarde und der ArbeiterInnenklasse, die noch den traditionellen reformistischen Parteien anhängen. Doch es kann keinen Zweifel geben, dass RevolutionärInnen in der aktuellen Periode des Umbruchs eine Perspektive entwickeln müssen, die auf die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei und einer neuen ArbeiterInneninternationale hinausläuft.

Der bedeutsame Anstieg und das Wachstum neuer politischer Formationen auf Grundlage reformistischer oder populistischer Kritik am neoliberalen Kapitalismus und der Verteidigung der Rechte der ArbeiterInnen im Besonderen und der demokratischen Rechte im Allgemeinen ist hinreichende Rechtfertigung der Taktik der RCIT für den Aufruf einer neuen ArbeiterInnenpartei. Beispiele für diese Tendenz sind das enorme Wachstum der SYRIZA in Griechenland, die Wahlerfolge zentristischer Kräfte wie auch von Sinn Féin bei den Wahlen in Irland und die spektakuläre Entwicklung der erst vor zwei Jahren gegründeten Podemos. Während in formeller Hinsicht SYRIZA und Sinn Féin keine neuen Parteien darstellen, so waren sie doch bis vor wenigen Jahren nur kleine Kräfte, die jetzt jedoch wegen des Niedergangs der traditionellen reformistischen Parteien zu wachsen begonnen haben.

Natürlich sollte niemand – wie oben erwähnt – Illusionen in diese neuen reformistischen oder populistischen Parteien haben. Letztlich werden sie die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten verraten, entweder sobald

sie die Möglichkeit haben, in eine Regierung einzutreten oder wenn sie die Führungsrolle in einem Massenkampf übernehmen. Aus diesem Grund müssen RevolutionärInnen die Massen im Vorhinein bezüglich der wahren Natur der Führungen in diesen Parteien warnen. Doch gleichzeitig dürfen MarxistInnen die Politisierung und Radikalisierung von Teilen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend nicht ignorieren, die gerade ihren Ausdruck in der Unterstützung für diese neuen Parteien finden. Jedes sektiererische Abseitsstehen in diesem Prozess würde nur die Isolation der RevolutionärInnen garantieren. Darum kann kritische Wahlunterstützung für solche Parteien, zusätzlich zum Entrismus unter bestimmten Umständen, in der gegenwärtigen Periode ein legitimes Instrument für MarxistInnen sein.

### Engels, Lenin und Trotzki zur Taktik der ArbeiterInnenpartei

Die Taktik der ArbeiterInnenpartei wurde zuerst von Marx und Engels entwickelt. Im 19. Jahrhundert gab es bekanntlich Länder, in denen das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung nicht Hand in Hand mit der Gründung unabhängiger ArbeiterInnenparteien ging.<sup>149</sup> Die bekanntesten darunter waren Britannien und die USA. In Britannien bildeten die Gewerkschaften eine politische Allianz mit der offen bürgerlichen *Liberal Party*. Erst nach Jahrzehnten brachen sie mit den Liberalen und suchten eine unabhängige politische Vertretung. Zuerst gründeten sie 1900 das reformistische *Labour Representation Committee* und dann 1906 die *Labour Party*.

Marx und Engels meinten, dass es für die ArbeiterInnenklasse notwendig sei, ihre politische Unterordnung unter die Parteien der Bourgeoisie zu überwinden und ihre eigenen Parteien zu gründen. Dadurch würde ein wichtiger Schritt in ihrer Entwicklung eines politischen Klassenbewusstseins gemacht werden. Marx und Engels unterstützten also jeden praktischen Schritt hin zur Gründung einer unabhängigen ArbeiterInnenpartei, auch wenn dieser Prozess in den Köpfen vieler TeilnehmerInnen mit reformistischen Illusionen befrachtet war.

Im Jahr 1886 schrieb Engels in einem Brief an Friedrich Adolph Sorge:

*“Die faulste Seite der Knights of Labor war ihre politische Neutralität, die auf reine Mogelei der Powderlys etc. hinausläuft; dieser ist aber die Spitze abgebrochen durch die Haltung der Massen bei den Novemberwahlen und namentlich in New York. Der erste Schritt, worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Land ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei, einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist. Und dieser Schritt ist geschehn, viel rascher als wir erwarten durften, und das ist die Hauptsache. Dass das erste Programm dieser Partei noch konfus und äußerst mangelhaft, dass sie den Henry George als Fahne aufgesteckt, das sind unvermeidliche Übelstände, aber auch nur vorübergehende. Die Massen müssen Zeit und Gelegenheit haben, sich zu entwickeln, und die Gelegenheit haben sie erst, sobald sie eine eigne Bewegung haben – einerlei in welcher Form, sobald es nur ihre eigne Bewegung ist -, in der sie durch ihre eignen Fehler weitergetrieben werden, durch Schaden klug werden.”*<sup>150</sup>

Später verallgemeinerten Lenin und die Kommunistische

Internationale diese Taktik. Lenin selbst schrieb 1907:

*“Wenn Engels die Wichtigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei, selbst einer solchen mit schlechtem Programm, nachdrücklich betont, so deshalb, weil es sich um Länder handelt, in denen es bis dahin auch nicht die Spur einer politischen Selbständigkeit der Arbeiter gab, in denen sich die Arbeiter in der Politik am meisten von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen ließen und immer noch nehmen lassen.”*<sup>151</sup>

Später, nach der Gründung der Kommunistischen Internationale, wollte Lenin diese Taktik weiter verallgemeinern. Auf dem Zweiten Weltkongress 1920 traf er den US-Delegierten Louis C. Fraina und fragte nach seiner Meinung zur Anwendbarkeit der Taktik der ArbeiterInnenpartei in den USA. Fraina wies diese Idee zurück und Lenin drängte nicht weiter darauf.<sup>152</sup> Doch Lenin trieb voran, dass die Komintern dieses Thema genauer diskutierte. Er warf diese Frage in den Diskussionen rund um den Dritten Kongress 1921 auf und, im Jahre 1922, sprachen sich die Komintern und die amerikanische Partei – jetzt unter dem Namen *Workers' Party*, da der Name “Kommunistische Partei” in Amerika für illegal erklärt worden war – für die Taktik der ArbeiterInnenpartei als besondere Form der Einheitsfront in den USA aus.<sup>153</sup>

Dieser korrekte Zugang wurde im selben Jahr in einer Broschüre – “*For a Labor Party*” – von der *Workers' Party* veröffentlicht und vom Komintern-Delegierten in den USA, John Pepper, geschrieben. Sie stellt die Position der Komintern zu dieser Frage dar. Sie rief die AFL – der US-Gewerkschaftsbund – auf, eine solche ArbeiterInnenpartei aufzubauen:

*“Die Dezember-Konferenz schuldet es der amerikanischen Arbeiterbewegung, eine große unabhängige politische Partei der Arbeiter zu gründen – die Labor Party. Wenn diese Labor Party wachsen soll, muss sie auf den Gewerkschaften aufbauen. Wenn die neue Labor Party nicht in einem Sumpf ohne Prinzipien versinken soll, muss sie dem linken Flügel der Arbeiterklasse, der Communist Workers Party und der Proletarian Party offenstehen. Die Labor Party muss ein klassenbewusstes Programm annehmen. Ein Programm, das nicht die Interessen der Kapitalisten vertritt, sondern nur die Interessen der Arbeiter. Ein Programm, das klar das Ziel vor Augen hat: Die Abschaffung der Lohnsklaverei, die Errichtung einer Arbeiterrepublik und ein kollektivistisches Produktionssystem. Früher oder später wird eine Labor Party ein solches Programm unausweichlich beschließen. Sie sollte das im Moment ihrer Geburt tun.”*<sup>154</sup>

Vor dem Hintergrund der stalinistischen Degeneration der Komintern sollte Pepper und die Führung der *Workers' Party* die prinzipiengeleitete Anwendung der Taktik der ArbeiterInnenpartei bald durch eine opportunistische Taktik des Aufbaus einer klassenübergreifenden *Farmer- and Labor-Party* ersetzen. Dieses Experiment endete im völligen Bankrott.<sup>155</sup>

Später entwickelte Trotzki die Taktik der ArbeiterInnenpartei zu ihrer reinsten revolutionären Form. In einer Diskussion mit den Führern der SWP – der US-amerikanischen trotzkistischen Partei – erklärte Trotzki, was er als den richtigen Zugang zur Frage der ArbeiterInnenpartei betrachtete.

*“Frage: Wie bringst Du das mit der ursprünglichen Aussage in Einklang, daß wir nicht für die Organisierung einer reformistischen Labor Party eintreten können? Ich möchte mir darüber klar werden, was unser Genosse konkret tut, wenn seine Gewerkschaft der LNPL angeschlossen ist, und er als Delegierter*

*in die Labor Party entsandt wird. Dann kommt die Frage auf, wie man sich in den Wahlen verhalten soll, und man schlägt vor: „Laßt uns La Guardia unterstützen.“ Wie stellt sich die Sache unseren Genossen konkret dar?*

*Trotzki: Wir befinden uns also auf einem Gewerkschaftstreffen, um den Anschluß an die LNPL zu diskutieren. Ich werde in der Gewerkschaft sagen: Zunächst einmal ist die Vereinigung der Gewerkschaften auf einer politischen Ebene ein Fortschritt. Es besteht die Gefahr, daß sie unseren Feinden in die Hände fällt. Ich schlage daher zwei Maßnahmen vor: 1) daß wir nur Arbeiter und Farmer zu Vertretern haben, daß wir nicht von sogenannten parlamentarischen Freunden abhängig sind; 2) daß unsere Vertreter sich an unser Programm halten, und zwar an dieses Programm hier. Dann skizzieren wir konkrete Pläne zur Arbeitslosigkeit, zum Militärhaushalt etc. Dann sage ich: Wenn Ihr mich als Kandidaten vorschlagt, kennt Ihr also mein Programm. Wenn Ihr mich als Euren Vertreter entsendet, werde ich in der LNPL, der, Labor Party, für dieses Programm kämpfen. Wenn die LNPL beschließt, für La Guardia zu stimmen, werde ich entweder unter Protest zurücktreten oder bleiben und protestieren: „Ich kann nicht für La Guardia stimmen. Ich habe mein Mandat.“ Wir erhalten reiche neue Möglichkeiten für Propaganda.*

*Die Auflösung unserer Organisation ist völlig ausgeschlossen. Wir machen absolut klar, daß wir unsere Organisation haben, unsere Presse usw. usf. Es ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Genosse Dunne sagt, wir können in den Gewerkschaften noch nicht für die Unterstützung der SWP eintreten. Warum? Weil wir zu schwach sind. Und wir können den Arbeitern nicht sagen: Wartet, bis wir mehr Autorität bekommen haben und mächtiger geworden sind. Wir müssen in die Bewegung eingreifen, so, wie sie ist ...*

*Frage: Wenn es keine Bewegung für eine Labor Party gäbe und wir dagegen wären, eine solche zu schaffen, wie würde dies das Programm selbst berühren? Es wäre immer noch unser Übergangsprogramm. Ich verstehe es nicht, wenn Du sagst, wir können nicht für eine reformistische Partei eintreten, aber wir sind Befürworter und Vorkämpfer von Bewegungen für eine Labor Party, um den Willen der Arbeiter politisch durchzusetzen.*

*Trotzki: Es wäre absurd zu sagen, daß wir für eine reformistische Partei eintreten. Wir sagen den Führern der LNPL: „Ihr macht aus dieser Bewegung ein rein opportunistisches Anhängsel der Demokraten.“ Es geht um die pädagogische Herangehensweise. Wie können wir sagen, daß wir für die Schaffung einer reformistischen Partei eintreten? Wir sagen, Ihr könnt Euren Willen nicht durch eine reformistische, sondern nur durch eine revolutionäre Partei durchsetzen. Die Stalinisten und die Liberalen wollen aus dieser Bewegung eine reformistische Partei machen, aber wir haben unser Programm, wir machen daraus eine revolutionäre ...*

*Cannon: Wie kann man eine revolutionäre Labor Party erklären? Wir sagen: Die SWP ist die einzige revolutionäre Partei, sie hat das einzige revolutionäre Programm. Wie kann man dann den Arbeitern erklären, daß die Labor Party auch eine revolutionäre Partei ist?*

*Trotzki: Ich würde nicht sagen, daß die Labor Party eine revolutionäre Partei ist, sondern daß wir alles tun werden, um dies zu ermöglichen. Auf jeder Versammlung würde ich sagen: Ich bin ein Vertreter der SWP. Ich halte sie für die einzige revolutionäre Partei. Aber ich bin kein Sektierer. Ihr versucht gerade, eine große Arbeiterpartei zu schaffen. Ich werde Euch helfen, schlage aber vor, daß Ihr über ein Programm für diese Partei nachdenkt. Ich habe dazu die und die Vorschläge. Das würde ich heraus-*



stellen. Unter diesen Bedingungen wäre es ein großer Schritt nach vorn. Weshalb nicht offen sagen, was ist? Ohne jegliche Tarnung, ohne jegliche Diplomatie.“<sup>156</sup>

### Die traditionellen reformistischen Parteien und Wahltaktiken heute

Wie in unseren Thesen zur Einheitsfront dargestellt hat die RCIT immer die Taktik der kritischen Wahlunterstützung für reformistische Parteien, wie sie von Lenin und Trotzki entwickelt wurde, verfolgt. Wiederholt haben wir erklärt, dass, wenn die kommunistischen Kräfte gering sind, sie die Taktik der kritischen Unterstützung für Parteien der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten in ihren Verbindungen mit nicht-kommunistischen Massen nutzen sollen.

Unsere Methode der kritischen Wahlunterstützung beinhaltet die Aufstellung eines Programms unmittelbarer und gewisser Übergangsforderungen, die sich an die brennendsten Bedürfnisse der Masse richten. Die Absicht ist, ArbeiterInnen im Kampf zu mobilisieren und eine reformistische Partei zu zwingen, diese oder jene Handlung im Interesse der ArbeiterInnen umzusetzen. Solche Forderungen müssen immer mit der Losung für die Organisation der ArbeiterInnen und Unterdrückten einhergehen und auf die Errichtung von Aktionskomitees, zusammengesetzt aus einfachen ArbeiterInnen am Arbeitsplatz und aus den Stadtteilen, die nicht unter Kontrolle der Bürokratie stehen, fokussieren. Das ist ganz wesentlich, weil erstens Massenmobilisierungen der einzige Weg sind, um die reformistische Bürokratie zu zwingen, auch nur begrenzt fortschrittliche Aktionen zu setzen. Und zweitens können solche Losungen den Boden für ArbeiterInnen aufbereiten, für diese Forderungen unabhängig zu kämpfen, wenn ihre bürokratischen Führungen sich dazu weigern.

In unserer Vorläuferorganisation erklärten wir die Taktik der kritischen Wahlunterstützung in den *Thesen zum Reformismus* folgendermaßen:

*“Beide Elemente der kritischen Unterstützung – Forderungen an die Reformisten und Organisation des unabhängigen Kampfes zur Verwirklichung dieser Forderungen – sind entscheidend, weil die Regierung einer bürgerlichen Arbeiterpartei (d.h. eine bürgerliche Arbeiterregierung) unweigerlich ein Werkzeug des Kapitals gegen die Arbeiterklasse sein wird. Die Organisation des unabhängigen Kampfes ist lebenswichtig, um Niederlage und Demoralisierung bei den Massen zu verhindern, wenn sich der reformistische Verrat in der Praxis herausstellt. Gleichzeitig werden die Kommunisten ihr eigenes Programm vorbringen und es den reformistischen Losungen entgegenstellen, auch dort, wo kein Kommunist kandidiert. Um die Arbeiter für eine revolutionäre Alternative zu gewinnen, muss man offen aussprechen (auch für die Dauer der Einheitsfront), wie diese Alternative aussieht.*

*Die Taktik der kritischen Wahlunterstützung beruht allein auf der Existenz der organischen Verbindung von bürgerlicher Arbeiterpartei und Arbeiterklasse. Sie hängt keineswegs vom Programm oder von den Versprechungen der Reformisten ab. Kommunistische Agitation und Propaganda für die Wahlunterstützung dürfen keiner Interpretation im Sinne einer Unterstützung für Reformisten als strategisches “kleineres Übel” im Vergleich zu den offen bürgerlichen Parteien Raum geben. (...) Der Zweck, Reformisten an die Regierung zu bringen, ist genau der, sie einem Test zu unterziehen und zu beweisen, dass sie (ge-*

*nau wie die offen bürgerlichen Parteien) die Klassenherrschaft und die Staatsmacht der Bourgeoisie erhalten und verteidigen wollen und dass sie deswegen die Arbeiterklasse angreifen.”<sup>157</sup>*

Leider glauben eine Reihe von Zentristen und Ultralinke, dass kritische Unterstützung für reformistische Parteien, die wiederholt die ArbeiterInnenklasse verraten haben, im Widerspruch zu den marxistischen Prinzipien stehen würde. Das ist völlig falsch. Tatsächlich erklärte Lenin schon vor langer Zeit, dass die Frage nicht die ist, ob wir, die KommunistInnen, die betrügerische Natur des Reformismus erkennen, sondern ob die Massen der ArbeiterInnenklasse das verstehen. In seinem bekannten Buch *Der linke Radikalismus – eine Kinderkrankheit* von 1920 riet Lenin den britischen KommunistInnen, der reformistischen Labour Party kritische Wahlunterstützung zukommen zu lassen:

*“Wenn wir nicht eine revolutionäre Gruppe, sondern die Partei der revolutionären Klasse sind, wenn wir die Massen mitreißen wollen (und tun wir das nicht, so laufen wir Gefahr, einfach Schwätzer zu bleiben), so müssen wir erstens Henderson oder Snowden helfen, Lloyd George und Churchill zu schlagen (richtiger gesagt sogar: jene zwingen, diese zu schlagen, denn die ersteren fürchten ihren eigenen Sieg!); zweitens der Mehrheit der Arbeiterklasse helfen, sich durch eigene Erfahrung davon zu überzeugen, dass wir recht haben, d. h. sich von der völligen Untauglichkeit der Henderson und Snowden, von ihrer kleinbürgerlichen und verräterischen Natur, von der Unvermeidlichkeit ihres Bankrotts zu überzeugen; drittens den Zeitpunkt näher rücken, zu dem es möglich sein wird, auf Grund der Enttäuschung der Mehrheit der Arbeiter über die Henderson mit ernstesten Aussichten auf Erfolg die Regierung der Henderson mit einem Schlage zu stürzen (...).“<sup>158</sup>*

Zu dieser Zeit waren die KommunistInnen in Britannien eine sehr kleine Kraft mit nur ein paar hundert Mitgliedern und nicht in einer gemeinsamen Partei vereinigt.<sup>159</sup> Nichtsdestotrotz bzw. genau aus diesem Grund rief Lenin seine GenossInnen dazu auf, sich an die Masse der ArbeiterInnenklasse mit einer Taktik zu wenden, die ihr gegenwärtiges, nicht-kommunistisches, reformistisches Bewusstsein ansprach:

*“Wir würden Wahlagitation treiben, Flugblätter zugunsten des Kommunismus verbreiten und in allen Wahlkreisen, in denen wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen, empfehlen, für den Labouristen und gegen den Bourgeois zu stimmen. Genossin Sylvia Pankhurst und Genosse Gallacher irren, wenn sie darin einen Verrat am Kommunismus oder einen Verzicht auf den Kampf gegen die Sozialverräter sehen. Im Gegenteil, dadurch würde die Sache der kommunistischen Revolution ohne Zweifel gewinnen.*

*Den englischen Kommunisten fällt es jetzt sehr oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, dass ich dazu auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen, so wird man mich gewiss anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (die durch das Aushängeschild der bürgerlichen ‚Demokratie‘ verdeckt wird), sondern ich werde auch erklären können, dass ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, wie der Strick den Gehängten stützt; dass in dem Maße, wie sich die Henderson einer eigenen Regierung nähern, ebenso die Richtigkeit meines Standpunkts bewiesen wird, ebenso die Massen auf meine Seite*

gebracht werden und ebenso der politische Tod der Henderson und Snowden beschleunigt wird, wie das bei ihren Gesinnungsgenossen in Russland und in Deutschland der Fall war.“<sup>160</sup>

Später trat Trotzki auch weiterhin für die Anwendung einer solchen Methode gegenüber reformistischen Massenparteien ein. Er betonte, dass KommunistInnen ihre kritische Unterstützung für Reformisten nicht deswegen geben, weil diese ein besseres Programm oder eine bessere Politik als offen bürgerliche Parteien hätten oder weil sie das "kleinere Übel" wären. Er argumentierte, dass KommunistInnen die Einheitsfronttaktik auf dem Gebiet der Wahl allein wegen der organischen Verbindungen zwischen den Reformisten und der ArbeiterInnenklasse anwenden sollen. Aus demselben Grund kritisierte er die zentristische ILP in Britannien, als diese für eine kritische Wahlunterstützung nur für jene Kandidaten der Labour Party aufrief, die sich gegen die imperialistischen Sanktionen gegen Italien nach seiner Invasion in Abessinien 1935 aussprachen.

„FRAGE: *Handelte die ILP korrekt, als sie denjenigen Kandidaten der Labour Party, die für die Sanktionen waren, die Unterstützung versagte?*

ANTWORT: *Nein. Wirkliche Wirtschaftssanktionen führen zu militärischen Konsequenzen, zum Krieg. Die ILP selbst hat das gesagt. Sie hätte alle LP-Kandidaten unterstützen sollen, d.h. überall, wo die ILP nicht selbst kandidierte. Im ‚New Leader‘ (Neuer Führer) las ich, dass eure Londoner Gruppe übereinkam, nur solche Labour Party-Kandidaten zu unterstützen, die gegen die Sanktionen waren. Auch das ist nicht korrekt. Die LP hätte nicht kritisch unterstützt werden sollen, weil sie für oder gegen Sanktionen war, sondern weil sie die Arbeitermassen repräsentiert. ( ... ) Die Kriegsgefahr ändert nichts daran, dass die Labour Party eine Arbeiterpartei ist, im Unterschied zur Regierungspartei. Sie ändert auch nichts daran, dass die Labour Party-Führung ihre Versprechen nicht halten kann und das Vertrauen der Massen missbrauchen wird. In Friedenszeiten werden die Arbeiter Hungers sterben, wenn sie sich auf die Sozialdemokratie verlassen; im Krieg werden sie aus demselben Grunde an Kugeln sterben. Revolutionäre unterstützen den Reformismus niemals mit der Begründung, er könne an der Regierung die grundlegenden Forderungen der Arbeiter erfüllen. ( ... ) Nein, im Krieg wie im Frieden muss die ILP den Arbeitern sagen: ‚Die LP wird euch täuschen und verraten, aber ihr glaubt uns nicht. Gut, wir werden mit euch gemeinsam diese Erfahrung durchmachen, aber wir werden uns auf keinen Fall mit dem Labour Party-Programm identifizieren.‘<sup>161</sup>*

Trotzki wiederholte Lenins Rat, das politische Bewusstsein von RevolutionärInnen nicht mit dem der Masse der ArbeiterInnenklasse zu verwechseln.

„Es wird die Meinung vertreten, die Labour Party habe sich bereits durch vergangene Untaten an der Regierung und durch ihre momentane reaktionäre Plattform genügend entlarvt, z.B. durch ihre Entscheidung in Brighton. Für uns - ja! Aber nicht für die Massen, die acht Millionen, die Labour gewählt haben!“<sup>162</sup>

Genau weil RevolutionärInnen zur Wahlunterstützung für reformistische Parteien nicht wegen ihres Programms, sondern wegen ihres Verhältnisses zur ArbeiterInnenklasse aufrufen, rufen wir üblicherweise nicht zur Wahlunterstützung für kleine reformistische oder zentristische Listen auf. Ihr nicht-revolutionäres Programm gibt uns keinen Grund sie zu unterstützen und wegen ihrer fehlenden Verbindungen zur Massenbasis in der ArbeiterInnen-

klasse würde eine solche Taktik RevolutionärInnen nicht helfen, sich nicht-revolutionären ArbeiterInnen und Unterdrückten anzunähern. Folglich würde jede Unterstützung für solche KandidatInnen nur als Unterstützung für ihre Politik fehlinterpretiert werden, etwas das KommunistInnen nie tun würden.

Wir haben immer darauf bestanden, dass es unsinnig ist zu glauben, dass die Illusionen der ArbeiterInnen in reformistische Parteien schnell überwunden werden können. Das gilt v.a. angesichts des Fehlens einer großen revolutionären Partei. Die Langlebigkeit dieser Illusionen in reformistische Parteien ist mit den historischen Wurzeln der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien in der ArbeiterInnenklasse verbunden. Daher verschwinden diese Illusionen nicht automatisch, wenn solche Parteien in eine Regierung eintreten.

So war das einige Jahrzehnte lang nach dem Zweiten Weltkrieg, doch in den letzten 10-15 Jahren haben wichtige Veränderungen stattgefunden. Wie schon erwähnt sind die meisten reformistischen Parteien weiterhin bürgerliche ArbeiterInnenparteien, doch es gab signifikante Brüche mit diesen Parteien von Teilen der ArbeiterInnenklasse. Diese Brüche führten entweder zur Bildung neuer Parteien oder zu Fusionierungen mit anderen, kleineren reformistischen Parteien. In anderen Fällen spiegelt sich diese Entwicklung nur in einem höheren Anteil an Nichtwählern wieder.

Wie weiter oben erwähnt, bedeutet die Erhebung der Losung für eine neue ArbeiterInnenpartei nicht notwendigerweise, dass RevolutionärInnen die Taktik der kritischen Wahlunterstützung für die traditionellen reformistischen Parteien aufgeben sollen. Die Rolle von RevolutionärInnen ist es, in ArbeiterInnen das Bedürfnis zum Aufbau einer neuen Partei zu erwecken. Solange dieser Prozess nicht sichtbar wird, ist es immer noch nützlich, unsere Wahltaktik an ArbeiterInnen zu richten, die – wenngleich verdrossen – weiterhin für die traditionell reformistischen Parteien als das "kleinere Übel" stimmen.

Wir hielten daher in unseren Thesen fest, dass im Allgemeinen "In der Regel bedeutet dies, dass die kritische Wahlunterstützung für nicht-revolutionäre Arbeiterparteien ein legitimes Mittel ist, um so den klassenbewusstesten Arbeitern zu helfen, ihre Illusionen in die reformistische Führung zu verlieren."<sup>163</sup>

Gleichzeitig müssen wir in Rechnung stellen, dass der Niedergang der reformistischen Parteien und ihre wachsende Diskreditierung angesichts ihrer Spar-, Kriegs- und rassistischen Politik, die sie im Zuge ihrer Regierungsbeilegung umsetzen, immer mehr solcher Brüche mit Teilen der Klassenbasis nach sich zieht. Aus diesem Grund müssen RevolutionärInnen sorgfältig prüfen, unter welchen Bedingungen die fortschrittlichen Teile der ArbeiterInnenklasse die reformistische Partei als Werkzeug zum Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie betrachten und wann das nicht mehr der Fall ist und diese ArbeiterInnen sich von der reformistischen Partei abwenden.

Letztere Situation ist besonders wahrscheinlich, wenn eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei Teil der Regierung ist und als Peitsche oder Exekutor in der Umsetzung schwerere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse agiert – Sparprogramme, imperialistische Kriege, rassistischer Hass, Angriffe auf demokratische Rechte usw. Eine solche Situation entstand zum Beispiel in Frankreich, als Holland 2015 den Ausnahmezustand ausrief oder in Österreich 2016, als die

Regierung – geführt von der Sozialdemokratischen Partei – scharfe Gesetze gegen Flüchtlinge erließ. Ähnliche Situationen bestanden im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends in Britannien, als die von Blair geführte Labour Party zur stärksten Unterstützerin von Bushs imperialistischer Kriegsoffensive im Nahen Osten wurde.

Unter solchen Umständen wäre es für RevolutionärInnen falsch, zur Wahlunterstützung für diese reformistischen Parteien aufzurufen. Hier ist vielmehr das Ziel, sich an die Avantgarde der ArbeiterInnen, die bereits mit ihnen gebrochen hat, zu wenden. In solchen Fällen sollen MarxistInnen entweder zur kritischen Unterstützung einer anderen Partei aufrufen, die die Hoffnungen fortschrittlicher ArbeiterInnen und Unterdrückter besser ausdrückt oder, wenn eine solche Partei nicht bei den Wahlen antritt, für ungültige Stimmen aufrufen.

Folgendes Beispiel soll unseren Zugang illustrieren. Die österreichische Sektion der RCIT rief bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Oktober 2015 zu kritischer Wahlunterstützung für die Sozialdemokratische Partei SPÖ auf. Unsere Position gründete sich – zusätzlich zu den traditionellen Verbindungen der SPÖ zur organisierten ArbeiterInnenklasse – darauf, dass einige Wochen vor der Wahl wichtige Teile der Avantgarde und der ArbeiterInnenklasse rund um diese Partei aktiv wurden. Die Gründe für den Schwenk hin zur SPÖ waren einerseits die Angst vor einem Sieg der rechten rassistischen FPÖ und andererseits die Positionierung der SPÖ als eine Partei, die Flüchtlinge im deutlichen Gegensatz zu der fremdenfeindlichen Position der rechten Rassisten willkommen hieß. Unsere Einschätzung wurde in der Wahl bestätigt, die der SPÖ mehr als 39% der Stimmen brachte.

Doch bei der österreichischen Präsidentschaftswahlen im April 2016 riefen wir nicht mehr zu kritischer Unterstüt-

zung des SPÖ-Kandidaten auf. Und das deswegen, weil in der Periode, die den Wahlen vom Oktober 2015 gefolgt war, die SPÖ in ihrer Politik diametral umgeschwenkt ist und – als führende Partei in der Koalitionsregierung – eine offen rassistische, gegen die Flüchtlinge gerichtete, Politik eingeführt hat. Folglich wandten sich die Avantgarde und ein großer Teil früherer SPÖ-Wählern von der Partei ab und der SPÖ-Kandidat erhielt nur 11% der Stimmen – ein historisches Tief für diese Partei.<sup>164</sup>

Nebenbei soll festgehalten werden, dass die österreichische Sektion der RCIT gewisse erfolgreiche Erfahrungen in der Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber sozialdemokratischen AktivistInnen verbuchen kann. Zum Beispiel gewann unsere Sektion im Herbst 2014 die Mehrheit der AktivistInnen aus der größten und am stärksten proletarisch ausgerichteten Ortsgruppe der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Wien.<sup>165</sup>

Mit anderen Worten müssen RevolutionärInnen ihre Wahltaktik in Beziehung zu einem sorgfältigen Studium der politischen Entwicklung der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse und ihrer Bereitschaft, mit den traditionellen reformistischen Parteien zu brechen, setzen. Das ist besonders in einer Situation beschleunigter Klassenwidersprüche relevant, wenn die Chance für einen Bruch von Teilen der ArbeiterInnenklasse mit den traditionellen reformistischen Parteien höher ist.

Andererseits müssen RevolutionärInnen auch das dynamische Verhältnis der ArbeiterInnenklasse und der reformistischen Parteien genau analysieren, denn unter besonderen Umständen können sich die fortschrittlichen Teile der ArbeiterInnenklasse wieder unter dem Banner der Sozialdemokratie oder des Stalinismus versammeln, im Versuch, eine Verteidigungslinie gegen rechte neoliberale Angriffe zu bilden.

## Bücher der RCIT

### Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis

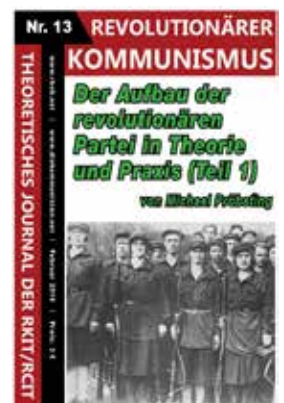
Die RCIT veröffentlicht die deutsche Übersetzung des Buches von Michael Pröbsting über Theorie und Praxis des revolutionären Parteaufbaus. darin legt der Autor das Verständnis *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (internationale Abkürzung: RCIT) der leninistischen Parteitheorie und ihrer Anwendung unter den heutigen Bedingungen dar.

Anlass der Veröffentlichung war das 25jährige Jubiläum unserer Bewegung. Im Sommer 1989 wurde unsere Vorgängerorganisation, die *Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale* (LRCI) als demokratisch-zentralistische internationale Tendenz basierend auf einem ausgearbeiteten Programm gegründet. Die RCIT führt die revolutionäre Tradition der LRCI fort. Im vorliegenden Buch geben wir einen Überblick über unsere Geschichte, eine Aufarbeitung unserer Erfolge wie auch unserer Fehler und eine Zusammenfassung der Lehren für die vor uns liegenden Kämpfe.

In Kapitel I beleuchten wir die theoretische Konzeption

der Bolschewiki-Kommunisten bezüglich der Rolle der revolutionären Partei und ihres Verhältnisses zur ArbeiterInnenklasse. In Kapitel II werden die wesentlichen Grundzüge einer revolutionären Partei bzw. deren Vorformen herausgearbeitet. In Kapitel III behandeln wir die Geschichte unserer Bewegung – der RCIT und ihrer Vorgängerorganisation. Schließlich werden in Kapitel IV die wichtigsten Lehren aus 25 Jahren organisierten Kampfs für den Aufbau einer bolschewistischen Partei gezogen und ihre Bedeutung für unsere künftige Arbeit beleuchtet.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden.



## VII. REVOLUTIONÄRE TAKTIK UND KLEINBÜRGERLICH-POPULISTISCHE PARTEIEN IN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN

In diesem Kapitel behandeln wir die Einschätzung eines recht neuen Phänomens, das in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist – dem Aufkommen kleinbürgerlich-populistischer Parteien in imperialistischen Ländern. Wir meinen damit nicht Parteien wie Respect, die in einem hohen Ausmaß der (kleinbürgerliche) politische Ausdruck des Widerstands von MigrantInnen und nationalen und ethnischen Minderheiten sind. Wir meinen vielmehr Parteien wie *Podemos* in Spanien, die wir bereits kurz im Kapitel IV beschrieben haben.

### Sollen MarxistInnen zu kritischer Wahlunterstützung für *Podemos* in Spanien aufrufen?

In unseren *Thesen zur Einheitsfronttaktik* stellten wir fest, dass eine kritische Wahlunterstützung auch bei „neuen kleinbürgerlich-populistischen Parteien in imperialistischen Ländern“ angewendet werden können.<sup>166</sup> An diesem Punkt diskutierten und bestätigten wir die Anwendbarkeit einer solchen Taktik hinsichtlich Parteien wie Respect (mehr dazu weiter unten im Kapitel VIII). Hier soll diskutiert werden, ob eine solche Taktik auch für neue kleinbürgerlich-populistische Parteien wie *Podemos* in Spanien legitim ist.

Wie oben beschrieben ist *Podemos* eine neue Partei, die aus der großen *Indignados*-Bewegung hervorgegangen ist, die 2011 eine starke Rolle gespielt hat. Sie erfährt große Unterstützung in der Mittelschicht, die sich wachsender Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg ausgesetzt sieht. Sie hat auch bedeutende Unterstützung in Teilen der ArbeiterInnenklasse. Das zeigt sich nicht nur in der sozialen Zusammensetzung der Unterstützenden, sondern auch in ihrer politischen Agenda. So räumt *Podemos* sozialen Themen wie Mindestlohn, Wohnungsmieten und persönlichen Schulden einen hohen Stellenwert ein.

Wir behaupten, dass es den Prinzipien von MarxistInnen entspricht, in der gegenwärtigen Lage zu kritischer Wahlunterstützung für *Podemos* aufzurufen. *Podemos* spiegelt sowohl den fortschrittlichen Protest von Teilen der unteren Mittelklasse wider, die sich in Richtung Einheit mit der ArbeiterInnenklasse bewegen, wie auch den Protest der mit den hochbürokratisierten und verräterischen offiziellen Führungen (PSOE, die Führungen von UGT und CCOO) unzufriedenen ArbeiterInnen. Diese Merkmale von *Podemos* wurden durch das rasche Wachstum seiner Mitgliederzahlen in kürzester Zeit – bis zu fast 400.000 Mitgliedern seit der Parteigründung 2014 –, ihre Massendemonstrationen mit mehr als 100.000 Menschen im Jänner 2015 wie auch dem Wachstum von Ortsgruppen in Arbeiterbezirken noch unterstrichen. Außerdem erhält die Partei bedeutende Wahlunterstützung aus der ArbeiterInnenklasse.

Es stimmt, dass es gleichzeitig zwei bürgerliche ArbeiterInnenparteien gibt – die sozialdemokratische PSOE und

die ex-stalinistische IU. Doch die PSOE wird weitgehend (und korrekterweise) als Partei der herrschenden Klasse betrachtet. Als Ergebnis dessen haben sich die dynamischsten Teile der ArbeiterInnenklasse von der PSOE wegbewegt. Für eine solche Partei zu kritischer Wahlunterstützung aufzurufen, wenn gleichzeitig andere Parteien vorhanden sind, die die Dynamik des kämpferischen Proletariats tatsächlich widerspiegeln, wäre feiger rechter Opportunismus.

Im Gegensatz zur PSOE hat sich die IU historisch nicht mit dem herrschenden kapitalistischen System verbündet, sie war nie Teil einer nationalen Koalitionsregierung. Über ihre Verbindungen mit der CCOO bleiben gewisse organische Beziehungen zur ArbeiterInnenklasse, wenngleich diese in den letzten Jahren schwächer geworden sind (parallel zur ebenfalls erfolgten Schwächung der Gewerkschaften selbst). Die IU wendet sich mehr an kämpferische Teile der ArbeiterInnenklasse als die PSOE. Deshalb war die kritische Wahlunterstützung für IU in den letzten Jahren eine zulässige Taktik.

Doch die IU konnte die steigende Zahl kämpferischer ArbeiterInnen und Angehöriger aus der unteren Mittelschicht nicht ansprechen und fuhr bei Wahlen substanzielle Verluste ein. In den letzten Wahlen (Dezember 2015) erhielt die IU nur 2,7% der Stimmen. Das kann sich künftig aber auch wieder ändern.

Natürlich sollte es keinen Zweifel geben, dass der Fall *Podemos* eine Ausnahme ist. Im Allgemeinen richten MarxistInnen ihre Wahltaktik in imperialistischen Ländern entweder an ArbeiterInnenparteien oder kleinbürgerliche Parteien, die unterdrückte Schichten (nationale Minderheiten, MigrantInnen) repräsentieren. In Spanien erleben wir die Kombination einer Reihe von Faktoren, die eine Situation schaffen, in der kritische Wahlunterstützung für *Podemos* legitim ist. Diese Faktoren beinhalten: das Aufkommen der mächtigen *Indignados*-Bewegung 2011; das Scheitern der IU, radikalisierte Teile der ArbeiterInnen und der Mittelschicht anzusprechen; und parallel dazu der erfolgreiche Aufbau von *Podemos* als Partei, die die Wünsche dieser Schichten nach radikalem Wandel reflektiert.

Außerdem ist es wichtig zu verstehen, dass Parteien wie *Podemos* ein instabiles Übergangsphänomen sind. Ihr kleinbürgerlicher Charakter und das Fehlen institutionalisierter Verbindungen zu den etablierten Massenorganisationen machen es unwahrscheinlich, dass der Charakter von *Podemos* so bleibt, wie er derzeit ist. Es ist viel eher wahrscheinlich, dass die Partei entweder einen Schwenk nach rechts vollzieht und so viele ihrer aktiven Mitglieder verliert oder eine Spaltung durchmacht, in der ein Flügel weiter nach links zieht. Eine Spaltung steht bei den bereits gegebenen Uneinigkeiten zwischen der aktuellen Mehrheit um Pablo Iglesias und einer Reihe von Minderheiten keineswegs außer Frage – die wichtigsten davon sind der



von den mandelistischen "Anticapitalistas" Teresa Rodríguez und Miguel Urbán geführte Flügel und jener um den Post-Marxisten und Anti-Globalisierungs-Intellektuellen Ínigo Errejón.<sup>167</sup>

### Die TrotzkiInnen und die *Farmer-Labor Party (FLP)* in den USA in den 1930er Jahren

Wir sind uns dessen vollkommen bewusst, dass unsere Taktik bezüglich *Podemos* eine Erneuerung der marxistischen Taktik in imperialistischen Ländern darstellt. Doch wir denken, dass es zu unserer Taktik historische Vorläufer gibt.

Wir schon erklärt, betrachteten Lenin und die Bolschewiki es als legitim, den Sozialrevolutionären, die sich auf die landlose Bauernschaft stützten, aber auch in Teilen der ArbeiterInnenklasse Zulauf genoss, kritische Wahlunterstützung zukommen zu lassen.<sup>168</sup> Wie die Bolschewiki mehrfach erklärten, war Russland zu dieser Zeit ein, wenngleich rückständiges, imperialistisches Land.<sup>169</sup> Man kann dagegen einwenden, dass das kein nützliches Beispiel ist, denn Russland vor 1917 hatte seine bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht abgeschlossen und wies immer noch halbfeudale Wirtschaftsstrukturen und einen absolutistischen Staatsapparat auf.

Wir weisen also auf ein anderes Beispiel hin: die *Farmer-Labor Party (FLP)* in den USA. Die FLP stellte in einigen

Staaten (z.B. Minnesota) eine Partei mit Masseneinfluß dar. Sie setzte sich aus einer Reihe von Bauernorganisationen zusammen – wie der *Non-Partisan League*, eine Organisation armer Bauern – wie auch aus lokalen Gewerkschaften. In Minnesota gewann die FLP wiederholt – von 1918 bis 1942 – Wahlen für eine Reihe von US-Kongressabgeordneten wie auch Senatoren. Außerdem wurden Kandidaten der FLP zwischen 1931 und 1939 auch zu Gouverneuren von Minnesota gewählt (Floyd B. Olson, Hjalmar Petersen und Elmer A. Benson).

Kurz, die FLP war keine ArbeiterInnenpartei, sondern eher eine "Bauern- und ArbeiterInnenpartei", d.h. eine klassenübergreifende Partei oder mit anderen Worten, eine kleinbürgerlich-populistische Partei.

Unter gewissen Umständen repräsentierte diese populistische Partei einen wichtigen Bruch der ArbeiterInnen und Kleinbauern mit den zwei dominanten kapitalistischen Parteien – den Demokraten und den Republikanern. Unter diesen Bedingungen entwickelten die US-TrotzkistInnen in den 1930er Jahren besondere Taktiken gegenüber der FLP. Diese Taktik umfasste einen Aufruf zu kritischer Wahlunterstützung für diese Partei wie auch der Entrismus in die FLP und die Bildung einer revolutionären Fraktion von innen heraus.<sup>170</sup> Farrell Dobbs schreibt in einem Buch über den Kampf der LKW-Fahrer (Teamster): "Konfrontiert mit diesen einzigartigen Umständen, entwickelte die Kommunistische Liga von Amerika (wie sich die trotzki-

# Manifest der RCIT 2016

## Manifest für revolutionäre Befreiung

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Einleitung

#### I. Der verfaulende Kapitalismus

#### II. Die gegenwärtige weltweite revolutionäre Geschichtsperiode

#### III. Die reaktionäre Offensive der herrschenden Klasse

#### IV. Ein Programm für die sozialistische Revolution, um den Untergang der Menschheit in die Barbarei zu stoppen

*Verteidigung demokratischer Rechte!*

*Nieder mit Bonapartismus, Monarchien und Diktaturen!*

*Nieder mit Sparpolitik, Prekarisierung und Privatisierung!*

*Gegen die "Freihandelsabkommen" der Großmächte!*

*Das Land den Bauern!*

*Nein zum Landraub durch die multinationalen Konzerne!*

*Der Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistische Aggression*

*Militarismus und zwischenimperialistische Rivalität zwischen den Großmächten*

*Die Verteidigung von Minderheiten gegen nationale Unterdrückung*

*Der Kampf für ein Ende der Gewalt gegen Frauen*

*Der Kapitalismus und Klimawandel*

*Arbeiter- und Bauernregierung gegen die "Linksregierung"  
Vorwärts zur Enteignung der Bourgeoisie -  
für die sozialistische Revolution!*

#### V. Die Führungskrise und der Aufbau einer revolutionären Weltpartei

#### VI. Die Arbeit in Massenorganisationen und die Einheitsfronttaktik

#### VII. Der halbkoloniale Süden

*Der Nahe Osten und Nordafrika*

*Lateinamerika*

*Asien*

*Afrika südlich der Sahara*

#### VIII. Die aufsteigenden imperialistischen Großmächte des Ostens: China und Russland

#### IX. Die alten imperialistischen Großmächte: die EU, Nordamerika und Japan

#### X. Schlussfolgerungen

#### Anhang



stische Organisation damals nannte, M.P.) eine besondere Methode für die politische Arbeit in Minnesota und entschied, dass FLP-Kandidaten um öffentliche Ämter kritische Unterstützung gewährt werden könne. Das bedeutete, dass sie in Wahlkämpfen und gegen ihre kapitalistischen Gegner unterstützt wurden; doch solche Unterstützung bei den Wahlen wurde von Kritik am reformistischen Programm der FLP und der Politik, die die gewählten Abgeordneten verfolgten, begleitet.“<sup>171</sup>

Eine weitere Konkretisierung dieses Zugangs war Trotzki Befürwortung einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung in den USA, die er als Übergangslösung formulierte, um eine Brücke zu reformistischen und populistischen ArbeiterInnen und Bauern zu bilden: *“Für eine Regierung Lewis, Green und LaFollete.”* Die beiden ersten waren die zentralen Gewerkschaftsführer und letzterer war ein Populist, der eine starke AnhängerInnenschaft unter den Kleinbauern hatte. Trotzki erklärte diese Losung folgendermaßen: *„...man kann dieses Programm nur durch eine Arbeiter- und Bauernregierung verwirklichen. Diese Losung müssen wir populär machen.“*

*Frage: Soll diese auch als Übergangsprogramm eingebracht werden, oder ist sie ein Pseudonym für die Diktatur des Proletariats?*

*Trotzki: In unserem Bewusstsein führt sie zur Diktatur des Proletariats. Wir sagen den Arbeitern und Bauern: Ihr wollt Lewis als Präsidenten – gut, das hängt von seinem Programm ab. Lewis und Green und La Follette als Vertreter der Bauern? Auch das hängt vom Programm ab. Wir versuchen das Programm zu konkretisieren, präziser zu machen, dann bedeutet die Arbeiter- und Bauernregierung eine Regierung des Proletariats, die die Bauern führt.“*<sup>172</sup>

Zusammenfassend müssen RevolutionärInnen unter besonderen Umständen die Einheitsfronttaktik – einschließlich Wahlunterstützung und Entrismus – kleinbürgerlich-populistischen Parteien sogar in imperialistischen Ländern gewähren, wie es die US-TrotzkistInnen in den 1930ern taten.

### **Zum Vergleich: die Grünen in den 1980ern und 1990er Jahren**

Kann man gewisse Parallelen zu den Grünen Parteien ziehen, die in den 1980er Jahren und danach in Deutschland, Österreich und anderen Ländern entstanden sind? Natürlich gibt es Parallelen. Die Grünen entwickelten sich in den frühen 1980er Jahren aus der Umwelt- und aus der Friedensbewegung. Wir haben – in unseren Vorläuferorganisationen – die Grünen in ihren Anfängen immer als kleinbürgerliche Parteien charakterisiert. Während sie weitgehend fortschrittliche kleinbürgerliche Organisationen waren – ursprünglich wurden sie in Deutschland und Österreich von ehemaligen Maoisten und anderen Linken stark dominiert -, hatten sie nie Verbindungen zur ArbeiterInnenbewegung. Sie hatten auch keine Orientierung auf die brennenden ökonomischen Probleme der ArbeiterInnenklasse: Löhne, Mieten, Sozialleistungen; nichts davon spielte in der Politik der Grünen eine Rolle.

Wie wir in früheren Analysen festgehalten haben, wandelten sich die Grünen – nach ihrer anfänglich “radikalen” Periode – von fortschrittlich kleinbürgerlichen Parteien zu offen bürgerlich liberalen Parteien. Seither waren sie in vielen Ländern Teil zahlreicher regionaler und nationaler Koalitionsregierungen.

Die Frage, die für uns an diesem Punkt von Interesse ist, ist folgende: wäre es für MarxistInnen legitim gewesen, den Grünen in ihrer Anfangsperiode in den 1980er Jahren, als sie sich als fortschrittlich kleinbürgerliche Parteien gründeten, kritische Wahlunterstützung zu gewähren?

Unsere Antwort ist klar und unzweifelhaft: NEIN. Per definitionem gibt es viele Variationen kleinbürgerlicher Parteien. Außer den rechten chauvinistischen Parteien gibt es auch verschiedene Formen kleinbürgerlicher Protestparteien wie die sogenannten “Piraten”. In Italien gibt es die *Fünf Sterne*-Bewegung, geführt vom bekannten Komödianten Beppe Grillo – eine populistische Partei, die Angriffe auf das korrupte Parlamentssystem mit rassistischen Positionen und einer Allianz im Europäischen Parlament mit der britischen rechten rassistischen UKIP verknüpft. Kritische Wahlunterstützung für eine dieser Parteien wäre für MarxistInnen völlig prinzipienlos, da sie *überhaupt keine fortschrittliche politische Mobilisierung des Kleinbürgertums und der Mittelschicht oder gar der ArbeiterInnenklasse* darstellen.

So war das auch bei den Grünen Parteien in den 1980er Jahren, wie sich in ihrer politischen Agenda (Ignorieren brennender sozialer und ökonomischer Themen der ArbeiterInnenklasse) sowie auch in ihrer WählerInnenbasis zeigte. Während sie auf Universitäten und in Bezirken der Mittelschicht gewisse Erfolge einfahren konnten, lagen sie in den ArbeiterInnenbezirken mit ihren Ergebnissen immer weit unter dem Durchschnitt ihrer Wahlergebnisse.

Es gibt auch eine objektive sozial-ökonomische Basis für diese unterschiedliche Entwicklung (verglichen mit *Podemos*). Als die Grünen entstanden und als fortschrittlich kleinbürgerliche Partei wuchsen, hatte die Mittelklasse in ihrer Mehrheit eine blühende Zukunft vor sich. Heute, angesichts der 2008 begonnenen historischen Krise des Kapitalismus, hat sich das dramatisch geändert. Heute sehen sich bedeutende Teile der Mittelschicht Arbeitslosigkeit und beträchtlichem sozialem Abstieg gegenüber. Es ist daher nicht überraschend, dass *Podemos* Teile der unteren Mittelschicht ebenso wie ArbeiterInnen mit Themen wie Mindestlohn, Wohnkosten und Schulden als Zentrum ihrer Politik anspricht.

Zusammengefasst: im Allgemeinen weist die RCIT Wahlunterstützung für kleinbürgerliche Parteien in imperialistischen Ländern zurück. Der Fall *Podemos* ist eine Ausnahme aufgrund besonderer Umstände der neuen historischen Periode und der politischen Konstellation in Spanien (*Indignados*-Bewegung, Scheitern der IU in der Anziehung radikalierter Teile der Arbeiterinnen und der unteren Mittelschicht usw.).

## VIII. DIE EINHEITSFRONTTAKTIK UND DER BEFREIUNGSKAMPF DER NATIONALEN MINDERHEITEN UND MIGRANTINNEN IN DEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN

In unseren Thesen haben wir herausgearbeitet, dass es oft der Fall ist, dass kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte eine einflussreiche Rolle unter nationalen oder ethnischen Minderheiten und MigrantInnen in imperialistischen Ländern spielen. Um ein paar Beispiele zu nennen: die *Black Panthers* in den USA der späten 1960er und frühen 1970er Jahren; die zahlreichen Kräfte, die sich heute in der *#BlackLiveMatters*-Bewegung engagieren; die puertoricanischen Nationalisten in den USA; *Sinn Féin* und die IRA in Nordirland während ihres Kampfs gegen die britische Besatzung bis 1998; *Herri Batasuna* im Baskenland; und *Candidatura d'Unitat Popular CUP* in Katalonien in Spanien.

### Zunehmende Mobilisierung nationaler/ethnischer Minderheiten und MigrantInnen zu demokratischen Fragen

Unsere traditionelle Position war, kleinbürgerlich nationalistischen Kräften, die in Konfrontation zum imperialistischen Staat standen, kritische Unterstützung zu geben. Deshalb rief unsere Vorläuferorganisation in Britannien, Workers Power, traditionell zu Unterstützung für Sinn Féin und die IRA auf, die an der Spitze des irischen nationalen Befreiungskampfs gegen die britische Besatzung standen. Diese Anwendung der Einheitsfronttaktik beinhaltete auch eine kritische Unterstützung für Sinn Féin bei Wahlen.<sup>173</sup> Natürlich wurde diese Taktik beendet, als die Führung von Sinn Féin/IRA um Gerry Adams vor dem britischen Imperialismus mit der Unterzeichnung des *Good Friday Agreements* 1998 kapitulierte.

Angesichts der Bedeutung des Befreiungskampfs der

unterdrückten Nationen – d.h. der nationalen und ethnischen Minderheiten (einschließlich MigrantInnen) - in imperialistischen Ländern ist es klar, dass ein solcher Zugang verallgemeinert werden muss. Der wachsende Anteil von MigrantInnen in der ArbeiterInnenklasse der imperialistischen Länder, das Ansteigen des Rassismus, der Ausbau des Polizeistaats und bonapartistischer Regierungsformen, die darauf folgenden Angriffe auf demokratische Rechte – all das garantiert, dass der Kampf gegen nationale Unterdrückung (wie auch für demokratische Rechte ganz allgemein) zu einem Schlüsselthema des politischen Kampfs im frühen 21. Jahrhunderts wurde. Wie wir in unserer Broschüre zur Bedeutung der Theorie der permanenten Revolution in imperialistischen Ländern ausführten, erleben wir heute ein rapides Wachsen der Bedeutung der demokratischen Frage.

*“Während im 19. Jahrhundert die Demokratie noch durch den vorkapitalistischen Adel, die absolutistische Bürokratie und die opportunistische Bourgeoisie unterdrückt oder bedroht war, wird sie heute durch das imperialistische Monopolkapital und seine Lakaien in den halbkolonialen Ländern bedroht. Heute gibt es keine halb-feudalen Produktionsweisen in den imperialistischen Ländern, doch das heißt keineswegs, dass wir es mit einem ‚puren‘ Kapitalismus zu tun fätten. Was wir vielmehr sehen, ist ein niedergehender, faulender imperialistischer Kapitalismus. Ein solches System schafft neue Widersprüche und verschärft die schon lang bestehenden. Mit der Beschleunigung der reaktionären Offensive der imperialistischen Bourgeoisie werden auch die unmittelbaren und demokratischen Forderungen zu einem zunehmend wichtigen Teil des Programms der permanenten Revolution innerhalb der imperialistischen Länder.“*<sup>174</sup>

Trotzdem Stellungnahme zur durch und durch reaktionä-

**Revolutionärer Kommunismus - deutschsprachiges Organ der RCIT. Bestellungen über unsere Kontaktadresse!**



ren Rolle des Imperialismus ist höchst bedeutsam: *“Während der Imperialismus in den alten kapitalistischen Mutterländern die Demokratie zerstört, hemmt er in der selben Zeit die Entwicklung der Demokratie in den zurückgebliebenen Ländern.”*<sup>175</sup>

Wie bereits erwähnt haben kleinbürgerliche Nationalisten unterdrückter Nationen in den letzten Jahren in Spanien eine wichtige Rolle gespielt. Eine weitere wichtige Entwicklung war die politische Bewegung von migrantischen ArbeiterInnen (meist Latinos) in den USA, die für Rechte für illegale MigrantInnen kämpften. Diese Bewegung resultierte zwischen März und Mai 2006 in Massenproteste mit einem Generalstreik am 1. Mai desselben Jahres als Höhepunkt.<sup>176</sup>

Eine der wichtigsten politischen Bewegungen in Europa während der letzten 15 Jahre war die Anti-Kriegsbewegung, die mit dem Irakkrieg 2003 zu einem riesigen Massenphänomen geworden ist. Zu dieser Zeit nahmen Millionen von MigrantInnen – vor allem solche mit muslimischem Hintergrund – an Massendemonstrationen teil. Später gab es weiter Massenproteste mit einem hohen Anteil muslimischer MigrantInnen. Sie konzentrierten sich meist auf die Solidarität mit Palästina während der Gazakriege 2008/09, 2010 (der israelische Angriff auf die Gaza-Freiheitsflotte), 2012 und 2014. Dazu kommen zahlreiche Aktionen von MigrantInnenorganisationen in Solidarität mit der Arabischen Revolution (v.a. für Syrien und Ägypten). Weiters haben MigrantInnen wie auch nationale und ethnische Minderheiten in den letzten 15 Jahren eine wichtige Rolle in der Mobilisierung gegen Polizeigewalt und Rassismus gespielt.

Alle diese Mobilisierungen zeigten die Bedeutung von MigrantInnenorganisationen für demokratische und antiimperialistische Kämpfe in Europa und Nordamerika.

### Die Erfahrung der österreichischen Sektion der RCIT

Somit war es für MarxistInnen Pflicht, bei diesen Organisationen die Einheitsfronttaktik anzuwenden. Die österreichische Sektion der RCIT tut dies seit vielen Jahren. Wir haben immer aktiv an Aktivitäten gegen imperialistische Kriege wie auch in Solidarität mit Palästina und der Arabischen Revolution teilgenommen. Im Gegensatz zu allen Zentristen weisen wir einen arroganten sozialimperialistischen Zugang zu den MigrantInnen und deren Organisationen, die von den Zentristen als *“rückständig”* verachtet werden, zurück. Diese Zentristen vergessen, wie rückständig im politischen Sinn des Wortes die Linke in ihrer nahezu vollständig weißen Mittelschichtszusammensetzung und ihrer Anpassung an sozialimperialistisch kleinbürgerliche Vorurteile ist!<sup>177</sup> Wir nennen dieses Phänomen den *“Aristokratismus”* der reformistischen und zentristischen Linken. Nebenbei bemerkt ignorierte nicht nur die österreichische Linke immer diese Mobilisierungen gegen imperialistische Kriege und die Solidarität mit Palästina und der Arabischen Revolution, sondern auch die türkische und kurdische migrantische Linke.<sup>178</sup>

Die Kombination unserer anti-zionistischen Positionen, unserer Solidarität mit der Arabischen Revolution und unserer praktischen Orientierung auf die untere Schicht der ArbeiterInnenklasse (einschließlich der MigrantInnen) hat seitens der meisten Teile der reformistischen und zentristischen Linken wie auch seitens des bürgerlichen Staats eine

starke Feindschaft gegen unsere Organisation hervorgerufen. Das hat einerseits zu Versuchen des Staats geführt, Führer der österreichischen Sektion zu verfolgen – z.B. die Versuche, Johannes Wiener (2012/13) und Michael Pröbsting (2016) vor Gericht zu stellen – wie auch versuchte körperliche Angriffe auf uns bei Demonstrationen durch zionistische Mitglieder sozialdemokratischer und stalinistischer Jugendorganisationen sowie auch aus dem autonomen Milieu.<sup>179</sup>

Auch wurde an der Universität Wien eine verleumderische akademische Schrift, geschrieben von einem früheren Mitglied der Studentenorganisation der Kommunistischen Partei, veröffentlicht – mit dem Titel: *“Kindermörder Israel! Antizionismus und Antisemitismus in sozialistischen und antiimperialistischen Gruppen in Österreich anhand der Beispiele RKOB und (Neue) Linkswende”*.<sup>180</sup>

Natürlich erlebten wir eine Reihe von Hürden in unserer Arbeit. Als KommunistInnen sahen wir uns anfänglich Misstrauen seitens der MigrantInnen und einer Feindschaft seitens ihrer Führungen gegenüber. Doch wir nahmen regelmäßig als aktive Kraft an ihren Mobilisierungen teil und konnten so das Misstrauen vieler MigrantInnen überwinden. Wir mussten mehrere kühne Manöver und Konfrontationen mit verschiedenen Führern von MigrantInnenorganisationen durchstehen, die uns nicht auf ihren Demonstrationen und Kundgebungen öffentlich sprechen lassen wollten. Doch allmählich gelang es uns, uns einen Ruf in einigen Migrantengemeinschaften zu erarbeiten, was zu Einladungen zu ihren Veranstaltungen führte und sogar dazu, dass wir nun oft gebeten werden, dort zu sprechen. Gleichzeitig haben wir in unserer Propaganda unsere politische Kritik an verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften, die in eben diesen MigrantInnenorganisationen starken Einfluss haben, nicht verschleiert.

Wir wollen ein Beispiel zur Verbesserung unserer Position in einer Reihe von Migrantengemeinden anführen: Am 2. Februar 2015 fand in Wien eine Massendemonstration gegen eine kleine Kundgebung rechter Rassisten statt, die von einer breiten Allianz fast aller Zentristen und Linksreformisten initiiert worden war. Die führenden Kräfte unter ihnen – sozialdemokratische Jugend- und Studentenorganisationen wie auch Stalinisten – waren sich einig, die österreichische Sektion der RCIT unter keinen Umständen mit einem Redner auf dieser Demonstrationen zuzulassen. Zu ihrem Pech mussten sie den großen muslimischen MigrantInnenorganisationen das Rederecht für zwei Redner einräumen. Zum Erstaunen und zur Bestürzung der Zentristen und Linksreformisten nominierten die muslimischen MigrantInnenorganisationen einen jungen ägyptischen Bruder und ... Michael Pröbsting, den internationalen Sekretär der RCIT, als ihre Redner! Die muslimischen Organisationen waren sich natürlich darüber im Klaren, dass Genosse Pröbsting ein Kommunist und ein Atheist ist, doch durch unsere Solidaritätsarbeit zu antirassistischen und antiimperialistischen Themen in den letzten 15 Jahren haben wir uns einen Ruf als ernsthafte AktivistInnen erarbeitet.<sup>181</sup>

Als einige MigrantInnenorganisationen 2015 für die Gemeinderatswahlen im Wien eine Liste bildeten, luden uns einige davon ein, uns auch auf die Liste zu setzen. Letztendlich scheiterte das Projekt, weil ein paar bürgerliche MigrantInnenführer diese Liste dominieren konnten und das



Projekt weg von einer kämpferischen demokratischen Orientierung hin zu einer liberal-opportunistischen trieben. Daher nahmen wir an diesem Projekt nicht teil.<sup>182</sup> Nichtsdestotrotz zeigt auch diese Entwicklung, welchen Respekt wir über die Jahre erworben haben.

Wir glauben, dass RevolutionärInnen grundsätzlich die Bildung neuer politischer Kräfte, die den Kampf von MigrantInnen gegen Rassismus und für ihre Rechte zu ihrem Thema machen, ermutigen und unterstützen sollen. Außerdem sollen RevolutionärInnen zu einem solchen Prozess hinsichtlich der brennendsten Themen im Kampf der Unterdrückten eine revolutionäre Perspektive beitragen. Sie sollten auch versuchen, die Liste zu erweitern, um fortschrittliche Teile der ArbeiterInnenbewegung, die MigrantInnen als gleichberechtigte PartnerInnen akzeptieren können, dafür zu gewinnen.

All diese Erfahrungen zeigen, dass es für KommunistInnen tatsächlich möglich ist, eine systematische Einheitsfrontarbeit mit MigrantInnenorganisationen zu engagieren. Unsere Orientierung auf diese Teile der ArbeiterInnenklasse half uns sogar bei der Gewinnung einer beträchtlichen Anzahl von MigrantInnen für unsere Organisation.

Eine solche Orientierung ist für uns als Bolschewiki-Kommunisten zentral, denn wir erachten es als äußerst wichtig, eine Organisation aufzubauen, die nicht nur *für* die Interessen der ArbeiterInnenklasse kämpft, sondern auch *mit* den ArbeiterInnen und *durch* die ArbeiterInnen. Wenn wir über ArbeiterInnen sprechen, meinen wir natürlich nicht die obere privilegierte Schicht – die Arbeiteraristokratie –, sondern vielmehr die große Mehrheit der Klasse, d.h. die *„Masse der proletarischen Elemente“*, wie die Komintern es ausdrückte.

Mit anderen Worten, eine wahrhaft revolutionäre Organisation muss sich auf die unteren und mittleren Schichten der ArbeiterInnenklasse orientieren, bei denen in imperialistischen Ländern die MigrantInnen einen entscheidenden Teil ausmachen. Wir haben mehrfach die Notwendigkeit für eine solche Orientierung und die Unterstützung dafür in den Schriften der marxistischen Klassiker erklärt.<sup>183</sup> Hier beschränken wir uns auf ein Zitat von Leo Trotzki:

*„Die amerikanischen Arbeiterparteien, Gewerkschaften usw. zeichnen sich durch einen aristokratischen Charakter aus. Dies ist die Grundlage für den Opportunismus. Der Facharbeiter, der sich in der kapitalistischen Gesellschaft heimisch fühlt, hilft der Bourgeoisie die Schwarzen und die unqualifizierten Arbeiter nieder zu halten. Unsere Partei ist vor einer Degeneration nicht gefeit wenn sie Platz bietet für die Intellektuellen, die Halbin-tellektuellen, die Facharbeiter und die jüdischen Arbeiter, die für sich ein geschlossenes Milieu darstellen, das von der wirklichen weitgehend isoliert ist. Unter diesen Bedingungen kann sich unsere Partei nicht entwickeln – sie wird degenerieren. Wir müssen diese große Gefahr immer vor unseren Augen haben. Ich habe viele Male vorgeschlagen, daß jedes Mitglied unserer Partei, v.a. die Intellektuellen und Halbin-tellektuellen, die sagen wir in einer Zeit von sechs Monaten nicht in der Lage sind einen Arbeiter als Parteimitglied zu gewinnen, in den Status eines Sympathisanten zurückgestuft werden sollten. Wir können das gleiche hinsichtlich der Negerfrage sagen. Die alten Organisationen, angefangen mit der AFL, sind Organisationen der Arbeiteraristokratie. Unsere Partei ist Teil dieses Milieus und nicht jenes der ausgebeuteten Massen, unter denen die Neger die am meisten ausgebeuteten Elemente darstellen. Die Tatsa-*

*che, daß unsere Partei bislang sich nicht der Negerfrage zugewandt hat, ist ein äußerst beunruhigendes Symptom. Wenn die Arbeiteraristokratie die Basis für den Opportunismus ist, eine der Ursachen für die Anpassung an die kapitalistische Gesellschaft, dann sind die am meisten Unterdrückten und Benachteiligten das dynamischste Milieu der Arbeiterklasse. Wir müssen zu den bewußten Teilen der Neger sagen, daß sie aufgrund der geschichtlichen Entwicklung dazu berufen sind, einen Avantgarde der Arbeiterklasse zu werden. Was sind die Hindernisse der oberen Schichten? Es sind die Privilegien, der Komfort, der sie daran hinder Revolutionäre zu werden. So etwas existiert nicht für die Neger. Was kann eine gewisse Schicht dazu bringen, mehr Mut und Opferbereitschaft zu zeigen? Es findet sich unter den Negern. Wenn es uns in der SWP nicht gelingt, Zugang zu dieser Schicht zu finden, dann sind wir nichts wert. Die permanente Revolution und all das wäre nur eine Lüge.“*<sup>184</sup>

### **Britannien: Respect als kleinbürgerlich-populistische Partei mit einer starken Basis unter den nationalen/ethnischen Minderheiten und MigrantInnen**

Ein ausführlicheres Beispiel dieser möglichen Entwicklungen ist die *Respect*-Partei in Britannien unter George Galloway. Wie bereits erwähnt gelang es dieser kleinbürgerlich-populistischen Partei – in einigen Wahlbezirken –, bedeutende Unterstützung in Migrantengemeinden und bei nationalen und ethnischen Minderheiten zu gewinnen. Leider ignorierte unsere Vorläuferorganisation in Britannien, Workers Power, die Bedeutung von *Respect* als radikalen politischen Ausdruck des demokratischen und antiimperialistischen Kampfs von einigen der am stärksten unterdrückten Teilen der ArbeiterInnenklasse. Folglich verweigerte sie dieser Partei kritische Wahlunterstützung und versäumte es auch, Entrismusarbeit innerhalb von *Respect* in Betracht zu ziehen. Das war natürlich ein Fehler. Unserer Meinung nach ist es gerechtfertigt, Kandidaten von *Respect* in Bezirken, in denen sie Wurzeln in den Massen haben, kritische Wahlunterstützung zu gewähren. Folglich rief die RCIT in Britannien für den *Respect*-Führer George Galloway als Kandidaten von Bradford West in den Parlamentswahlen 2015 zu kritischer Wahlunterstützung auf.

Es ist zwecklos, im Nachhinein zu diskutieren, ob eine Entrismustaktik in *Respect* in den ersten Jahren nach seiner Gründung 2004 korrekt gewesen wäre. Eine solche Entscheidung hängt notwendigerweise von vielen konkreten Umständen ab. Doch es wäre für RevolutionärInnen sicher nicht prinzipienlos gewesen, dies zu tun, denn es hätte dabei helfen können, engere Verbindungen zu MigrantInnen und nationalen und ethnischen Minderheiten zu erhalten.

### **Ein nützlicher Vergleich: Trotzki zu Organisationen der schwarzen Minderheit in den USA**

Unsere Darlegungen einer revolutionären Strategie gegenüber MigrantInnenorganisationen und die Anwendung der Einheitsfronttaktik knüpfen an den trotzkistischen Zugang zum Befreiungskampf der schwarzen Minderheit in den USA an. In ihrer entwickeltsten Form fanden Trozki's Ideen ihren Ausdruck in seinen Diskussionen mit dem schwarzen Revolutionär C.L.R. James, die im Sommer 1939 stattfanden.

In diesen Diskussionen erarbeiteten C.L.R. James und



Trotzki einige Gedanken dazu, wie die US-amerikanische Sektion der Vierten Internationale Initiative ergreifen könnte, um eine Massenorganisation für die Schwarzen zu gründen. Sie berücksichtigten die politische "Rückständigkeit" der Massen der Schwarzen als Ergebnis ihrer historischen Unterdrückung. Trotzki merkte an:

*„Euer Projekt wäre so etwas wie eine vor-politische Schule. Woraus ergibt sich die Notwendigkeit? Hier gibt es zwei grundlegende Faktoren: die große Massen der Neger sind so rückständig und so unterdrückt, das ist es jederzeit als Neger fühlen. Wir müssen die Möglichkeit finden, die Gefühl einen politisch-organisatorischen Ausdruck zu verleihen. Man kann einwenden, daß wir in Deutschland oder in England nicht solche halb-politischen, halb-gewerkschaftlichen oder halb-kulturellen Organisationen haben. Darauf antworten wir, daß wir uns an die wirklichen Massen der Neger in den USA anpassen müssen.“*<sup>185</sup>

Er erachtete es auch für möglich, einen Kandidaten einer schwarzen nicht-revolutionären Organisation bei den Wahlen zu unterstützen, selbst wenn ein solcher Kandidat Mitglied einer bürgerlichen Partei ist (wie der Demokratischen Partei):

*“Es ist die Frage einer anderen Organisation, für die wir keine Verantwortung übernehmen so wie sie nicht für unsere Organisation verantwortlich sind. Wenn diese Organisation einen Kandidaten aufstellt und wir als Partei der Meinung sind, daß wir unseren eigenen Kandidaten in Opposition dazu aufstellen sollen, so haben wir jedes Recht dazu. Wenn wir schwach sind und die Organisation nicht dazu bewegen können, einen Revolutionär aufzustellen und sie stellen einen schwarzen Demokraten auf, dann können wir sogar unseren Kandidaten zurückziehen mit einer konkreten Erklärung, daß wir davon absehen, den Schwarzen (nicht aber den Demokraten) zu bekämpfen. Wir erachten es als einen wichtigen Faktor, wenn ein Schwarzer gegen einen Weißen kandidiert, selbst wenn sie Mitglieder der gleichen Partei sind, für den Kampf der Schwarzen für Gleichberechtigung und in einem solchen Fall können wir ihm kritische Wahlunterstützung gewähren. Ich denke, daß man dies unter bestimmten Bedingungen tun kann.“*<sup>186</sup>

Wir glauben, dass Trotzki's Betrachtungen für die heutige marxistische Strategie bezüglich Migrantenorganisationen in imperialistischen Ländern höchst relevant sind. Solchen Organisationen muss man sich auf Basis einer Einheitsfront nähern, um sie zu gemeinsamen Kämpfen zu bewegen – v.a. gegen Rassismus und staatliche Unterdrückung wie auch für Solidaritätsaktivitäten (z.B. mit der Arabischen Revolution und dem palästinensischen Befreiungskampf). Eine solche Strategie ist für RevolutionärInnen entscheidend, um die untersten und am meisten unterdrückten Schichten der ArbeiterInnenklasse in den imperialistischen Metropolen enger an sich zu ziehen.

#### **Exkurs: Lenin zur Rolle der Partei als Avantgarde aller unterdrückten Klassen**

Es gibt unter vielen MarxistInnen ein weitverbreitetes Missverständnis, dass RevolutionärInnen nur am Kampf der ArbeiterInnen interessiert sein sollten, aber nicht an dem anderer unterdrückter Klassen. Ein solcher Gedanke ist ein völliger Widerspruch zu den Lehren der marxistischen Klassiker.

Die ganze Konzeption des Marxismus basiert auf dem Verständnis, dass der Kapitalismus nicht nur ein Wirtschaftssystem mit Politik, Gesellschaft, Ideologie usw. als

Anhängsel ist. Vielmehr interagieren diese Aspekte und beeinflussen einander, wobei natürlich – wie schon Friedrich Engels betonte – der entscheidende letztlich die Ökonomie ist.

*“Wir sehen die ökonomischen Bedingungen als das in letzter Instanz die geschichtliche Entwicklung Bedingende an. (...) Nun sind hier aber zwei Punkte nicht zu übersehen: a) Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, dass die ökonomische Lage Ursache, allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit.“*<sup>187</sup>

Folglich verstehen MarxistInnen, dass der Klassenkampf nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene existiert, sondern auch auf allen anderen Ebenen – politisch, ideologisch, kulturell usw. Engels strich das im Vorwort von 1874 zu seinem Buch *Der deutsche Bauernkrieg* heraus:

*„Man muss den deutschen Arbeitern nachsagen, dass sie die Vorteile ihrer Lage mit seltnem Verständnis ausgebeutet haben. Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.“*<sup>188</sup>

Ein derartiger Zugang ist nur gewährleistet, wenn RevolutionärInnen alle Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft miteinbeziehen und sie in eine umfassende revolutionäre Strategie integrieren. Das war auch der Gedanke hinter Trotzki's Übergangsprogramm, wie die deutschen Bolschewiki-Leninisten in einem der vorbereitenden Dokumente zum Gründungskongress der Vierten Internationale festhielten.<sup>189</sup>

Lenin betonte, dass RevolutionärInnen die Unterdrückung anderer Klassen durch die herrschende Klasse nicht übersehen dürfen, sondern auch dagegen kämpfen und mit dem proletarischen Befreiungskampf verbinden müssen. Er verurteilte diese reduktionistischen Ökonomen scharf, die alle nicht-proletarischen Klassen als "reaktionär" charakterisierten.

*„Das Proletariat muss die Bildung selbständiger politischer Arbeiterparteien anstreben, deren Hauptziel die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat zwecks Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sein muss. Die anderen Klassen und Parteien soll das Proletariat keineswegs als ‚eine reaktionäre Masse‘ betrachten: es muss im Gegenteil am gesamten politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die fortschrittlichen Klassen und Parteien gegen die reaktionären unterstützen, jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende Ordnung unterstützen, der Verteidiger jeder unterdrückten Völkerschaft oder Rasse, jeder verfolgten Glaubenslehre, des rechtlosen Geschlechts usw. sein.“*<sup>190</sup>

Daraus erwächst für BolschewistInnen die Verpflichtung, nicht nur im Proletariat systematische Propaganda und Agitation zu betreiben, sondern auch in den anderen unterdrückten Klassen und Schichten.

*„Man kann nicht genug betonen, dass das noch nicht Sozialdemokratismus ist, dass das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der Volkstribun sein muss, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unter-*

drückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“<sup>191</sup>

Lenin gab ein paar konkrete Beispiele für solche Kämpfe nicht-proletarischer unterdrückter Schichten:

“Die Rede war von der möglichen und notwendigen Teilnahme der verschiedenen Gesellschaftsschichten am Sturz der Selbstherrschaft und diese ‘aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten’ können wir nicht nur, sondern müssen wir unbedingt leiten, wenn wir die ‘Avantgarde’ sein wollen. Dass unsere Studenten, unsere Liberalen usw. ‘Auge in Auge unserem politischen Regime gegenüberstehen’, dafür werden nicht nur sie selber sorgen, wer dafür sorgen wird, das werden vor allem und in erster Linie die Polizei und die Beamten der absolutistischen Regierung sein. Aber ‘wir’ müssen, wenn wir fortschrittliche Demokraten sein wollen, dafür sorgen, dass die Leute, die eigentlich nur mit den Zuständen an der Universität oder in den Semstvos usw. unzufrieden sind, auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Regimes gestoßen werden. Wir müssen die Aufgabe auf uns nehmen, einen solchen allseitigen politischen Kampf unter Leitung unserer Partei zu organisieren, damit alle oppositionellen Schichten diesen Kampf und diese Partei nach Maßgabe ihrer Kräfte unterstützen können und es auch wirklich tun. Wir müssen aus den Praktikern der Sozialdemokratie politische Führer heranbilden, die imstande sind, diesen allseitigen Kampf in all seinen Erscheinungsformen zu leiten, die imstande sind, im gegebenen Moment sowohl

den rebellierenden Studenten und unzufriedenen Semstvoleuten als auch den empörten Sektenanhängern, den benachteiligten Volksschullehrern usw. usf. ‘ein positives Aktionsprogramm zu diktieren’.“<sup>192</sup>

Natürlich würden sich RevolutionärInnen heute nicht mit “den Zemstvo-Leuten” befassen, sondern stattdessen mit unterdrückten Nationalitäten, dem Kampf der Frauen usw. Ebenso sind die Beispiele Lenins auch relevant für z.B. die Proteste kleinbürgerlicher UniversitätsstudentInnen, unterdrückter religiöser Minderheiten wie die muslimischen MigrantInnen in Europa usw.

Lenin prangerte die ökonomistischen Kritiker an, die die Unterstützung für Proteste nicht-proletarischer unterdrückter Schichten ablehnen, weil das angeblich den revolutionären Klassenkampf verwässern würde:

“Müssen wir es aber übernehmen, eine wirklich vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung der Regierung zu organisieren, worin drückt sich dann der Klassencharakter unserer Bewegung aus? (...) Eben darin, dass wir, die Sozialdemokraten, diese vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung organisieren; darin, dass alle durch die Agitation aufgerollten Fragen in streng sozialdemokratischem Geiste, ohne die geringste Nachsicht gegen beabsichtigte und unbeabsichtigte Entstellungen des Marxismus erläutert werden; darin, dass diese allseitige politische Agitation von einer Partei geführt wird, die zu einem untrennbaren Ganzen vereinigt: sowohl den Ansturm gegen die Regierung im Namen des ganzen Volkes als auch die revolutionäre Erziehung des Proletariats bei gleichzeitiger Wahrung seiner politischen Selbständigkeit, sowohl die Leitung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse als auch die Ausnutzung jener spontanen Zusammenstöße des Proletariats mit seinen Ausbeutern, die immer neue Schichten des Proletariats aufrütteln und für uns gewin-

# Programm der RCIT

## Das Revolutionär-Kommunistische Manifest

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Vorwort und Einleitung

#### 1. Die Welt in der wir leben

#### 2. Neue historische Periode revolutionären Charakters

#### 3. Die Welt, für die wir kämpfen

#### 4. Die Führung, die wir haben und die Führung, die wir brauchen

Der Kampf um die Gewerkschaften; Veränderungen in der ArbeiterInnenklasse; Aktionskomitees – Räte; Die demokratischen Protestbewegungen

#### 5. Das Programm der Revolution

Aktionsprogramm zur Rettung der Menschheit vor dem kapitalistischen Elend

Streicht die Schulden! Enteignet die Banken und Spekulanten!; Gegen Lohnkürzungen, unsichere Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit!; Kampf der Inflation! Für die Anpassung der Löhne an die Inflation! Für Preiskontrollkomitees!; Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen! Kampf der Privatisierung!; Schluß mit dem „Geschäftsgeheimnis“! Für ArbeiterInnenkontrolle! Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm!; Kein Aus-

einanderdividieren - Gemeinsamer Kampf unabhängig von Nation und Standort!; Schluß mit Steuergeschenken für die Reichen! Enteignet die Superreichen!; Keine Verschlechterungen bei der Ausbildung! Bildung für alle unter Kontrolle der ArbeiterInnenklasse und Jugend!; Revolutionärer Kampf für Demokratie; Befreit die unterdrückten Völker aus den Klauen der Banken und Konzerne!; Unterstützt die nationalen Befreiungskämpfe unterdrückter Völker!; Kampf der Überausbeutung und nationalen Unterdrückung der MigrantInnen!; Kampf dem Faschismus; Rettet unseren Planeten von der kapitalistischen Klimakatastrophe!; Arbeitsplätze und Wohnungen für die Armen in den städtischen Slums!; Das Land den Bauern! Organisiert die LandarbeiterInnen!; Gemeinsamer Kampf für die Frauenbefreiung!; Kampf der sexuellen Unterdrückung durch Staat und Kirche!; Schluß mit der Unterdrückung der Jugendlichen!; Nieder mit Militarismus und imperialistischen Krieg!; Die Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten!; Für eine ArbeiterInnen-Regierung, gestützt auf die armen Bauern und die städtische Armen; Durch den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus! ■



nen!“<sup>193</sup>

Manche stellen dem entgegen, dass dieser Zugang Lenins nur für rückständige kapitalistische Länder gilt, die noch keine bürgerlich-demokratische Revolution erfahren haben. Auch das ist kompletter Unsinn. Lenins Haltung war sehr eindeutig, dass MarxistInnen Unterdrückung abseits der ökonomischen Ebene oder von nicht-proletarischen Schichten in imperialistischen Ländern nicht ignorieren dürfen.

Wir haben bereits in unserer Broschüre zur demokratischen Frage in imperialistischen Ländern erwähnt, wie die imperialistische Bourgeoisie den Chauvinismus, Militarismus und Bonapartismus in der gegenwärtigen Periode beschleunigt und dabei besonderes Augenmerk auf den Kampf um demokratische Rechte legt.

Lenin selbst wies darauf hin: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. ‚Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft‘, sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem ‚Finanzkapital‘. Die ‚Außenpolitik‘ von der Politik schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich. Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleichermaßen in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, dass der Imperialismus ‚Negation‘ der Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie ist, keineswegs aber nur einer demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen.“<sup>194</sup>

In seinem Entwurf für eine Resolution zur Agrarfrage für den Zweiten Kongress der Komintern 1920 betonte Lenin, dass RevolutionärInnen den Kampf der kleinen Bauern nicht nur in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, sondern auch in den imperialistischen unterstützen müssen.

„Die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls für sich gewinnen muss, sind in allen kapitalistischen Ländern durch die folgenden Klassen vertreten:

Erstens durch das Landproletariat (...)

Zweitens durch die Halbproletarier oder Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt erwerben teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- und Industriebetrieben, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Stückchen Land, das ihnen nur einen Teil der von ihrer Familie benötigten Lebensmittel abwirft (...).

Drittens durch die Kleinbauernschaft, d. h. die kleinen Landwirte, die Eigentümer oder Pächter von so kleinen Grundstücken sind, dass sie gerade die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft decken, ohne fremde Arbeitskraft anzuwenden (...)

Zusammengenommen bilden die drei genannten Gruppen in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit der Landbevölkerung. Daher ist der Erfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande völlig gesichert (...)

...nämlich dass die unerhört geduckte, zersplitterte, niedergedrückte, in allen selbst den fortgeschrittensten Ländern zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung aller drei obengenannten Kategorien, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Sieg des Sozialismus interessiert ist, das revolu-

tionäre Proletariat erst nach dessen Eroberung der politischen Macht entschlossen zu unterstützen vermag, erst nach dessen entschiedener Abrechnung mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, erst nachdem diese niedergehaltenen Menschen in der Praxis gesehen haben werden, dass sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der genügend Stärke und Festigkeit besitzt, ihnen zu helfen, sie zu leiten und ihnen den richtigen Weg zu zeigen.“<sup>195</sup>

Lenins Ansatz wurde in den Resolutionen zur Agrarfrage von der Komintern sowohl am Zweiten als auch am Vierten Kongress aufgenommen.<sup>196</sup> Das bedeutete einen wichtigen Bruch mit der Tradition der Zweiten Internationale bis zu ihrem Zusammenbruch 1914, denn diese ignorierte die arme Bauernschaft in Westeuropa und konnte sie somit auch nicht als Verbündete für das Proletariat gewinnen.<sup>197</sup>

Trotsky führte diese Herangehensweise weiter, wie im nächsten Beispiel, im Aktionsprogramm für Frankreich, geschrieben 1934, zu sehen ist:

„Der proletarische Staat muss in gleicher Weise von den ausgebeuteten Bauern getragen werden wie von den Arbeitern in Stadt und Land. Unser Programm beantwortet die Bedürfnisse der großen ländlichen Massen genauso wie jene der Arbeiterklasse.“<sup>198</sup>

Natürlich ist die Bauernschaft seitdem sowohl numerisch als auch hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Gewichts in den alten imperialistischen Ländern deutlich kleiner geworden. Heute spielt die Bauernschaft keine zentrale Rolle im Klassenkampf dieser Regionen.<sup>199</sup> Stattdessen tut es die untere Schicht der entlohnten Mittelklasse. Dazu kommen die wichtigen Kämpfe der besonders unterdrückten Schichten – Frauen, MigrantInnen, Jugend, nationale Minderheiten usw. -, von denen viele Teile der ArbeiterInnenklasse sind. Was wir mit den Verweisen auf die Arbeiten von Lenin und Trotzki zu zeigen versuchen, ist, dass MarxistInnen sich nicht auf die Vorantreibung des Kampfs nur bei den ArbeiterInnen beschränken, sondern auch Proteste nicht-proletarischer Klassen gegen die Bourgeoisie unterstützen, um sie als Verbündete für das Proletariat zu gewinnen. Das gilt nicht nur für die halbkolonialen Länder, sondern auch für imperialistische Staaten. Natürlich unterscheiden sich diese Verbündeten heute von jenen aus der Zeit Lenin und Trotzki. Doch die grundlegenden Themen haben sich nicht geändert.

Die Herangehensweise von MarxistInnen zu diesem Thema unterscheidet sich fundamental von dem diverser LinksreformistInnen: die linken SozialdemokratInnen, die Partei der Europäischen Linken usw. wollen ein Bündnis mit der Mittelschicht, in dem sich das Proletariat dem kleinbürgerlichen Programm der intellektuellen VertreterInnen der Mittelschicht unterordnet. Daher enden die Linksreformisten unausweichlich bei der Errichtung einer Volksfront, in der die ArbeiterInnenklasse – über die Führung der Mittelklasseintellektuellen – der Bourgeoisie unterworfen ist.

Im Gegensatz dazu wollen Bolschewiki-KommunistInnen auch eine Allianz mit der Mittelschicht, aber eine, in der das Proletariat die vorherrschende Rolle innehat. Sie wollen die Unterschicht der Mittelschicht gewinnen, indem sie den proletarischen Kampf gegen die Bourgeoisie vorantreiben und auch gegen kleinbürgerliche Ideen der intellektuellen VertreterInnen der Mittelschicht ankämpfen.

## FUSSNOTEN

- 104 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons "Philosophie des Elends" (1847), in: MEW Bd.4, S. 180f
- 105 Karl Marx und Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: MEW Bd.4, S. 470
- 106 Siehe auch Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis. Rück- und Ausblick nach 25 Jahren organisierten Kampfes für den Bolschewismus, in: Revolutionärer Kommunismus Nr. 13, S. 12f., <https://www.thecomunists.net/home/deutsch/rcit-revolutionare-partei/>
- 107 W.I. Lenin: Die Bolschewiki und das Kleinbürgertum, in: LW 12, S. 173
- 108 W.I. Lenin: Zur Einschätzung der Russischen Revolution (1908), in: LW Bd. 15, S. 46f
- 109 W.I. Lenin: Wie die Sozialrevolutionäre aus der Revolution Bilanz ziehen und wie die Revolution den Sozialrevolutionären Bilanz zog (1909), in: LW 15, S. 329f
- 110 Leo Trotzki: Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Dritter Teil: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution. Ihre Lehren für die Länder des Ostens und die gesamte Komintern (1928); in: Trotzki Schriften Band 2.1., Hamburg 1990, S. 384
- 111 Ebenda, S. 384f.
- 112 Leon Trotsky: Lessons of the SFIO Entry (1935), in: The Crisis of the French Section, New York 1977, S. 125-126 (Unsere Übersetzung)
- 113 Siehe dazu die Bücher von David Riazanov: *Karl Marx and Frederick Engels*, August H. Nimtz: *Marx and Engels* and Otto Rühle: *Karl Marx*.
- 114 Zu *Sarekat Islam* siehe z.B. Michael Francis Laffan: *Islamic Nationhood and Colonial Indonesia. The umma below the winds*, RoutledgeCurzon, London 2003; Tinur Jaylani: *The Sarekat Islam Movement: Its Contribution to Indonesian Nationalism*, Montreal 1959; Peter Lowensteyn: *Indonesia between 1908 and 1928: The Sarekat Islam*, <http://www.lowensteyn.com/indonesia/sarekat.html>
- 115 Siehe dazu z.B. Jean Duval: *The First Period of the Indonesian Communist Party (PKI): 1914-1926 - An outline*, <http://www.marxist.com/indonesian-communist-party-pki2000.htm>; A. Yu. Drugov: *Relations between the Comintern and the Communist Party of Indonesia*, in: *The Comintern and the East*, Progress Publishers, Moscow 1981, pp. 383-409; Herman A.O. de Tollenaere: *The Politics of Divine Wisdom. Theosophy and labour, national, and women's movements in Indonesia and South Asia 1875-1947*, Leiden 1996 (Part IV: The Labour Movement)
- 116 Siehe dazu z.B. Dov Bing: *Lenin and Sneevliet: The Origins of the Theory of Colonial Revolution in the Dutch East Indies*, in: *New Zealand Journal of Asian Studies* Vol. 11, No. 1 (Juni 2009), S. 153-177; Tony Saich and Fritjof Tichelman: *Henk Sneevliet: A Dutch revolutionary on the world stage*, *Journal of Communist Studies*, Vol. 1, No. 2 (1985), S. 170-193; Tony Saich: *The Chinese Communist Party during the Era of the Comintern (1919-1943)*, Article prepared for Juergen Rojahn, "Comintern and National Communist Parties Project," International Institute of Social History, Amsterdam
- 117 Siehe z.B. *The Tragedy of the Chinese Revolution*, *Revolutionary History* Vol. 2, No. 4 (1990); Gregor Benton: *China's Urban Revolutionaries. Explorations in the History of Chinese Trotskyism, 1921-1952*, New Jersey 1996; Wang Fanxi: *Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949*, Frankfurt a.M. 1983; siehe auch: Damien Durand: *The Birth of the Chinese Left Opposition*, in: *Cahiers Leon Trotsky*, No. 15 (1983); C. Martin Wilbur and Julie Lien-ying How: *Missionaries of Revolution: Soviet Advisers and Nationalist China, 1920-1927* (Studies of the East Asian Institute), Harvard University Press, Harvard 1989;
- Helene Carrere D'Encausse and Stuart R. Schram: *Marxism and Asia: an Introduction with Readings*, Allen Lane, London 1969;
- Rudolf Schlesinger: *Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1970
- 118 Siehe dazu z.B. Leo Trotzki: *Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Dritter Teil: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution. Ihre Lehren für die Länder des Ostens und die gesamte Komintern* (1928); in: *Trotzki Schriften Band 2.1.*, Hamburg 1990. Eine andere wichtige Arbeit der TrotzkiInnen jener Zeit ist Victor Serge: *Die Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution von 1927*, Verlag Neue Kritik, 1975
- 119 Leo Trotzki: *Die Kommunistische Partei Chinas und die Guomindang*, in: *Trotzki Schriften 2.1*, Rasch und Röhring, Hamburg 1990, S. 104ff.
- 120 Leon Trotsky: *The Opposition's Errors - Real and Alleged* (1928); in: *Leon Trotsky: The Challenge of the Left Opposition* (1928-29), S. 90
- 121 Leon Trotsky: *Against False Passport in Politics* (1935); in: *The Crisis in the French Section (1935-36)*, New York 1977, S. 116 (Unsere Übersetzung; Hervorhebung im Original)
- 122 Leo Trotzki: *Brief an Harold Isaacs (1.11.1937)*, in: *Trotzki Schriften 2.2*, Rasch und Röhring, Hamburg 1990, S. 889
- 123 Es hat sich eine gewisse Tradition entwickelt, alle Einheitsfronten, die kleinbürgerliche oder bürgerliche Organisationen beinhalten (d.h. Organisationen, die keine ArbeiterInnen-Einheitsfronten sind), als "*antiimperialistische Einheitsfront*" zu bezeichnen. Diese Tradition hat ihren Ursprung in der Nutzung der Terminologie durch die Komintern in ihren *Thesen zur Orient-Frage* von 1922. Der Hintergrund dafür war einfach, dass die meisten Länder, die damals im Blickwinkel der Strategie der Komintern lagen, in direkter Konfrontation mit den imperialistischen Mächten standen. Heute gibt es auch eine Reihe demokratischer Kämpfe, die sich gegen eine lokale Diktatur richten, gegen ein rassistisches Gesetz oder gegen einen Kolonialkrieg in imperialistischen Ländern usw. In solchen Fällen erscheint die Verwendung des Begriffs "*Demokratische Einheitsfront*" angemessener als "*Antiimperialistische Einheitsfront*".
- 124 Bei der Erarbeitung eines solchen Zugangs haben wir die Position, die unsere Vorgängerorganisation – die *Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale* – 1994 in den Einheitsfrontthesen entwickelt hat, weiterentwickelt (veröffentlicht in *Trotskyist Bulletin* No. 5, Juli 1994). Diese Thesen hatten eine "eurozentrische" Tendenz und nahmen damit nicht ausreichend Bezug auf die Bedingungen des Klassenkampfes in halbkolonialen Ländern. Aus diesem Grund enthielten sie auch keine Diskussion zur Anwendung der Einheitsfronttaktik durch RevolutionärInnen auf kleinbürgerlich-populistische Parteien in der halbkolonialen Welt im Zusammenhang mit Wahlen. Eine ähnliche Tendenz zur Inkonsistenz kann in einem ansonsten exzellenten Artikel von Stuart King gefunden werden: *Nicaragua under the Sandinistas*, in: *Permanent Revolution* No. 7, Frühjahr 1988, S. 43-73. King's Artikel weist eine Losung für eine Alleinregierung der Sandinisten fälschlicherweise zurück.
- 125 Siehe z.B. Abraham Ascher: *The Revolution of 1905. Authority Restored*, Stanford University Press, Stanford 1992, S. 364
- 126 Zur Zeit des Fünften Kongresses, 1907, betrug die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen ArbeiterInnenpartei Russlands 150,000.
- 127 Die Menschewiki rechtfertigten – in Verteidigung ihres Bündnisses, oder vielmehr ihrer Unterordnung unter die liberale Bourgeoisie – ihren Standpunkt mit dem Verweis auf die Taktik von Marx und Engels während der Revolution von 1848. Lenin



antwortete darauf:

„Plechanow führte Zitate aus Werken von Marx an über die Notwendigkeit einer Unterstützung der Bourgeoisie. Er hätte lieber Zitate aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ anführen sollen, hätte lieber nicht vergessen sollen, auf welche Weise Marx die Liberalen in der Epoche „unterstützte“, in der die bürgerliche Revolution in Deutschland in vollstem Gang war. Und man braucht auch überhaupt nicht so weit zurückzugehen, um zu beweisen, was unbestreitbar ist. Auch die alte „Iskra“ hat wiederholt über die Notwendigkeit einer Unterstützung der Liberalen – sogar der Adelsmarschälle – durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei geschrieben. In der Periode vor der bürgerlichen Revolution, als die Sozialdemokratie das Volk erst zum politischen Leben erwecken mußte, war das durchaus berechtigt. Jetzt, wo schon die verschiedenen Klassen die Bühne betreten haben, wo einerseits die revolutionäre Bauernbewegung und andererseits der Verrat der Liberalen in Erscheinung getreten sind – jetzt kann keine Rede mehr davon sein, daß wir die Liberalen unterstützen sollten.“ (W. I. Lenin: Schlusswort zum Referat über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien (1907), in: LW 12, S. 475)

128 Eine exzellente Darstellung der Entwicklung von Lenins Gedanken 1906 and 1907 – nach dem Höhepunkt der ersten Russischen Revolution – findet sich in Kapitel 4 von August Nimtz: *Lenin's Electoral Strategy from Marx and Engels through the Revolution of 1905. The Ballot, the Streets.*

129 Unter besonderen Umständen erlaubte Lenin 1907 die Bildung eines Blocks mit den Kadetten zur Niederschlagung der Schwarzhunderter, wie die Faschisten jener Zeit genannt wurden. Es wäre aber absolute unrichtig, aus dieser Ausnahme zu schließen, dass Lenins Taktik heute die Einbeziehung bürgerlicher Kandidaten gestatten würde. Im frühen 20. Jahrhundert war die liberale Bourgeoisie – repräsentiert durch die Kadetten – keine herrschende Klasse. Die herrschende Klasse bestand vielmehr in einer Koalition aus der Autokratie, den (halbfeudalen) Großgrundbesitzenden und der oktobristischen (monarchietreuen) Großbourgeoisie. Diese Situation unterscheidet sich natürlich sehr von der heutigen, nachdem die Bourgeoisie in allen Ländern zur herrschenden Klasse geworden ist.

130 W. I. Lenin: Über den Boykott (1906), in: LW 11, S. 134f

131 W. I. Lenin: Sozialdemokratie und Wahlabkommen (1906), in: LW 11, S. 275f

132 W. I. Lenin: Sozialdemokratisches und Wahlabkommen (1906), in: LW 11, S. 279

133 W. I. Lenin: Besondere Meinung der Delegierten der Sozialdemokratie Polens, Lettlands, St. Petersburgs, Moskaus, des zentralen Industriegebiets und des Wolgagebiets, eingebracht auf der gesamtrossischen Konferenz der SDAPR (1906), in: LW 11, S. 292ff.

In einem anderen Artikel zitiert Lenin aus einer Resolution der Bolschewiki: *„In der Erwägung: (...) dass sich in breiten Schichten der armen werktätigen städtischen Bevölkerung, die noch nicht auf dem proletarischen Standpunkt stehen und die den Ausgang der Wahlen in der städtischen Kurie beeinflussen können, ein Schwanken bemerkbar macht zwischen dem Bestreben, für die Parteien zu stimmen, die links von den Kadetten stehen, d. h. sich von der Führung der verräterischen liberal-monarchistischen Bourgeoisie zu befreien, und dem Bestreben, sich durch einen Block mit den Kadetten wenigstens einige Trudowiki-abgeordnete in der Duma zu sichern; 5. dass sich in den schwankenden Trudowikiparteien das Bestreben bemerkbar macht, einen Block mit den Kadetten zu rechtfertigen, falls sie einen oder jedenfalls nicht mehr als zwei von den sechs Sitzen der Hauptstadt erhalten, damit zu rechtfertigen, dass die Sozialdemokraten unter keinen Umständen bereit seien, Abkommen mit den nichtsozialdemokratischen Schichten der armen städtischen Bevölkerung gegen die liberale Bourgeoisie einzugehen – beschließt die Konferenz: 1. dem St.-Petersburger Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre und dem Komitee der Trudowikigruppe unverzüglich mitzuteilen, dass das Petersburger Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands bereit ist, ein Abkommen mit ihnen zu treffen, unter der Bedingung, dass sie keine Abkommen mit den Kadetten eingehen; 2. die Bedingungen des Abkommens lauten:*

völlige Selbständigkeit der das Abkommen schließenden Parteien im Hinblick auf Lösungen, auf Programme und auf die Taktik überhaupt. Die sechs Dumamandate werden folgendermaßen verteilt: zwei Mandate stehen der Arbeiterkurie zu, zwei den Sozialdemokraten, ein Mandat den Sozialrevolutionären und eins den Trudowiki.“ Er fügt seiner Zusammenfassung mit eigenen Worten hinzu: *„Wenn man diese Resolution betrachtet, treten drei Hauptpunkte hervor: 1. unbedingte Ablehnung aller Abkommen mit den Kadetten; 2. unerschütterliche Entschlossenheit der Sozialdemokraten, unter allen Umständen mit selbständigen Listen aufzutreten, und 3. Zulässigkeit von Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki.“* (W. I. Lenin: Die Wahlkampagne der Arbeiterpartei in St. Petersburg (1906), in: LW 11, S. 430f)

In einem weiteren Artikel für die *Neue Zeit* (das theoretische Journal der deutschen Sozialdemokratie) fasste Lenin die methodischen Differenzen zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki wie folgt zusammen:

*„Mit dieser Frage stehen die grundlegenden Meinungsstreitigkeiten der russischen Sozialdemokraten in engstem Zusammenhang. Der eine Flügel (die sogenannte ‚Minderheit‘, die Menschewiki) hält die Kadetten und die Liberalen für die fortschrittliche städtische Großbourgeoisie, im Gegensatz zum rückständigen ländlichen Kleinbürgertum (zu den Trudowiki). Hieraus folgt, dass die Bourgeoisie als die treibende Kraft der Revolution angesehen und eine Politik der Unterstützung der Kadetten proklamiert wird. Der andere Flügel (die sogenannte ‚Mehrheit‘, die Bolschewiki) hält die Liberalen für Vertreter der Großindustrie, die aus Furcht vor, dem Proletariat nach einer möglichst raschen Beendigung der Revolution streben und auf Kompromisse mit der Reaktion ausgehen. Die Trudowiki hält dieser Flügel für die revolutionäre kleinbürgerliche Demokratie und ist der Ansicht, dass diese geneigt ist, eine radikale Stellung in der für die Bauernschaft so überaus wichtigen Frage des Bodenbesitzes, d. h. der Konfiskation des Großgrundbesitzes, einzunehmen. Hieraus ergibt sich die Taktik der ‚Mehrheit‘. Sie lehnt eine Unterstützung der verräterischen liberalen Bourgeoisie, d. h. der Kadetten, ab und sucht das demokratische Kleinbürgertum dem Einfluss der Liberalen zu entziehen; sie will den Bauer und den städtischen Kleinbürger von den Liberalen losreißen und sie hinter dem Proletariat als der Avantgarde in den revolutionären Kampf führen. Die russische Revolution ist ihrem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Gehalt nach eine bürgerliche, aber ihre treibende Kraft ist dennoch nicht die liberale Bourgeoisie, sondern das Proletariat und die demokratische Bauernschaft. (...) Unter dem ‚Linksblock‘ hat man das Wahlbündnis der Sozialdemokraten mit den Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie zu verstehen (in erster Linie mit den ‚Trudowiki‘, wenn wir diese Bezeichnung im weitesten Sinne verstehen und wenn wir dem linken Flügel dieser Gruppe die Sozialrevolutionäre hinzurechnen). Dieses Bündnis richtete sich sowohl gegen die Rechte als auch gegen den Liberalismus.“* (W. I. Lenin: Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie (1907), in: LW 12, S. 194f.)

134 W. I. Lenin: Der zweite Wahlgang in Russland und die Aufgaben der Arbeiterklasse (1912), in: LW 17, S. 558ff

135 Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale. Das Übergangsprogramm; Frankfurt/Main 1974, S. 32f

136 Strategy of the Communists. A Letter from the Communist International to the Mexican Communist Party (21 August 1923), published by the Workers Party of America, Chicago 1923, S. 12 (Unsere Übersetzung)

137 Zur frühen Geschichte der Kommunistischen Partei Mexikos siehe z.B. Boris Goldenberg: *Kommunismus in Lateinamerika*, Verlag W. Kohlhammer, Berlin 1971, S. 168-185

138 Strategy of the Communists. A Letter from the Communist International to the Mexican Communist Party, S. 10-11 (Unsere Übersetzung)

139 Die RCIT hat sich in einer Reihe von Dokumenten mit diesem Thema auseinandergesetzt. Siehe z.B. RCIT: *It is Time to Break with a Wrong Method! Open Letter to the Members of the Liaison Committee of Communists*, July 2015, <http://www.the-communists.net/rcit/open-letter-to-lcc/>; Zum Putsch in Brasilien



siehe Fußnote 70.

Zum Putsch in Ägypten siehe: RCIT: Egypt: Military Dictatorship Sentences Former President Morsi to Death! Down with the Butcher General al-Sisi! For a Revolutionary Constitutional Assembly! 17.5.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-morsi-death-sentence/>; RKOB: Egypt: Down with the Military Dictatorship of al-Sisi! Report (with Photos and Videos) from a Rally in Solidarity with the Resistance in Egypt on 01.03.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/report-egypt-demo-1-3-2015/>; RCIT: General Sisi – The Butcher of the Egyptian People – Sentences another 683 People to Death, 1.5.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-mass-death-sentences/>; RCIT: Egypt: Mobilize International Solidarity against General Sisi's Machinery of Repression! 28.3.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/stop-repression-in-egypt/>; RCIT: Egypt: Down with General Sisi's pro-Army Constitution! Boycott the Referendum!, 12.1.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/boycott-egypt-referendum/>; RCIT: Tasks of the Revolution in Egypt, 2. Juli 2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/tasks-of-egypt-revolution/>; RCIT: Egypt: Down with the Military Coup d'État! Prepare Mass Resistance! 8. Juli 2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-down-with-military-coup-d-etat/>; Yossi Schwartz: Egypt: The U.S. Support for the Military Coup and the Left's ignorance Notes on the role of US imperialism in the military's coup d'état and the failure of the Egypt left, 11. Juli 2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-us-support-for-military-coup/>; Michael Pröbsting: The Military's Coup d'État in Egypt: Assessment and Tactics. A reply to the criticism of the WIVP and the LCC on the meaning of the Military's Coup d'État and the slogan of the Revolutionary Constituent Assembly, 17.7.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-meaning-of-coup-d-etat/>; Yossi Schwartz: Egypt: Mobilize Resistance against the reactionary military regime! Down with the army's puppet-government! No political support for Morsi and the Muslim brotherhood! For independent working class mobilization with a revolutionary perspective! 27.7.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-no-to-military-regime/>; Michael Pröbsting: The Coup d'État in Egypt and the Bankruptcy of the Left's "Army Socialism". A Balance Sheet of the coup and another Reply to our Critics (LCC, WIVP, SF/LCFI), 8.8.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-and-left-army-socialism/>; RCIT: Egypt: International Solidarity against the Army Crackdown! 14. August 2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/egypt-international-solidarity/>; Yossi Schwartz: Israel and the Coup in Egypt. Israel's primary concerns regarding Egypt are the possible fall of the military regime or a descent into civil war, 21. August 2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/israel-and-egypt-coup/>

Zum Putsch in Thailand siehe:

RCIT: Thailand: Smash the Developing Military Coup! No Trust in the pro-Thaksin Pheu Thai Party Leadership! Mobilize the Working Class and Poor Peasants to Defeat the "Yellow Shirts", Army Command, and Monarchy! 21.5.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/asia/thailand-coup/>; Michael Pröbsting: Thailand: How Should Socialists Fight Against the Military Coup? A Critique of the Statement "Oppose the coup regime!" by several Asian Left Organizations, 27.5.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/asia/thailand-coup-critique/>; Michael Pröbsting: Thailand: Shall Socialists Defend the Government Against the Military Coup? Reply to a Neo-Bordigist Polemic of the "Liaison Committee of Communists", 24.5.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/asia/thailand-coup-reply/>; Thailand: Defeat the looming reactionary Coup D'état! Mobilize

the Working Class and Poor Peasants as an independent force against the "Yellow Shirts", Army Command and Monarchy! 4.12.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/asia/thailand-looming-coup-d-%C3%A9tat/>; Michael Pröbsting: Thailand: CWI's Disgraceful Support for the Bosses' "Yellow Shirts", RCIT, 15.1.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/asia/cwi-on-thailand/>

140 W. I. Lenin: An das Zentralkomitee der SDAPR (1917), in: LW Bd. 25, S. 292-295 (Hervorhebung im Original)

141 Leo Trotzki: Ist in Spanien ein Sieg möglich? (1937), in: Leo Trotzki, Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39. Band 1. ISP-Verlag, Frankfurt am Main 1986, S. 249

142 Siehe dazu auch unsere Antwort auf die GenossInnen der TPR in Argentinien, die Christina Kirchner zur Machtübernahme aufriefen: Michael Pröbsting: Argentina: How to Fight, and how not to Fight, against the Macri Government (Reply to the TPR). Remarks on the TPR's pro-Kirchnerist Slogan "Bring Christina Back NOW!", 19.02.2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/tpr-christina-slogan/>

143 Leon Trotsky: Opinions and Information (1937), Writings of Leon Trotsky Supplement 1934-40, S. 736 (Unsere Übersetzung)

144 Leon Trotsky: To the Congress of the Revolutionary Socialist Party of Belgium (1938), Writings of Leon Trotsky 1937-38, S. 368 (Unsere Übersetzung)

145 Leon Trotsky: Clave and the Election Campaign (1939), Writings of Leon Trotsky 1938-39, S. 176 (Unsere Übersetzung)

146 Leon Trotsky: Statement of the Pan-American Committee, April 5, 1939, Writings of Leon Trotsky 1938-39, S. 296 (Unsere Übersetzung)

147 RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik, These 61

148 Es muss festgehalten werden, dass dieser Schwenk nach links von „besonderer Art“ ist, wie man in der gegenwärtigen Welle von Ausschlüssen von AntizionistInnen und KritikerInnen Israels, einschließlich des früheren Bürgermeisters von London wie auch Parlamentsangehörigen, erkennen kann. Siehe dazu z.B. UK: Defend Nazeem Shah and Ken Livingstone against the Pro-Zionist Labour Leadership! Statement of RED LIBERATION (Socialists Active in the Labour Party), 30. April 2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/defend-shah-livingstone/>; Britain: Defeat Zionism in the Labour Party, Statement by RED LIBERATION, 30. März 2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/zionism-labour-party/>

149 Eine der besten Übersichten über die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung stammt von Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, 3 Bände, J.H.W. Dietz Nachf., Hannover 1961-1971

150 Friedrich Engels: Brief an Friedrich Adolph Sorge, 29. November 1886, in: MEW Bd. 36, S. 578f.

151 W.I. Lenin: Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches "Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u.a. an F.A. Sorge und andere" (1907), in: LW Bd. 12, S. 363

152 Siehe Theodore Draper: The Roots of American Communism (1957), Elephant Paperbacks, Chicago 1989, S. 253

153 Siehe Theodore Draper: The Roots of American Communism, S. 280; siehe auch Theodore Draper: American Communism and Soviet Russia. The Formative Period, The Viking Press, New York 1960, S. 36

154 Workers Party of America: For a Labor Party: Recent Revolutionary Changes in American Politics: A Statement of the Workers Party, 15. Oktober 1922, New York, 1922, S. 47

155 Siehe dazu Leon Trotsky: The First Five Years of the Communist International, Vol. I (1924), Author's 1924 Introduction, New Park Publications, London 1973, S. 12-14; siehe auch Leon Trotsky: The Third International After Lenin (1928), Pathfinder Press, New York 1970, S. 120-123; zum historischen Hintergrund siehe auch die Einführung zum Buch "James P. Cannon and the Early Years of American Communism. Selected Writings

and Speeches, 1920-1928", Prometheus Research Library, New York City 1992, S. 21-25

156 Leo Trotzki: Der Kampf für eine Labor Party in den USA (1938), in: Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale. Das Übergangsprogramm, Arbeiterpresse Verlag, Essen 1997, S. 33-35

157 Bewegung für eine revolutionär kommunistische Internationale: Thesen zum Reformismus – Die bürgerliche Arbeiterpartei (1987), S. 28f

158 W.I. Lenin: Der 'linke Radikalismus' – die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW Bd. 31, S. 72

159 Siehe dazu z.B. Michael Woodhouse and Brian Pearce: Essays on the History of Communism in Britain, New Park Publications, London 1975

160 W.I. Lenin: Der 'linke Radikalismus' – die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW Bd. 31, S. 75

161 Leon Trotsky: Once again the ILP (November 1935), in: Trotsky Writings 1935-36, S. 198-199 (Unsere Übersetzung)

162 Leon Trotsky: Once again the ILP (November 1935), in: Trotsky Writings 1935-36, S. 199 (Unsere Übersetzung)

163 RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik, These 60

164 Siehe dazu die folgenden Stellungnahmen der österreichischen Sektion der RCIT: Österreich: In der Stichwahl: Jetzt Massenproteste organisieren und erneut ungültig wählen, 29.4.2016, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/bp-stichwahl-2016-austria/>; Österreich: Wahlaufruf zu den Bundespräsidentenwahlen 2016: Ungültig wählen, Widerstand organisieren! 21.4.2016, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/bp-wahl-2016-austria/>; Wien Wahlen 2015: Sieg und Niederlage im selben Zuge, 13.10.2015, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/wahlanalyse-2015/>

165 ROTER WIDERSTAND: Erfolgreiche Gründung einer neuen ArbeiterInnenorganisation! Bericht (mit Fotos und Videos) der Revolutionär-Kommunistischen Organisation BEFREIUNG, 10.11.2014, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei-gruendung-roter-widerstand/>

166 RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik, These 63

167 Siehe dazu z.B. François Sabado: Podemos – eine neue Bewegung, Referat auf einer Veranstaltung der „Société Louise Michel“ (Mai 2015 in Paris)

168 Gemäß einer ausgezeichneten Studie zur sozialen Zusammensetzung der S.R. waren fast 50% der ParteiaktivistInnen Arbeiter oder Handwerker. (Maureen Perriea: The social composition and structure of the socialist-revolutionary party before 1917, in: Soviet Studies Vol. 24, Issue 2, 1972, S. 241)

169 Mit dem Wesen des russischen Imperialismus haben wir uns in diversen Schriften auseinandergesetzt. Siehe z.B. verschiedene Arbeiten von Michael Pröbsting: Lenin's Theory of Imperialism and the Rise of Russia as a Great Power. On the Understanding and Misunderstanding of Today's Inter-Imperialist Rivalry in the Light of Lenin's Theory of Imperialism. Another Reply to Our Critics Who Deny Russia's Imperialist Character, August 2014, <http://www.thecommunists.net/theory/imperialism-theory-and-russia/>; Russia as a Great Imperialist Power. The formation of Russian Monopoly Capital and its Empire – A Reply to our Critics, 18. März 2014, in: *Revolutionary Communism* No. 21, <http://www.thecommunists.net/theory/imperialist-russia/>; Russia and China as Great Imperialist Powers. A Summary of the RCIT's Analysis, 28 March 2014, in: *Revolutionary Communism* No. 22, <http://www.thecommunists.net/theory/imperialist-china-and-russia/>; More on Russia and China as Great Imperialist Powers. A Reply to Chris Slee (Socialist Alliance, Australia) and Walter Daum (LRP, USA), 11. April 2014, in: *Revolutionary Communism* No. 22, <http://www.thecommunists.net/theory/reply-to-slee-on-russia-china/>

170 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der FLP in Minnesota, den Gewerkschaften wie auch der Arbeit der TrotzkiInnen ist zu finden in Farrell Dobbs' vier Bänden: Teamster Rebellion, Teamster Power, Teamster Politics und Teamster Bu-

reaucacy (alle veröffentlicht bei Pathfinder Press zwischen 1972 und 1977). Siehe auch Kristoffer Smemo: The Politics of Labor Militancy in Minneapolis, 1934-1938; University of Massachusetts 2014.

171 Farrell Dobbs: Teamsters Politics, Monad Press, New York 1975, S. 64, siehe auch S. 110-111

172 Leo Trotzki: Der Kampf für eine Labor Party in den USA (1938), in: Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale. Das Übergangsprogramm, Arbeiterpresse Verlag, Essen 1997, S. 33. Trotzki wiederholte diesen Gedanken in einer anderen Diskussion mit US-amerikanischen GenossInnen am 29. Juli 1938. (Siehe Leo Trotzki: "Für eine Arbeiter- und Bauernregierung", in: Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale, Arbeiterpresse Verlag, Essen 1997, S. 197)

173 Siehe dazu z.B. Workers Power: The British Left and the Irish War, London 1983; Matt Docherty: Irish republicanism at an impasse, in: Trotskyist International No. 11 (1993)

174 Michael Pröbsting: The Struggle for Democracy in the Imperialist Countries Today. The Marxist Theory of Permanent Revolution and its Relevance for the Imperialist Metropolises, August 2015, in: *Revolutionary Communism* No. 39, S. 12, <http://www.thecommunists.net/theory/democracy-vs-imperialism/>

175 Leo Trotzki: Marxismus in unserer Zeit (1939), Wien 1987, S. 20

176 Siehe dazu u.B. Kent Paterson: May Day Ten Years Later: Reflections on the Legacies of Immigrant Spring, 1 May 2016, <http://www.cipamericas.org/archives/18667/>; Pamela Constable: Latinos Unite to Turn Fear Into Activism – Pr. William Policy on Illegal Immigrants Prompts Call for Boycott, Other Actions, Washington Post, 28. Juli 2007

177 Beiläufig sei erwähnt, dass Lenin ähnliche Angriffe von den Menschewiki erfuhr. Letztere kritisierten die Bolschewiki für ihre Orientierung auf die "rückständige" arme Bauernschaft – als die vorrangigen Verbündeten des Proletariats –, anstatt eine Allianz mit der liberalen städtischen Bourgeoisie anzustreben, die sie als "gebildeter" und "fortschrittlicher" betrachteten. Was weder die alten noch die jungen Menschewiki verstanden, ist das marxistische Prinzip, dass der wichtigste Punkt in der Beurteilung des Charakters einer sozialen Schicht oder Klasse nicht ihre kulturelle Ansichten oder ihre ideologischen Vorurteile sind, sondern ihre objektive Klassenposition in der kapitalistischen Gesellschaft. Letzteres ist dafür entscheidend, ob und wie eine Schicht in Konfrontation mit der herrschenden Klasse gerät. Und gerade das ist der Punkt, der für MarxistInnen relevant ist und nicht die ideologischen Phrasen, die benutzt werden, um sich selbst und andere zu täuschen.

178 Während die PKK eine dominante Rolle bei den kurdischen Massen spielt, hat die türkische Linke unter den türkischen MigrantInnen nur schwachen Rückhalt.

179 Siehe dazu z.B. Erster Mai: Gemeinsamer Widerstand gegen rassistische Angriffe. Lautstarke, kämpferische, internationalistische Demonstration trotz rassistischer Übergriffe, Bericht (mit Fotos und Videos) über die multinationale, internationalistische Demonstration am Ersten Mai 2016 in Wien von der Revolutionär-Kommunistischen Organisation BEFREIUNG, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/erster-mai-2016/>; Stoppt die strafrechtliche Verfolgung von Michael Pröbsting und der Palästina-Solidarität! Der Staat Österreich muss das Verfahren gegen Michael Pröbsting einstellen! April 2016, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/solidaritaet-proebsting/>; Siegt! Verfahren gegen RKOBSprecher und Palästina-Solidaritätsaktivisten Johannes Wiener eingestellt! Israelitische Kultusgemeinde erleidet Rückschlag bei ihrem Angriff auf Meinungsfreiheit und Palästina-Solidarität, 10.1.2013, <https://www.rkob.net/international/nordafrika-und-arabischer-raum/verfahren-gegen-wiener-eingestellt/>

180 Tina Sanders: „Kindermörder Israel! Antizionismus und Antisemitismus in sozialistischen und antiimperialisti-

schen Gruppen in Österreich anhand der Beispiele RKO und (Neue) Linkswende“; siehe auch das Interview mit der Autorin: Die Linkswende in antisemitische Stereotype – Ein Gespräch mit Tina Sanders, 25. März 2016, <http://www.semiosis.at/2016/03/25/die-linkswende-in-antisemitische-stereotype/>

181 Siehe dazu Erfolgreiche Großdemonstration verhinderte Marsch der PEGIDA-Hetzer. Bericht über eine sehr erfolgreiche Intervention der RKO BEFREIUNG, 4.2.2015, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/anti-pegida-2-2-2015/>

182 Siehe RKO BEFREIUNG tritt bei den Wiener Wahlen 2015 an! Erklärung des Zentralkomitees der Revolutionär-Kommunistischen Organisation BEFREIUNG, 4. September 2015, <https://www.rkob.net/wien-wahl-2015/wien-wahl-antritt-2015/>

183 Siehe z.B. Michael Pröbsting: Revolutionärer Parteaufbau in Theorie und Praxis. Rück- und Ausblick nach 25 Jahren organisierten Kampfes für den Bolschewismus, RCIT, Wien 2014, in: Revolutionärer Kommunismus Nr. 13, S. 20-22, sowie in: Revolutionärer Kommunismus Nr. 14, S. 17-20 und S. 22-25.

184 Leo Trotzki: Plans for the Negro Organisation (1939); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 62 (Unsere Übersetzung)

185 Leon Trotsky: A Negro Organization (1939); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 53 (Unsere Übersetzung)

186 Leon Trotsky: Plans for the Negro Organisation (1939); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 68 (Unsere Übersetzung)

187 Friedrich Engels: Engels an W. Borgius, 25. Januar 1894, in: MEW Bd. 39, S. 206 (Hervorhebung im Original)

188 Friedrich Engels: Ergänzung zur Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg“ (1874), in: MEW Bd. 7, S. 541

189 Wir verweisen auf das ausgezeichnete Dokument *„Thesen zum Aufbau der IV. Internationale“*. Dieses Dokument, geschrieben von einem der Führer der Vierten Internationale, Walter Held, wurde auf einer Konferenz der Emigrierten der „*Internationalen Kommunisten Deutschlands*“ (IKD) am 23. August 1937 diskutiert und verabschiedet und von ihrer monatlich erscheinenden Zeitung *„Unser Wort“* veröffentlicht (No. 1 (85), Januar 1938). Trotzki bezog sich auf diesen Text als ein vorbereitendes Dokument für die Konferenz (siehe Leo Trotzki: *Discussions with Trotsky: I – International Conference*, March 20, 1938, in: *Trotsky Writings 1937-38*, S.283). Trotz seines Reichtums an Ideen wurde dieses Dokument nie großflächig in deutscher Sprache verbreitet. (Es wurde in einem Sammelband, herausgegeben von Günther Hillmann, publiziert: *Selbstkritik des Kommunismus*, Rowohlt Verlag, Hamburg 1967, pp. 143-154.) Wir veröffentlichten es vor einigen Jahren neu in unserem theoretischen Journal. (Unter der Fahne der Revolution No. 4, <http://www.thecommunists.net/publications/farev-4/>)

190 W. I. Lenin: Protest russischer Sozialdemokraten (1899), in: LW Bd. 4, S. 170f

191 W. I. Lenin: Was tun? (1902), in: LW Bd. 5, S. 423. Lenin hält im gleichen Buch fest: *„Die Hauptsache aber ist natürlich Propaganda und Agitation unter allen Schichten des Volkes (...) Wir müssen es auch verstehen, Versammlungen von Vertretern aller Bevölkerungsklassen zu veranstalten, die nur einen Demokraten hören wollen. Denn der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis vergisst, dass ‚die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen‘, dass wir daher verpflichtet sind, vor dem ganze Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergisst, bei der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen.“* (W. I. Lenin: Was tun? (1902), in: LW Bd. 5, S. 425)

192 W. I. Lenin: Was tun? (1902), in: LW Bd. 5, S. 428. Ein paar Seiten später fügt Lenin hinzu: *„Wir wären nur in Worten ‚Politiker‘ und Sozialdemokraten (wie es sehr, sehr oft in Wirklichkeit der Fall ist), wenn wir uns nicht der Aufgabe bewusst wären, alle Erschei-*

*nungen der Unzufriedenheit auszunutzen, alle Körnchen eines wenn auch erst aufkeimenden Protestes zu sammeln und zu bearbeiten. Wir sprechen dabei schon gar nicht davon, dass all die vielen Millionen der werktätigen Bauernschaft, der Hausarbeiter, der kleinen Handwerker usw. stets die Rede eines einigermaßen geschickt auftretenden Sozialdemokraten begierig anhören würden. Aber kann auch nur eine Klasse der Bevölkerung genannt werden, in der es nicht Personen, Gruppen und Kreise gäbe, die mit der Rechtlosigkeit und Willkür unzufrieden und daher für die Agitation des Sozialdemokraten, als des Wortführers der dringendsten allgemein demokratischen Forderungen, zugänglich sind?“* (W. I. Lenin: Was tun? (1902), in: LW Bd. 5, S. 430)

193 W. I. Lenin: Was tun? (1902), in: LW Bd. 5, S. 432

194 W.I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den *„Imperialistischen Ökonomismus“* (1916); in: LW 23, S. 34 (Hervorhebung im Original)

195 W. I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage. Für den Zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale (1920), in: LW Bd. 31, S. 141ff. Siehe dazu auch die Vorbereitungsarbeiten zu Lenins Thesen vom polnischen Kommunisten Julian Marchlewski, den Lenin in seinen Theses lobte: Julian Marchlewski: *Die Agrarfrage und die Welt Revolution*, in: *Die Kommunistische Internationale*, No. 12 (1920), S. 89-97

196 Siehe *Theses on the Agrarian Question*, verabschiedet am Zweiten Kongress der Komintern (1920); *Communist International: The Agrarian Action Programme*, verabschiedet am Vierten Kongress der Komintern: *Directives on the Application of the Agrarian Theses passed by the Second Congress* (1922), beide Dokumente sind neu erschienen in: Jane Degras: *The Communist International 1919-1943. Documents*, Vol. I 1919-1922, S. 155-161 bzw. S. 394-398

197 Ein nützlicher Überblick über die Entwicklung von Lenins Gedanken zu Agrarfrage findet sich in: Esther Kingston-Mann: *Lenin and the problem of Marxist Peasant Revolution*, Oxford University Press, 1983

198 Leon Trotsky: *A Program of Action for France* (1934), in: *Writings of Leon Trotsky 1934-35*, Pathfinder Press, New York, 1974, S. 25

199 Das heißt natürlich nicht, dass diese Schichten völlig irrelevant geworden sind. Siehe z.B. die periodisch aufflammenden Proteste der französischen Bauernschaft.



## Zum Autor

Michael Pröbsting wurde 1967 in Wien (Österreich) geboren. Er wurde im Alter von 14 Jahren politisch aktiv und ist seit dem 16. Lebensjahr organisierter Troztkist. Nach fünf Jahren Mitgliedschaft im *Vereinten Sekretariat der Vierten Internationale* von Ernest Mandel schloss er sich im Februar 1989 der *Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale* an (später *Liga für eine Fünfte Internationale*). Er war Teil der Führung der österreichischen Sektion seit 1989 und der internationalen Führung der LRKI/LFI seit 1994. Im Jahr 2011 wurden er und seine Mitstreiter von der Mehrheit dieser Organisation ausgeschlossen. Bald danach gründeten sie die *Revolutionär Kommunistische Internationale Tendenz*, die heute Sektionen und AktivistInnen in 14 Ländern hat. Er ist als Internationaler Sekretär der RCIT tätig. Als Teil seiner internationalen Arbeit verbrachte Michael Pröbsting längere Aufenthalte 1985 im besetzten Palästina (Israel), während der politischen revolutionären Prozesse 1989-91 in Ostdeutschland, 1994 in Britannien und 2002 während der revolutionären Periode in Argentinien. Außerdem gewann er Erfahrung in ArbeiterInnen- und antiimperialistischen Bewegungen während zahlreicher Besuche in Sri Lanka, im Libanon, in der Türkei, in Griechenland, im Kosovo, in Serbien, in der Ukraine, in Russland, in der Slowakischen Republik, in der Tschechischen Republik, in Ungarn, Italien, Deutschland, Britannien, Frankreich, Belgien, in den Niederlanden, in Schweden und in den USA.

Michael Pröbsting ist Autor viele Artikel und Broschüren, die in v.a. in deutscher und englischer Sprache erschienen. Er verfasste auch Bücher zu Migration (*Marxismus, Migra-*

*tion und revolutionäre Integration*, 2010) und zur Arabischen Revolution (*Die halbe Revolution. Lehren und Perspektiven des arabischen Aufstandes*, 2011). Außerdem schrieb er einen Beitrag zu einem Buch über Rosa Luxemburg (*Rosa Luxemburg – "Ich bin ein Land der unbeschränkten Möglichkeiten"*, 1999) wie auch zu *The Credit Crunch – A Marxist Analyses* (2008), letzteres wurde auf englisch, deutsch und türkisch veröffentlicht. 2013 publizierte er *The Great Robbery of the South*, in dem er die Überausbeutung und Unterdrückung der halbkolonialen Welt (oft als „Dritte Welt“ bezeichnet) durch imperialistische Mächte und Monopole analysiert. Im gleichen Jahr brachte er ein Buch heraus, das sich mit der kapitalistischen Restauration in Kuba auseinandersetzt (*Cuba's Revolution Sold Out? The Road from Revolution to the Restoration of Capitalism*). 2014 veröffentlichte Pröbsting ein Buch mit dem Titel *Building the Revolutionary Party in Theory and Practice. Looking Back and Ahead after 25 Years of Organized Struggle for Bolshevism*. (Das Buch wurde mittlerweile auch auf Deutsch übersetzt und veröffentlicht.) Es führt die theoretischen Grundlagen der revolutionären Partei wie auch ihre praktische Umsetzung unter den gegenwärtigen Bedingungen aus. Sein bisher letztes Buch erschien 2015 und befasst sich mit der Geschichte des griechischen Kapitalismus und seiner tiefen Krise in der aktuellen Periode. Dessen Titel lautet: *Greece: A Modern Semi-Colony. The Contradictory Development of Greek Capitalism, Its Failed Attempts to Become a Minor Imperialist Power, and Its Present Situation as an Advanced Semi-Colonial Country with Some Specific Features*. (Auch dieses Buch wurde mittlerweile auch auf Deutsch übersetzt und veröffentlicht.)

## Michael Pröbsting: Griechenland – eine moderne Halbkolonie

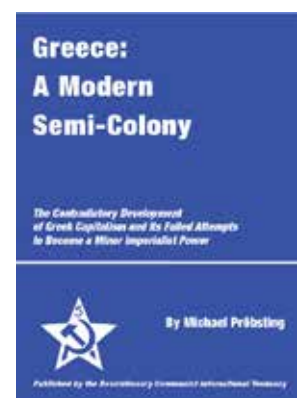
**Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einigen besonderen Merkmalen**

Die RCIT veröffentlichte im Dezember 2015 ein neues Buch. Der Titel des Buches lautet: *Griechenland – eine moderne Halbkolonie*. Der Untertitel lautet: *Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einige besonderen Merkmalen*. Das Buch ist in englischer Sprache erschienen. Es umfasst 144 Seiten und beinhaltet 12 Tabellen, 35 Grafiken und 4 Karten. Der Autor des Buches ist Michael Pröbsting, der Internationale Sekretär der RCIT.

Kapitel I des Buches fasst die theoretische Konzeption des Marxismus bezüglich der Charakterisierung von imperialistischen bzw. halbkolonialen Ländern zusammen. Im Kapitel II legen wir einen kurzen historischen Abriss über die Entwicklung des griechischen Kapitalismus. Im Kapitel III setzen wir uns mit den Versuchen der Bourgeoisie seit Beginn der 1990er Jahren auseinander, Griechenland zu einer kleinen imperialistischen Regionalmacht aufsteigen

zu lassen. Anhand zahlreicher Statistiken legen wir das Scheitern dieses Unterfangens dar. Schließlich gehen wir in Kapitel IV auf die aktuelle historische Krise des griechischen Kapitalismus seit 2008 ein und legen dar, wie das Land von den imperialistischen Monopolen und Großmächten ausgeplündert wird. Im Kapitel V legen wir die wichtigsten programmatischen Schlussfolgerungen aus unserer Analyse dar. Im Abschlusskapitel fassen wir dann unsere Analyse in Form von Thesen noch einmal zusammen.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden oder als pdf auf unserer Homepage heruntergeladen werden.



# Was will die RCIT?

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) – ist eine internationale Kampforganisation für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. Sie hat nationale Sektionen in verschiedenen Ländern. Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse all jener (sowie deren Familien), die gezwungen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Die RCIT stützt sich auf die Theorie und Praxis der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin und Trotzki verbunden sind. Der Kapitalismus gefährdet unsere Lebensbedingungen und die Zukunft der Menschheit. Arbeitslosigkeit, Krieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Ausbeutung gehören ebenso zum Alltag des Kapitalismus wie die nationale Unterdrückung von Migranten und Nationen und die Unterdrückung der Frauen, Jugendlichen und Homosexuellen. Daher wollen wir den Kapitalismus beseitigen.

Die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden.

Deswegen kämpft die RCIT für eine sozialistische Revolution im eigenen Land und weltweit.

Diese Revolution muß von der ArbeiterInnenklasse getragen und geführt werden, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat.

Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung verläuft über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten. Die RCIT kämpft für den Aufbau von Arbeiter- und Bauern-Republiken, wo sich die Unterdrückten in Basisversammlungen in den Betrieben,

Stadtteilen und Schulen – in Räten – organisieren. Diese Räte wählen und kontrollieren die Regierung und alle anderen Verwaltungen und können sie jederzeit abwählen.

Der wirkliche Sozialismus und Kommunismus hat nichts mit dem sogenannten "real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion, China, Kuba oder Osteuropa zu tun. In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat.

Die RCIT unterstützt alle Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Unterdrückten zu verbessern. Wir verbinden dies mit einer Perspektive des Sturzes des Kapitalismus.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnen-demokratie ein. Doch Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die durch Posten und Privilegien mit Staat und Kapital verbunden ist. Sie steht den Interessen und Lebensbedingungen der Mitglieder fern. Diese Bürokratie stützt sich v.a. auf die obersten, privilegierten Schichten der Arbeiterklasse – der Arbeiteraristokratie. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse muß sich auf die breite Masse des Proletariats statt auf ihre Oberschicht stützen.

Die RCIT strebt die Einheit in der Aktion mit anderen Organisationen an. Doch wir sind uns bewußt, daß die Politik der Sozialdemokratie und der pseudo-revolutionären Gruppen schädlich ist und sie letztlich ein Hindernis für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse darstellen.

Wir treten für die Enteignung der Großgrundbesitzer ein sowie für die Verstaatlichung des Bodens und seine Aufteilung an die armen und landlosen Bauern. Wir treten für die unabhängige Organisation der Arbeiter in der Landwirtschaft ein.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unter-

drückung. Ebenso unterstützen wir die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker gegen die Großmächte. Innerhalb dieser Bewegungen treten wir für eine revolutionäre Führung als Alternative zu nationalistischen oder reformistischen Kräften ein.

In einem Krieg zwischen imperialistischen Staaten nehmen wir eine Position des revolutionären Defaitismus ein. Das bedeutet, daß wir keine der beiden Seiten unterstützen und die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse befürworten. In einem Krieg zwischen einer imperialistischen Macht (oder deren Handlanger) und einem halb-kolonialen Land treten wir für die Niederlage ersterer und den Sieg des unterdrückten Landes ein.

Der Kampf gegen nationale und gesellschaftliche Unterdrückung (Frauen, Jugend, sexuelle Minderheiten) muß von der Arbeiterklasse geführt werden. Wir treten für revolutionäre Bewegungen der Unterdrückten ein (Frauen, Jugend, Migranten usw.), die sich auf die Arbeiterklasse stützen. Wir lehnen die Führung von kleinbürgerlichen Kräften ab (Feminismus, Nationalismus, Islamismus usw.) und streben deren Ersetzung durch eine revolutionär-kommunistische Führung an. Nur mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann die ArbeiterInnenklasse siegen. Der Aufbau einer solchen Partei und die Durchführung einer erfolgreichen Revolution wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki in Rußland vor-machten, sind auch im 21. Jahrhundert ein Vorbild für die revolutionäre Parteien und Revolutionen.

Für neue, revolutionäre Arbeiterparteien in allen Ländern! Für eine 5. Arbeiter-Internationale auf revolutionärer Grundlage! Schließ dich der RCIT an!

*Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!*



